

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Juni 2008

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt: Deutschland und die Bundeswehr

- Christoph Marischka und Jonna Schürkes*
Erweitertes Handlungsspektrum der Bundeswehr
durch weniger letale Waffen 3
- Tobias Pflüger*
Konservativer Horrorkatalog: Die „Sicherheitsstrategie
für Deutschland“ der CDU/CSU 7
- Christoph Marischka*
Siemens, Telekom und der Sumpf der
Sicherheitsindustrie 9
- Lühr Henken*
Hightech im Kampfanzug 11
- #### Die Instrumentalisierung des Klimas
- Jürgen Wagner*
Die Versicherheitlichung des Klimawandels 14
- Klaus Pedersen*
Agrotreibstoffe: Der ultimative Angriff auf die
Ernährungssicherheit 17
- Christoph Marischka*
Haiti, Ägypten und der Krieg gegen die Armut 20
- Lisa Oster*
Goldgräberstimmung in der Arktis: Der „Kalte Krieg“
um Gebietsansprüche am Nordpol 23
- Jürgen Wagner*
Humanitäre Heuchelei: Myanmar und die
Militarisierung des Katastrophenschutzes 28
- antimilitaristische rundschau 32

Editorial:

Auch die IMI redet nun vom Wetter oder besser: darüber, wie vom Wetter geredet wird. Vieles erinnert dabei an die Sicherheitsdiskurse: Es werden Bedrohungen identifiziert, deren konkretes Ausmaß keiner abschätzen kann und „Lösungen“ vorgeschlagen, manchmal auch diktiert, und zwar vom globalen Norden. So wie nationale Sicherheitspolitik von nationalen Bedrohungen lebt, legitimiert sich Global Governance eben durch globale Gefahren wie den Klimawandel. Ob deren „Lösungen“ dann irgendwelche Früchte tragen, wird nie überprüft werden können, weil das Klima dann doch unberechenbar ist.

Auf gutes Wetter hoffen wir am letzten Juni-Wochenende. Am 28./29.6. werden wir in Tübingen die Mitgliederversammlung der Informationsstelle abhalten, diesmal mit ausreichender Zeit zum diskutieren und politisch-kulinarisch-geselligem Rahmenprogramm. Wir hoffen, dass wir hier auf die Ablehnung des EU-Reformvertrages durch die Iren am 12. Juni anstoßen können. Doch egal wie die Abstimmung ausgeht, wird es weiter einiges zu tun geben in Sachen Militarisierung. So plant die französische Regierung, während ihrer Ratspräsidentschaft in die militärischen Strukturen der NATO zurückzukehren und eine engere

Anbindung der EU einerseits, eine mächtigere Position der EU in der NATO andererseits zu befördern. Ein herausragendes Datum hierfür wird der 60ste Geburtstag des Militärbündnisses im Frühjahr 2009 in Kehl und Strassburg sein. Wir werden auch dort sein um zu demonstrieren und vorher die NATO noch mal richtig intensiv unter die Lupe nehmen. Die Ergebnisse dessen präsentieren wir am 8. und 9.11.2009 bei unserem diesjährigen IMI-Kongress. Und dann wird es wieder kalt sein, das prophezeien wir jetzt mal ganz bescheiden.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Marischka/Schürkes, Handlungsspektrum, gekürzt in: junge Welt 10.6.2008;
Δ Henken, High Tech, in: junge Welt 8.2.2008.

Bildnachweise: S. 4, IMI; S. 8, 11, 24, 29, Wikipedia; S. 12, 13, EADS.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jonna Schürkes ist IMI-Mitarbeiterin. Lühr Henken ist IMI-Beirat und im Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Klaus Pedersen ist Journalist.

Lisa Oster war IMI-Praktikantin .

Spenden- Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: **07071/49154**
Fax: **07071/49159**
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Erweitertes Handlungsspektrum der Bundeswehr durch weniger letale Waffen

von Christoph Marischka und Jonna Schürkes

Die Lücke zwischen Schrei und Schuss

Doug Beason, selbst mit der Entwicklung von Strahlenwaffen beschäftigt, formulierte für den britischen Strategie-Thinktank RUSI (Royal United Services Institute for Defence and Security Studies) ein mögliches Einsatzszenario so genannter nicht-letaler Waffen: In Neu-Delhi formiert sich ein Demonstrationszug durch die Armenviertel und wächst auf dem Weg zur US-amerikanischen Botschaft beständig an. Einige Teilnehmer sind bewaffnet und sie haben Frauen und Kinder unter sich. So dringt der Mob aufs Botschaftsgelände vor. Die USA hätten sich geschworen, nie wieder eine ihrer Auslandsvertretungen überrennen zu lassen, aber die Marines, die zu ihrer Verteidigung die Gewehre bereits in den Anschlag gebracht haben, zögern noch zu schießen. Nicht weil es unmoralisch wäre, auf eine überwiegend unbewaffnete Menge das Feuer zu eröffnen, sondern weil dies in Sekunden das Verhältnis der USA zu einem ihrer wichtigsten Verbündeten, Indien, um Jahrzehnte zurückwerfen könnte. Weniger tödliche Waffen, die im Normalfall lediglich unerträgliche Schmerzen, Atemnot oder vorübergehende Blindheit hervorrufen, seien die perfekte Lösung für derartige Probleme. Ein Toter oder gleich mehrere können einer Regierung für Jahrzehnte als moralischer Makel anhaften, zu diplomatischen Verwicklungen führen oder die Proteste auch weiter anheizen. Doug Beason wirbt für die folgende Alternative: das „Active Denial System“, eine Mikrowellenwaffe, die in einem bestimmten Winkel bei allen Menschen das Gefühl schwerer Verbrennungen erzeugt. „Bisher hatten [die Einsatzkräfte] nur zwei Optionen: die Aufständischen anzuschreien und zu bitten, anzuhalten oder auf sie zu schießen. Eine einfache, binäre Entscheidung, Schreien oder Schießen, angeschrien zu werden oder zu sterben. Heute gibt es eine dritte Option.“

„...Ein tiefes Brummen erfüllt den Raum, als ob sich ein gigantischer Ofen vor ihnen eröffnet hätte. Innerhalb von Sekunden wird der Schmerz unerträglich. Sie können

nicht nachdenken, sie können nur reagieren. Nach weniger als einer Minute sind die Strassen frei und das Gelände ist unwirklich ruhig.“

Übrigens: Der Artikel von Beason trägt den Titel: „Changing the Way Future Wars Will Be Fought“, das Gesicht der kommenden Kriege“ frei übersetzt.¹ Was Beason die dritte Option nennt, ist die „Lücke zwischen Schrei und Schuss“.²

Zum Thema weniger letaler Waffen (WLW) hat die Fraktion DIE LINKE Anfang Mai eine Kleine Anfrage im Bundestag gestellt. In ihrer Antwort zeigte sich die Bundesregierung weitgehend ungewillt, über die Forschung, Herstellung und Nutzung von WLW in Deutschland und bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr Auskunft zu geben.

Die Funktion von weniger letalen Waffen (WLW) aus Sicht der Bundesregierung

„NLW [nicht-letale Wirkmittel, offizieller Sprachgebrauch der Bundeswehr] sind vorgesehen zur angemessenen Reaktion auf Gewalttätigkeiten aller Art und jeglichen Eskalationsniveaus [...] Ohne NLW stehen den Streitkräften nur die Alternativen Passivverhalten und Einsatz konventioneller soldatischer Bewaffnung zur Verfügung“ schrieb die Bundesregierung jüngst in ihrer Antwort auf die kleine Anfrage der Linksfraktion.³ Trotzdem teilt die Regierung nicht die Auffassung vieler ExpertInnen, darunter der 19. Ausschuss für Technikfolgenabschätzung,⁴ dass „die Verfügbarkeit nicht-letaler Waffen die Hemmschwelle für den Einsatz von Zwangsmitteln senken kann, da ein größeres Spektrum an Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung steht“.⁵ Dies würde nicht zutreffen, da NLW erst dann zum Einsatz kämen, wenn von der Gegenseite bereits irgendeine Form von Gewalt ausgegangen sei, die aus der Sicht der Bundesregierung auch den Einsatz tödlicher Gewalt legitimieren würde: „Die Anwendung von solchen Wirkmitteln ist jedoch ausdrücklich Situationen auf höherer Eskalationsstufe vorbehalten, bei denen

zum Beispiel auch ein Schusswaffengebrauch gerechtfertigt wäre.“

Damit erklärt die Bundesregierung im Grunde, dass sie bereit ist, Soldaten im Ausland Demonstrationen niederschließen zu lassen. Denn „der Einsatz NLW wird konzeptionell ausschließlich auf Crowd and Riot Control (CRC) bei Einsätzen der Bundeswehr im Ausland beschränkt. CRC umfasst alle Verfahren, Kräfte, Mittel und Maßnahmen von Streitkräften im Einsatz zur Verhinderung oder Auflösung von/zur Einflussnahme auf Ansammlungen von Menschen, von denen Gewalt ausgeht oder Gewaltanwendung ausgehen kann.“ An anderer Stelle heißt es: „Ziel der CRC ist es, Menschenmengen auf Distanz zu halten, zu lenken und sofern erforderlich aufzulösen. Die zum Einsatz kommenden Mittel sollen wirksam die eigenen Handlungsmöglichkeiten erweitern, um die Fähigkeit zu einer abgestuften Eskalation und Deeskalation der eingesetzten Zwangsmittel zu eröffnen und gewalttätigen Aktionen wirksam zu begegnen. Damit soll insbesondere die Schwelle zum Einsatz letaler Wirkmittel erheblich erhöht werden.“

WLW in und aus Deutschland

Die deutsche Forschung zu NLW und WLW begann spätestens 1993, als das Verteidigungsministerium die DASA mit einer Untersuchung zu NLW beauftragte. Im Anschluss an eine Präsentation der Forschungsergebnisse ergingen drei Forschungsaufträge insbesondere zu akustischen Waffen an das Fraunhofer ICT, welches seit dem auch Tests mit Fangnetzen, Schaumstoffen und Wirbelgeneratoren als NLW bzw. WLW und zahlreiche Arbeitsseminare und Konferenzen zu diesem Thema durchführte.⁶ Im Dezember 1996 warnte der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung davor, dass NLW und WLW das (Kriegs-)Völkerrecht unterlaufen, zu einem neuen Wettrüsten führen und die Schwelle zur Anwendung von Gewalt auch bei Friedenseinsätzen durchaus erhöhen können.⁷ Das Fraunhofer ICT initiierte 1998 die Gründung der European Working Group NLW, der es in Person von Dr. Ing. Klaus-Dieter Thiel vorsteht und veranstaltet seit 2001 alle zwei Jahre in Ettlingen das European Symposium NLW, nach eigenen Angaben „das größte europäische Symposium auf dem NLW-Sektor“. Ebenfalls 2001 genehmigte der damalige Verteidigungsminister den Einsatz von Impulswaffen im Kosovo und empfahl die Innenministerkonferenz die Erprobung von Elektropulswaffen durch die Polizei im Inland.

Nach den März-Unruhen 2004 im Kosovo, als die Bundeswehrsoldaten Vertreibungen und Brandschatzungen durch aufgebrachte Albaner nicht verhindern konnten, wurde festgestellt, dass die Bundeswehr, außer über Gummiwuchtgeschossen, „unterhalb der Schwelle des Einsatzes von Schusswaffen zurzeit nur über begrenzte Mittel zur angemessenen Reaktion und stufenweisen Eskalation [verfüge]. Insbesondere fehlen Möglichkeiten, Menschenmengen auf Distanz zu halten, zu kanalisieren oder aufzulösen, falls physische Absperrungen oder Warnschüsse nicht zum Erfolg führen.“⁸ In der Folge wurde das deutsche Ausführungsgesetz zum Chemiewaffenübereinkommen dahingehend geändert, dass die Bundeswehr in ihren Auslandseinsätzen neben der vorhandenen Bewaffnung auch Reizstoffe und Pfefferspray einsetzen kann.

Innerhalb der Bundeswehr ist insbesondere die Wehrtechnische Dienststelle für Schutz- und Sondertechnik (WTD 52) für die Entwicklung und Erprobung von WLWs zuständig. Im Jahr 2004 gab diese als Aufgabenschwerpunkt die Ermittlung des „Erstausstattungsbedarf[s] der Streitkräfte für den Einsatz NLW bei friedenserhaltenden Maßnahmen“ an.⁹ Auf dessen Grundlage wurde die Bundeswehr mit Impulsmunition, Pfefferspray in zwei Ausführungen mit unterschiedlicher Reichweite, CS-Reizstoffwurfkörpern und CS-Reizstoffmunition mit Reichweite bis 150 Metern ausgestattet.

Der Bundesregierung zufolge wurden Forschungsaufträge an das Fraunhofer Institut für Chemische Technologie, die Universität der Bundeswehr in München sowie an die Universitäten in Düsseldorf und Witten/Herdecke vergeben. Zudem wurden „Unternehmen der nationalen wehrtechnischen Industrie (Rheinmetall, Diehl BGT,

EADS) mit F&T-Untersuchungen zu NLW mit konkreten Verträgen beauftragt“.

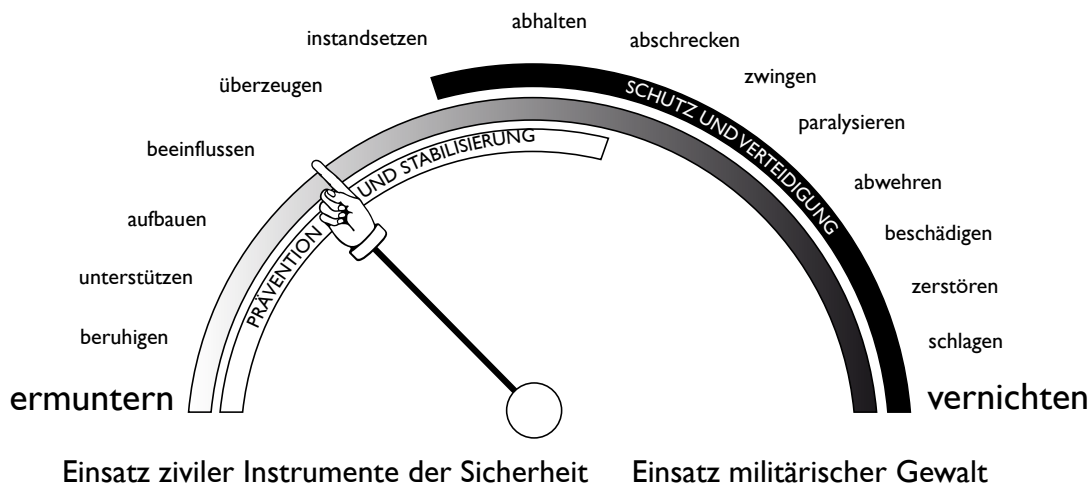
Laut einem Bericht des Amtes zur Bewertung von Technikfolgen des Europäischen Parlaments¹⁰ waren im Jahr 2000 nach Frankreich in keinem europäischen Land mehr Produzenten und Vertriebe von NLWs angesiedelt als in Deutschland. Alleine 21 deutsche Firmen boten bereits im Jahr 2000 chemische Reizstoffe, 13 Elektroschockwaffen und zehn kinetische Waffen an. Die deutsche Botschaft London blockierte seinerzeit die Beantwortung eines Fragebogens von Amnesty International UK zu NLW durch die entsprechenden Ministerien. Eine umfassende Liste über den Bestand, Export und Verwendung von WLW zu erstellen würde unangemessene Kosten verursachen. Der damalige Bericht des Amtes zur Bewertung von Technikfolgen des Europäischen Parlaments zeigte sich irritiert über diese Antwort, da die Bundesregierung zumindest für chemische Reizstoffe ohnehin eine entsprechende Liste im Rahmen des Chemiewaffenabkommens für die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) bereithalten müsste.

Ähnlich auskunftsunfreudig zeigte sich die Bundesregierung bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage. Auf die Frage, welche deutschen Unternehmen nach Kenntnis der Bundesregierung an der Forschung, Entwicklung und Herstellung von WLW beteiligt sind, gab die Bundesregierung ausschließlich Rheinmetall, Diehl BGT und EADS an, obwohl beispielsweise die Firma Carl Hoerneck Chemische Fabrik eigenen Angaben zufolge Reizstoffe an die Bundeswehr liefert (und nach Kenia)¹¹ und die Bundesregierung demzufolge darüber informiert sein müsste, dass dieses Unternehmen WLW herstellt. Auch über den Export von WLW wollte die Bundesregie-

rung keine Angaben machen.

WLW bei der Bundeswehr

Die Bundeswehr ist bereits seit Längerem mit 40mm-Hartschaumstoffgeschossen ausgestattet, nach der Änderung des deutschen Ausführungsgesetzes zum Chemiewaffenübereinkommen wurde die Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan zusätzlich mit Pfeffersprays in zwei verschiedenen Ausführungen mit unterschiedlichen Reichweiten (RSG4 bzw. RSG8) sowie 40mm-Patronen und Granaten, die CS-Gas (laut Bundesregierung: „Reizstoffrauch“) freisetzen, ausgerüstet. Diese werden entweder von Granatpistolen oder auch per Anbaugerät vom Sturmgewehr G36 abgefeuert. Der Umfang der entsprechenden Bestände ist jedoch als Verschlussache eingestuft, weshalb die Regierung keine Angaben hierüber macht. Die Anschaffung von flüssigem CS ist geplant, um dieses den auf Fahrzeugen montierten und rückentragbaren Reizstoffwerfern, über welche die Bundeswehr bereits verfügt, beizumischen. Darüber hinaus verfügen zumindest die CRC-Züge auch über Schlagstöcke und Schilder und die Feldjäger über Wasserwerfer. In ihrer Antwort auf die kleine Anfrage behauptete die Bundesregierung zwar, es seien „keine Wasserwerfern bei deutschen Einsatzkontingenten im Ausland stationiert“. Auf der Homepage der Bundeswehr hingegen sind Bilder eines „Anti-Aufbruch-Trainings“ in Prizren zu sehen, bei denen ein Wasserwerfer, geschützt durch deutsche Soldaten mit Schlagstöcken und Schildern, einen Strahl abfeuert. Auch widersprechen verschiedene Pressemeldungen der Aussage der Bundesregierung. So berichtete die Tagesschau im Mai 2005: „Seit knapp einem Jahr verfügt die Bundeswehr im Kosovo auch über entsprechende Waffen gegen Gewalttäter in einem Protestzug: Gummigeschosse, Tränengasgranaten, Wasserwerfer“.¹² Auch die Neue Westfälische berichtete von Übungen mit Wasserwerfern in Kosovo: „Um einen Ernstfall zu demonstrieren, sind am Sonntagmorgen etwa 100 Soldaten aus Augustdorf im ‘Camp Casablanca’ nördlich von Prizren angetreten. Kompaniechef Jan T. erklärt die ‘Bedrohungslage’: Gewalttätige Demonstranten müssen in Schach gehalten und zur Ruhe gebracht werden. [...] Anders als früher sind die Soldaten mit dem



Grafik: Nachempfunden einer Präsentation von Oberst i.G. Ralph Thiele zur „Vernetzten, bedarfsgerechten Wirkung“ bei einem Gastvortrag beim Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln

so genannten CRC (Crowd-Riot-Control, Kontrolle von Massen-Aufständen)- System ausgerüstet. Diese Ausrüstung besteht aus verschiedenen Waffen, die alle nicht tödlich sind, den Gegner aber außer Gefecht setzen. Je nach Eskalationsgrad werden Tränengas, Pfefferspray, Gummigeschosse, Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen Angreifer eingesetzt. Erst im schlimmsten Fall – und immer erst nach entsprechendem Befehl – greifen die Soldaten zur Schusswaffe.¹³

Die Ausbildung „der für Einsätze der Bundeswehr vorgesehenen Kräfte“ im Umgang mit WLW erfolgt durch die Feldjäger „im Rahmen der einsatzvorbereitenden Ausbildung für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung (EAKK) ... und erfolgt für die jeweiligen Kräfte grundsätzlich anlassbezogen an den Ausbildungseinrichtungen 'Gefechtsübungszentrum Heer' (Letzlingen),¹⁴ dem VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr (Wildflecken), dem Ausbildungszentrum Grundlagenbildung der Luftwaffe (Germersheim), dem Zentrum 'EinsAusbÜbSanDstBw' (nur RSG4) in Feldkirchen und der Schule für Feldjäger und Stabsdienst in der Bundeswehr in Sonthofen.“ Dabei verschweigt die Regierung – wie so vieles – dass die Ausbildung im Rahmen der Auslandseinsätze durch zahlreiche Übungen im Einsatzland weitergeführt wird. Als besonderes Testfeld erweist sich hier der Balkan, insbesondere im Kosovo scheinen CRC-Übungen nahezu wöchentlich stattzufinden.¹⁵ Die Übungsszenarien lauten dabei beispielsweise wie folgt: „Eine Gruppe von Demonstranten hat sich von einer genehmigten Demonstration in der Altstadt abgesetzt und bewegt sich in Richtung Erzengekloster im Bistricatal. Zum Schutz der Mönche und des Klosters befiehlt die 4. Kompanie des Einsatzbataillons Prizren zusätzliche Sicherungsmaßnahmen. Dazu verstärkt sie die Reserve, den Charlie-Zug, luftbeweglich als CRC-Zug die Sicherung am Kloster [...] Minuten später landen die drei Hubschrauber auf relativ kleinem Raum und setzen die Verstärkungskräfte ab. Unverzüglich beziehen sie ihre im Voraus erkundeten Stellungen womit auch das Ende der Übung angezeigt ist.“¹⁶ Die Übungen sind u.a. notwendig, um den Umgang mit für Soldaten eher untypischen Einsatzmitteln wie Schildern (gegen Steinwürfe) zu trainieren. Die Schilder müssen beim Besteigen des Hubschraubers in einer bestimmten Weise getragen werden, damit sich der Luftzug der Rotoren nicht in ihnen verfängt. Das Foto der Woche in der Aprilausgabe der Zeitschrift „Y - das Magazin der Bundeswehr“ zeigt junge Männer in Armeehosen, die vor einem Panzer und deutschen Feld-

jägern westürmen, im Hintergrund ein Hubschrauber, folgender Text erläutert die Szene: „Das Operational Reserve Battalion trainiert seine Fähigkeiten im Kosovo bei der Übung ‚Balkan Hawk‘ und bekommt von den Amerikanern Unterstützung aus der Luft. Sie versuchen die Demo mit Hilfe eines Apache-Hubschraubers aufzulösen.“ Die Uniformen der Feldjäger tragen dabei keine Tarnflecken sondern sind in einheitlichem grün gehalten so wie (früher) die der deutschen Bereitschaftspolizei (denen sie verdächtig ähneln). Außerdem tragen sie offensichtlich Schienbeinschoner.

Lapidar erklärt die Bundesregierung: „NLW wurden, abgesehen zu Ausbildungszwecken, durch deutsche Kräfte bislang nicht eingesetzt.“ Auch dem widersprechen zahlreiche Presseberichte und Aussagen aus dem Umfeld der Bundeswehr selbst: Einem Bericht der Zeitschrift ‚Das Parlament‘ zu Folge wurde z.B. im Kosovo bereits Pfefferspray durch die deutschen KFOR Soldaten eingesetzt und zwar aus eher lapidarem Anlass: „Zum Beispiel neulich, als zwei Streithähne mit Mistgabeln aufeinander losgingen und damit das halbe Dorf in Tumult zu stürzen drohten - nach einer Prise Pfefferspray herrschte Ruhe. Die deutschen Soldaten seien dem Bericht zufolge sogar besser mit NLWs ausgerüstet, als die Einsatzkräfte anderer Nationen.“¹⁷ Johann Höcherl, Professor an der Universität der Bundeswehr erklärte auf dem 4. European Symposium on Non-Lethal Weapons: „Als Konsequenz aus den neuen Szenarien, in denen Teile der deutschen Armee eingesetzt werden, wurde nicht-tödliche Munition, basierend auf Impuls und Energie, die auf das Ziel übertragen werden, zu Aufstandsbekämpfungszwecken eingeführt, die sich bislang sehr bewährt hat.“¹⁸ Die Verwendung von WLW wird laut Bundesregierung zwar nach eigenen Angaben „im Rahmen des Bestandsnachweises“ registriert, doch die Bestände sind eben Verschlusssache und damit nicht überprüfbar. Ferner lässt sich aus den Beständen etwa an Pfefferspray oder flüssigem CS wenig über konkrete Einsätze erfahren, da sich die verbrauchten Mengen schlecht wie bei anderer Munition in einzelnen Patronen angeben lassen.

Auch die so genannten „Quick Reaction Force“, die im Sommer 2008 nach Afghanistan verlegt wird, ist der Bundeswehr und verschiedenen Presseberichten zu Folge mit WLW ausgestattet. Auch hier zeigte sich die Bundesregierung ungewillt, den Umfang, zu konkretisieren.

Keinerlei Angaben machte die Bundesregierung außerdem zur Ausrüstung der Spezialeinheiten des KSK mit WLW, da „zu operationellen Einzelheiten von Ein-

sätzen der Spezialkräfte der Bundeswehr [...] grundsätzlich keine Stellung genommen“ wird. Von einer Bewaffnung mit Gas-, Blend- und Rauchgranaten ist aber, betrachtet man das Aufgabenspektrum des KSK,¹⁹ in jedem Falle auszugehen. Sie würde nach wie vor dem Chemiewaffenübereinkommen eklatant widersprechen, da auch nach dessen novellierten deutschen Ausführungsgesetz der Einsatz chemischer Kampfstoffe auf Unruhebekämpfung beschränkt ist. Diese ist aber explizit nicht Aufgabe des KSK.

Intransparent und verantwortungslos

Zu den rechtlichen Implikationen der Forschung und des Einsatzes WLW scheint sich die Bundesregierung ohnehin kaum Gedanken zu machen. So hat schon die Änderung des deutschen Ausführungsgesetzes zum Chemiewaffenübereinkommen dessen Wirkung auf internationaler Ebene geschwächt, indem die Bundesregierung damit Wege aufzeigte, das an sich absolute Verbot von Chemiewaffen in kriegerischen Auseinandersetzungen zu umgehen. Da die internationale Sicherheitsarchitektur ohnehin zunehmend auf asymmetrische Bedrohungen und „neue Kriege“ abzielt, also CRC in den Mittelpunkt des aktuellen Aufgabenspektrums rückt, diese aber nach Auffassung der Bundesregierung auch im Ausland eine Ausnahme vom Chemiewaffenverbot darstellt, wird es hiermit de facto entkräftet. Obendrein hat es die Bundesregierung unterlassen, die unter diesen „Ausnahmebedingungen“ eingesetzten Wirkstoffe zu spezifizieren und zu beschränken und sie hat jüngst erneut zum Ausdruck gebracht, dass sie dies auch nicht vorhat. „Durch das Fehlen konkreter Definitionen schafft die Neuregelung ein gewisses Maß an rechtlicher Unsicherheit für den RCA-Einsatz (Riot Control Agents). Die Auslegung des CWÜ wird letztlich auf die Ebene der militärischen Einsatzregeln übertragen“, urteilte der Jurist Hans Wolfram Kessler nach der Änderung des Gesetzes.²⁰ Auch Jan von Aken kritisierte diese in der NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“ scharf: „Sobald Sie sich bei den Chemiewaffen auf eine Eskalationsstufe begeben, egal wie niedrig die ist, dann bereiten Sie damit die weitere chemische Eskalation vor. Man muss wissen, dass in der Geschichte jeder Einsatz von tödlichen Nervengasen, von tödlichen Chemiewaffen immer mit Tränengas angefangen hat. Ob das nun der Irak war unter Saddam Hussein, ob das im Ersten Weltkrieg die Deutschen waren, es fängt immer mit Tränengas an, unterste Eskalationsstufe, aber in dem Moment, wo sie im Krieg Gas ein-

setzen, ist es nicht mehr zu stoppen und am Ende werden sie bei den tödlichen Gasen landen.“²¹

Auf die Frage, ob die Bundesregierung einen weiteren Regelungsbedarf für den Umgang mit WLW auf internationaler Ebene sieht, antwortete diese: „Nein. Auf NATO- und EU-Ebene sind Arbeitsgruppen zu NLW tätig, die eventuell auch neue Regelungen als Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten herausgeben. Diese Regelungen sind aber nicht von der Bundesregierung veranlasst.“ Hierzu muss erwähnt werden, dass die angesprochenen Gremien eben nicht mit der Eindämmung und Kontrolle von WLW beauftragt sind, sondern eher Lobbying für diese betreiben. Vorsitzender der European Working Group Non-Lethal Weapons ist beispielsweise der bereits erwähnte Klaus-Dieter Thiel vom Fraunhofer ICT, einem der größten Institute zur Entwicklung von WLW in Europa. Sein Stellvertreter ist Massimo Annati von der italienischen Marine, ein regelmäßiger Autor der Zeitschrift *Military Technology* und angesehenen Vordenker moderner Kriegstechnologie.

Thiel ist ebenfalls Mitautor einer der wichtigsten NATO-Studien zu NLW²² und Vorsitzender der „International Virtual Non-Lethal Weapons Platform“, einer Internetseite, auf der sich verschiedene Wissenschaftler über NLW austauschen sollen.

Das Fraunhofer Institut arbeitet eigenen Angaben zufolge sowohl mit dem Verteidigungsministerium, als auch der Rüstungsindustrie eng zusammen.²³ Das BMVg ist der wichtigste Geldgeber des Instituts, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt es 50% der Mittel für das Institut zur Verfügung.²⁴ Bei dem European Symposium NLW sind öfters Angehörige des BMVg als Redner und Teilnehmer eingeladen.²⁵ Dennoch gab die Bundesregierung an, das Symposium werde von dem BMVg weder personell, noch finanziell unterstützt.

Eigentlich müssten Forschung, Produktion, Export und Einsatz von WLW restriktiv gehandhabt werden. Die Bundesregierung räumt zwar ein, dass viele der WLW in Deutschland unter das Waffengesetz fallen, weigert sich aber konsequent, eine Aufstellung zu liefern, welche dieser Waffen exportiert werden. Die Begründung hierfür besteht darin, dass WLW nach Auffassung der Bundesregierung generell nicht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen. Deshalb liege ihr „keine statistische Aufbereitung zu Genehmigungen der Ausfuhr von 'WLW' bzw. entsprechender Komponenten und Technologien vor. Die Struktur der dem Bundesamt für Wirtschaft und

Ausfuhrkontrolle (BAFA) vorliegenden Datenbestände gestattet keine automatisierte Recherche im Sinne der gestellten Frage“. Das heißt, dass nicht nur Schlagstöcke sondern auch Wasserwerfer aus dem Hause Daimler oder kinetische Waffen, wie sie Heckler & Koch herstellt, an diktatorische Regime ausgeliefert werden können, ohne dass die Öffentlichkeit hierüber etwas erfährt. Die deutsche Außenwirtschaftsverordnung nimmt für die Länder Somalia, DR Congo, Liberia, Simbabwe, Birma, Côte d'Ivoire, Sudan und Usbekistan „nichtletale militärische Ausrüstung“ von den jeweiligen Waffenembargos der UN aus, sofern sie nur „für humanitäre oder Schutzzwecke“ bestimmt sind. In diesen Fällen jedoch bedarf der Export einer Genehmigung durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Auch hier sieht die Bundesregierung keinen weiteren Regelungsbedarf.

Eine ähnliche Haltung zeigt die Bundesregierung, wenn es um die Verwendung WLW im Inland geht. Obwohl mittlerweile auch die Polizei in Deutschland zunehmend mit WLW, darunter Elektroschockpistolen, ausgerüstet wird, existiert im Geschäftsbereich des Innenministeriums keine einzige Richtlinie oder Verordnung, die den Einsatz von WLW regelt.

Das perfekte Werkzeug für Diktatoren

Die deutsche Regierung finanziert die Forschung und Entwicklung weniger letaler Waffen, weil sie diese für „Verteidigungsaufgaben“, „dort [...] wo Risiken und Bedrohungen für die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten entstehen“ für geeignet erachtet. Bei solchen „Friedensmissionen“, die ja vermeintlich den Export von Demokratie befördern sollen, ist der Einsatz von WLW vorgesehen, „um Menschenmengen auf Distanz zu halten, zu lenken und sofern erforderlich aufzulösen“. Die Wirkprinzipien dieser Waffen sind Schmerz und Angst. Obwohl sie in Deutschland meist unter das Waffengesetz fallen, ist ihr Export selbst dann legal, wenn es sich explizit um militärische Ausrüstung handelt, die in Länder exportiert wird, die aufgrund von Menschenrechtsverletzungen mit einem UN-Embargo belegt sind. Entsprechend widerspricht die Bundesregierung der Auffassung des UN-Ausschusses gegen Folter, dass der Einsatz von Elektroschockpistolen beispielsweise Folter sei.

Anmerkungen

¹ Doug Beason (2006): *The E-Bomb: Changing the Way Future Wars Will Be Fought*, in: *Rusi Defence Systems*, Vol. 9., Nr. 1.; S. 90-93.

² Olaf Arndt / Ronald Düker: *Eine andere Gewalt* ist möglich, veröff. auf Telepolis (06.06.2007)

³ Antwort der Bundesregierung auf BT-Drucksache 16/9050 vom 2.Mai 2008, alle folgenden, nicht näher gekennzeichneten Zitate entstammen dieser.

⁴ BT-Drucksache 13/6449

⁵ BT-Drucksache 16/9050

⁶ Landmine Action (2001), *Tödliche Alternativen*. Wie die Antipersonenminen ersetzt werden, S. 53; URL: www.landmine.de/fix/deutsch_report.pdf.

⁷ BT-Drucksache 13/6449

⁸ BT-Drucksache 15/3599

⁹ Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (2004): *Das BWB und die Dienststellen in der Transformation*

¹⁰ European Parliament: *Crowd Control Technologies - An Assessment Of Crowd Control Technology, Options For The European Union (EP/1V/B/STOA/99/14/01)*, Working Paper der Omega Foundation.

¹¹ http://www.tw1000.com/index.cgi?sid=974835927703&action=frontpage::load_plain&template=referenzen

¹² <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung177030.html>

¹³ Soldaten sorgen für Sicherheit, in *Neue Westfälische* vom 3./4.12.2005

¹⁴ Vgl. hierzu: Johannes Plotzki (2005): *Kriege üben mit Serco GmbH und SAAB*, IMI-Analyse 2005/032, in: *AUSDRUCK*, Dezember 2005.

¹⁵ Dies ergibt eine Auswertung der wöchentlich erscheinenden Feldzeitung der Bundeswehr für das Kosovo, Maz & More

¹⁶ Maz & More, *Feldzeitung der Bundeswehr für das Kosovo*, Nr. 422

¹⁷ Thiele, Christian (2005): *Überwiegend ruhig, aber nicht stabil*, in: *Das Parlament* Nr. 21; URL: <http://www.das-parlament.de/2005/21/Thema/015.html>

¹⁸ Höcherl, Johan G. (2007): *Pressure measurements at impact of kinetic energy ammunitions*, Beitrag auf dem 4. European Symposium on Non-Lethal Weapons; URL: <http://www.non-lethal-weapons.com/sy04abstracts/V20.pdf>

¹⁹ Claudia Haydt (2008): *Kommando Spezialkräfte: „Mit der Lizenz zum Töten“*, IMI-Analyse 2008/006 - in: *AUSDRUCK*, Februar 2008.

²⁰ Kessler, Hans Wolfram (2005): *Krieg ohne Tränen? Reizstoff für die Bundeswehr: Zur Änderung des deutschen Ausführungsgesetzes zum Chemiewaffenübereinkommen*, in: *Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften* 1/2005; S. 4-10.

²¹ *Streitkräfte und Strategien* vom 5.04.08, URL: <http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript68.pdf>

²² NATO (2006) *The Human Effects of Non-Lethal Technologies. The Final Report of NATO RTO HFM-073*. Brussels: NATO, Research and Technology Organisation; URL: [http://ftp.rta.nato.int/public//PubFullText/RTO/TR/RTO-TR-HFM-073/\\$\\$TR-HFM-073-TOC.pdf](http://ftp.rta.nato.int/public//PubFullText/RTO/TR/RTO-TR-HFM-073/$$TR-HFM-073-TOC.pdf)

²³ <http://www.ict.fraunhofer.de/Institutsprofil/Institutseschichte/index.jsp>

²⁴ Fraunhofer ICT (2008): *Jahresbericht 2007/08*; URL: http://www.ict.fraunhofer.de/fhg/Images/jahresbericht_2008_d_tcm137-112318.pdf

²⁵ <http://www.non-lethal-weapons.com/sy02index.html>

Konservativer Horrorkatalog

Die „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ der CDU/CSU

von Tobias Pflüger

Anfang Mai verabschiedete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine 16-seitige „Sicherheitsstrategie für Deutschland“.¹ Das Dokument wurde unter der Federführung von Volker Kauder von Unionsfraktionsvize Andreas Schockenhoff (sein Wahlkreis ist Ravensburg-Bodensee) erarbeitet und sowohl mit Kanzlerin Angela Merkel als auch Militärminister Franz-Josef Jung sowie Innenminister Wolfgang Schäuble abgestimmt.

Mit dieser CDU/CSU-Sicherheitsstrategie wird eine umfassende Militarisierung der Außen- und Innenpolitik angestrebt, deshalb ist die breite Rückendeckung innerhalb der CDU/CSU umso besorgniserregender. Geplant ist u.a. die Bildung eines „Nationalen Sicherheitsrats“ analog zu den USA, mit dem eine Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse im Kanzleramt bezweckt wird; ferner soll die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit noch weiter aufgeweicht und die Möglichkeiten für Bundeswehreinätze im Inland ausgeweitet werden. Der konservative Horrorkatalog visiert sogar offen Militäreinsätze zur Rohstoffsicherung an. Militäreinsätze sollen nicht zwingend nur mit Mandat des UN-Sicherheitsrates stattfinden. Auch ist eine Aushöhlung des Parlamentsvorbehaltes geplant, d.h. die Abstimmung über Auslandseinsätze der Bundeswehr soll trotz klarem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auch mal ohne Zustimmung des Bundestages erfolgen können.

Rohstoffkriege...

Die „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ macht eine zunehmende deutsche Abhängigkeit von Energieimporten aus: „Konflikte in Lieferländern können unsere Versorgung mit Energie und Rohstoffen gefährden und unserer Wirtschaft Schaden zufügen. Es besteht aber auch die Gefahr, dass unsere Abhängigkeit gegen uns instrumentalisiert wird und wir politisch unter Druck gesetzt werden.“ (S. 6) Damit dem freien Fluss der Rohstoffe nichts im Wege steht, scheint die CDU/CSU-Fraktion offensichtlich bereit zu sein, die Bundeswehr damit zu beauftragen, sämtliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen: „Die Herstellung von

Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc. Bereits heute wird die Bundeswehr im Rahmen der NATO eingesetzt - beispielsweise mit der Beteiligung an OEF am Horn von Afrika oder an Active Endeavour im Mittelmeer.“ (S. 7) Damit wird zugleich unverblümt eingeräumt, dass der angebliche Anti-Terror-Einsatz im Mittelmeer primär deutschen Rohstoffinteressen dient.

... unter Ausschluss des Parlaments

Damit solche Rohstoffkriege künftig reibungslos über die Bühne gehen können, schlägt die „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ vor, die deutsche Parlamentsbeteiligung auszuhebeln. Denn bislang muss der Bundestag - noch - jedem einzelnen deutschen Militäreinsatz zustimmen: „Die Bundeswehr muss als Teil eines multinationalen Eingreifverbandes zur militärischen Krisenbewältigung auch dann kurzfristig einsatzfähig sein, wenn eine Entscheidung des Deutschen Bundestages nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann. Dafür ist das Parlamentsbeteiligungsgesetz entsprechend anzupassen.“ (S. 14)

Da sowohl die Schnellen Eingreiftruppen der NATO (NATO Response Force - NRF) als auch der Europäischen Union (Battle Groups) innerhalb von fünf bis dreißig Tagen einsatzbereit sein sollen, kollidiert dieser Anspruch zwangsläufig mit dem deutschen Parlamentsvorbehalt. Um diesem „Problem“ vorzubeugen, hatte Deutschland bereits seit Längerem signalisiert, diesbezügliche Schwierigkeiten aus dem Weg räumen zu wollen. In dieses Bild passt, dass der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Christian Schmidt (CSU) Vorratsbeschlüsse für EU Battle Groups und NATO Response Force fordert.² Nachdem bereits das Europäische Parlament über keinerlei Mitentscheidungsrechte hinsichtlich der Frage von EU-Militäreinsätzen verfügt, soll mit der „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ nun auch die Hoheit des Deutschen Bun-

destages ausgehebelt und somit die formale Gewaltenteilung in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden de facto aufgehoben werden.

... und ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates

Besonders brisant ist die Festlegung, künftig Militäreinsätze auch ohne ein - völkerrechtlich notwendiges - Mandat des UN-Sicherheitsrates durchführen zu wollen: „Einsätze sind damit im Rahmen der kollektiven Beistandsverpflichtung in NATO oder EU, auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen oder auch ohne ein solches Mandat in Wahrnehmung des Selbstverteidigungsrechts entsprechend Artikel 51 oder in Verfolgung der Ziele der Charta der Vereinten Nationen (humanitäre Intervention) möglich.“ (S. 14)

Damit soll endgültig der Weg geebnet werden, um künftig auch ohne Zustimmung der Vereinten Nationen beliebig militärisch eingreifen zu können. Dies war schon bereits beim NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien durch die damalige rot-grüne Bundesregierung und im Irak insbesondere durch die USA vorexerziert worden. Während in früheren Dokumenten wenigstens noch rhetorisch der UNO die Stange gehalten wurde, wird somit in dem Papier ganz offen „das alleinige Legitimationsrecht der Vereinten Nationen zum Einsatz militärischer Gewalt hingegen nicht mehr uneingeschränkt akzeptiert.“³

Wie die CDU/CSU-Strategen aus den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta (Artikel 1 + 2) allerdings das Recht ableiten, angebliche so genannte „humanitäre Interventionen“ ohne Autorisation des UN-Sicherheitsrates durchführen zu dürfen, ist vollkommen schleierhaft. Denn genau in diesen Zielen und Grundsätzen (Kapitel 1, Artikel 2, Absatz 7) heißt es unmissverständlich: „Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden.“

Militarisierung der Innenpolitik

Endgültig aufgeräumt werden soll auch die - historisch gerade in Deutschland wohlbegründete - Trennung zwischen so genannter innerer und äußerer Sicherheit. Zivile und militärische Mittel sollen vermischt werden, ebenso wird nicht mehr zwischen Einsätzen im Innern und im Ausland unterschieden. „Diese veränderte Bedrohungslage erfordert ein völlig neues Verständnis von Sicherheitspolitik. Da

diese terroristische Gewalt auch Staatsgrenzen überschreitet und sich bewusst international organisiert und vernetzt, lässt sich die bisherige Trennung von innerer und äußerer Sicherheit oder in Kriegszustand und Friedenszeit nicht länger aufrechterhalten.“ (S. 3) Besonders interessant ist die Formulierung, dass Kriegszustand und Friedenszeiten nicht mehr getrennt werden könnten. Ist dieses Land also nach Ansicht der Autoren der CDU/CSU-„Sicherheitsstrategie“ in einem permanenten Kriegszustand? Offensichtlich.

Dieser ausgerufenen permanente Kriegszustand rechtfertigt dann nach Ansicht der Autoren wiederum außerordentliche Maßnahmen wie die Ausweitung von Bundeswehreinsätzen im Inland. „Die Gefahr von terroristischen Anschlägen durch außenpolitische Zurückhaltung zu mindern, ist für Deutschland keine reale Option“ (S. 3), heißt es in dem Papier. D.h. immer weiter eskalieren, à la Irak. Das Ergebnis ist offensichtlich: Die Situation verschlimmert sich, und immer mehr Terroristen werden gemacht. So wird Unsicherheit geschaffen, womöglich ist dies beabsichtigt, um auch im Innern politisch durchziehen zu können.

Das Ziel einer „Erhöhung der Wehrhaftigkeit“ solle sich in der deutschen Sicherheitsarchitektur niederschlagen: „Die Organe, Instrumente und Fähigkeiten der inneren und äußeren Sicherheit sind besser miteinander zu verzahnen.“ (S. 11) Der in diesem

Kontext u.a. unterbreitete Vorschlag zur Bildung eines „Nationalen Sicherheitsrates“ soll dabei die Kompetenzen im Kanzleramt bündeln bzw. zentralisieren.

CDU/CSU will die Bevölkerung kriegstauglicher machen

An einem lassen die Autoren der „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ keine Zweifel aufkommen, nämlich dass Deutschland künftig immer mehr Kriege führen will und wird: „Angesichts der steigenden Anzahl von Krisen, die sich negativ auf unser Land auswirken können, muss sich Deutschland auf weitere, länger andauernde Einsätze der Bundeswehr, zur Friedensstabilisierung und zur Friedenserzwingung, vorbereiten.“ (S. 13)

Da die Ablehnung hiergegen in der Bevölkerung sämtlichen Umfragen zufolge immer weiter wächst und sich mittlerweile stabile Mehrheiten gegen die laufenden Einsätze der Bundeswehr aussprechen, soll nun zudem eine „Charmeoffensive“ gestartet werden, um die Bevölkerung von der „Notwendigkeit“ deutscher Kriegseinsätze zu überzeugen: „Um in diesem umfassenden Sinn handlungsfähig zu sein, muss sich in der Bevölkerung ein neues Verständnis der Sicherheitsrisiken und der strategischen Aufgaben deutscher Sicherheitspolitik herausbilden. Insbesondere die Politik ist gefordert, unsere Bürger durch bessere Kommunikation und Information davon zu überzeugen, dass Deutschland bereit

sein muss, Verantwortung für die globale Sicherheit gemeinsam mit unseren Partnern zu tragen.“ (S. 13f.)

Gegenangriff starten!

Es muss also mit einer breiten „Sicherheits“-Kampagne aus den Reihen der CDU/CSU gerechnet werden. Doch diese Sicherheitskampagne wird eher eine Kampagne sein, die Angst machen soll und macht. Mit dem Sicherheitsbegriff der dem CDU/CSU-Konzept zugrunde liegt, ist eine Sicherheit gemeint, die keine Sicherheit ist für die Mehrheit der Bevölkerung. Die Mehrheit der Bevölkerung braucht andere Sicherheit, z.B. soziale Sicherheit. Offensichtlich soll die Bevölkerung kriegstauglicher gemacht werden. Die Antikriegs- und Friedensbewegung sollte den Fehdehandschuh, der von Seiten CDU/CSU hingeworfen wurde, aufgreifen und diese CDU/CSU-Sicherheitsstrategie als das betiteln, was sie ist, eine Kriegsvorbereitungs- und Kriegsstrategie. CDU/CSU machen mit dieser Sicherheitsstrategie deutlich, dass sie Kriegsparteien sind, das muss klar benannt werden. Doch Krieg darf nicht Mittel von Politik sein.

Anmerkungen

¹ Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, URL: http://videos.focus.de/community/20080505_CDU_CSU-SicherheitsstrategieMai08.pdf

² CSU-Staatssekretär will „Doppelbeschluss“ für Auslandseinsätze, Handelsblatt, 07.01.2007.

³ Alexander Richter: Auslandseinsätze ohne UN-Mandat?, www.tagesschau.de, 06.05.2008.

Bundesverfassungsgericht bestätigt Antikriegs- und Friedensbewegung in Sachen Krieg gegen den Irak

Anfang Mai hat das Bundesverfassungsgericht die AWACS-Einsätze aus dem Jahre 2003, die die damalige rot-grüne Bundesregierung unter Umgehung des deutschen Bundestages im Rahmen des Irakkrieges beschlossen hatte, als verfassungswidrig erklärt. Das Urteil ist auch eine klare Absage an die Unterstützung Deutschlands für den Krieg gegen den Irak. Die Lüge von der angeblichen Kriegsgegnerschaft Deutschlands unter Schröder fällt nun völlig in sich zusammen. Rot-grün redete damals gegen den Irak-Krieg, unternahm aber alles, damit er möglich war, u.a. durch

die ebenfalls rechtswidrige Zurverfügungstellung der militärischen Infrastruktur in Deutschland (vgl. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Sachen Florian Pfaff).

Das Urteil ist eine späte Bestätigung unserer Argumentation in der Friedens- und Antikriegsbewegung, dass die damalige rot-grüne Bundesregierung u.a. mit diesem AWACS-Einsatz aktiver Kriegsteilnehmer im völkerrechtswidrigen Krieg und der Besetzung gegen den Irak war und ist. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine klare rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Der Bundes-

tag darf bei allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht umgangen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat damit auch indirekt den CDU/CSU-Plänen für eine neue „Sicherheitsstrategie“ eine klare Absage erteilt.

Sämtliche gegenwärtigen Bestrebungen nach Militäreinsätzen unter Ausschaltung des Bundestages, wie sie sowohl im Lissabon-Vertrag als auch in der gestern beschlossenen „Sicherheitsstrategie“ der CDU/CSU zum Ausdruck kommen, sind nun in klare Schranken gewiesen worden.

Tobias Pflüger



Siemens und Telekom im Sumpf der Sicherheitsindustrie

von Christoph Marischka

Eine vernichtende Bilanz legte die US-amerikanische Kanzlei Debevoise & Plimpton über die Geschäftspraktiken des Siemens-Konzerns zwischen 1999 und 2005 vor: „in fast allen untersuchten Geschäftsbereichen und zahlreichen Ländern“ wurden Belege für Korruptionsverstöße gefunden. „Insgesamt sollen mindestens 1,3 Milliarden Euro an Schmiergeldern zur Erlangung von Aufträgen an diverse Behörden und Entscheidungsträger geflossen sein“, berichtet die österreichische Zeitung Kurier.

Im untersuchten Zeitraum erhielt „Siemens Business Services“, heute „Siemens IT Solutions and Services“, mit einem gemeinsam mit IBM gebildeten Konsortium den Zuschlag für das laut Financial Times Deutschland größte Public-Private-Partnership-Projekt in ganz Europa. Im Rahmen des Herkules-Projekts soll die Bundeswehr bis 2015 flächendeckend mit neuen Computerarbeitsplätzen und Telefonanlagen ausgestattet werden. Hierzu gründete das Konsortium gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland die Gesellschaft „BWI Informationstechnik“, an der Siemens mit 50,5% beteiligt ist. „Diese strategische Partnerschaft ist ein wichtiger Baustein der Bundeswehrreform“, schreibt die Gesellschaft in ihrer Selbstdarstellung. Die ursprünglichen Plankosten für das Herkules-Projekt beliefen sich auf 7,2 Mrd. Euro, verteilt auf die 10 Jahre, während derer das Projekt durchgeführt werden soll, bereits damals der nach eigenen Angaben größte Auftrag in der Firmengeschichte der Siemens AG. Die Gesellschaft hat sich hierfür ein eigenes Firmengebäude bauen lassen und ist längst an längerfristigen Projekten beteiligt. Das Fernmeldebataillon 384 in der General-Fahnert-Kaserne in Karlsruhe wurde bereits am 14.3.2008 von seinen Aufgaben entbunden, darunter der Betrieb des Automatische Führungsfernmeldenetz (AutoFüFmN) und des taktischen Richtfunknetzes der Flotte (TRF), die zukünftig die BWI Informationstechnik übernimmt. Auch am nach Bundesinnenminister Schäuble „größten technologischen Modernisierungsprogramm in Deutschland“, das die so genannten „Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ (BOS)

per einheitlichem Digitalfunk miteinander vernetzt, ist Siemens gemeinsam mit Nokia und dem Rüstungsunternehmen EADS beteiligt.

Siemens: Top-Anbieter in Sachen Sicherheit

42% seines Umsatzes erwirtschaftet Siemens IT Solutions and Services in Deutschland, weitere 42% im restlichen Europa. Unter den Auftraggebern befinden sich neben der Bundeswehr zahlreiche weitere öffentliche Stellen: Vom südafrikanischen und italienischen Innenministerium über die Finanzministerien in Frankreich und der Türkei, die Europäische Kommission bis hin zu den italienischen Carabinieri, dem schweizerischen Departement für Justiz und Polizei sowie zum Rüstungskonzern EADS und der internationalen EUROCONTROL-Behörde in Belgien, welche zukünftig die gemeinsame Flugsicherheit der zivilen und militärischen Luftfahrt in Europa regeln soll.

Einem Monitor-Bericht vom 16.3.2006 zu Folge lieferte Siemens auch an das usbekische Karimov-Regime „ein hochmodernes digitales Telekommunikationssystem, integraler Bestandteil laut Produktbeschreibung eine Technik, mit der Gespräche aller Art landesweit abgehört werden können.“ Zwar verpflichtete der usbekische Gesetzgeber „... jeden Telekomanbieter, den Behörden Abhörtechnik zur Verfügung zu stellen“, doch Siemens selbst warb in einem Prospekt von sich aus für entsprechende Standards: „Gesetzgebung und Standardisierung der Telekommunikation verlangen überall in der Welt von den Netzwerk-Betreibern die Mittel bereitzustellen, alle Formen der Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen“.

Unter den privaten und halbstaatlichen Kunden allein des Zweiges IT Solutions and Services befinden sich v.a. internationale Flughäfen, Telekommunikations-Anbieter, Energieversorger, Banken, Versicherungen und Logistikunternehmen, also mehr oder weniger all das, was als „kritische Infrastruktur“ betrachtet wird.

In Kroatien hat Siemens IT Solutions and Services wesentlich an der Gesamtkonzept-

tion des Border-Managements mitgewirkt und liefert die entsprechende Technik. Innerhalb von 14 Monaten hat das Unternehmen im Auftrag der Europäischen Kommission gemeinsam mit dem kroatischen Innenministerium das so genannte „National Border Management Information System“ (NBMIS) implementiert, eine „streng nach EU-Vorgaben konzipierte Lösung zur Personenidentifikation über Reisedokumente und Fingerprint...“. Der Leiter Public Security bei Siemens IT Solutions and Services, Jörg Sauerbrey, schreibt dazu in der Zeitschrift „Homeland Security“ (1/2008): „Bei der Identifikation per RFID liest ein mobiler Dokumentenscanner automatisch die Daten der biometrischen Ausweispapiere ein und vergleicht diese mit den zentral geführten Einträgen zu dieser Person ... An kroatischen Grenzübergängen werden zudem Fahrzeuge und deren Nummernschilder automatisch per Videokamera erfasst und in einer zentralen Datenbank, auf die auch das Innenministerium Zugriff hat, gespeichert. Durch die Schengen-kompatible Ausrichtung von NBMIS können die erfassten Kfz-Nummern und -Typen schon heute mit zahlreichen internationalen Datenbanken abgeglichen werden. Dies ermöglicht einerseits eine rasche Aufklärung bei Delikten bei Grenzübertritt. Andererseits sind die erfassten Fahrzeugbewegungen für nationale und internationale Verkehrsstatistiken nützlich.“

Mittelfristig, so Sauerbrey, sollen die Systeme der Mitgliedsstaaten standardisiert werden, denn: „In den kommenden Jahren wird zudem das biometrische EU-Visum spruchreif, das den Grenz- und Zollbeamten auch die Kontrolle der Identität von Einreisenden aus Drittländern ermöglicht.“ Erst Mitte Februar hatte EU-Kommissar Frattini das so genannte Border Package der Öffentlichkeit vorgestellt, eine Sammlung von Evaluationen und Folgenabschätzungen, welche vorsehen, dass zukünftig alle, die in die EU ein- oder ausreisen, biometrisch erfasst werden sollten. Daneben sah das Papier eine Stärkung der EU-Grenzagentur Frontex sowie ein umfassendes System zur Überwachung der Außengrenze namens EUROSUR vor. Bei diesem sollen nicht nur Drohnen und Satelliten zum Einsatz kommen, sondern auch bestehende Techniken wie Wärmebildkameras und Radaranlagen aufgerüstet und vernetzt werden.

Vernetzte Sicherheit

Auch hierüber schien die Rüstungsindustrie bereits vorab informiert. Bereits im Juni hatten Finmeccanica und Thales ein Green Paper verfasst, in dem sie ihre Fähigkeiten

für die Umsetzung des EUROSUR-Projektes anpriesen und sich später mit einem entsprechenden Projekt um Fördermittel beim 7. Forschungsrahmenprogramm der EU bewarben. Im Border Package sprach sich wiederum die Kommission dafür aus, „[d]as 7. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung (Themenbereiche Sicherheit und Weltraum) [heran zu ziehen], um die Leistungsfähigkeit und den Einsatz von Überwachungsinstrumenten zu verbessern, damit das erfasste Gebiet ausgeweitet werden kann, mehr verdächtige Aktivitäten aufgedeckt, potenziell verdächtige Zielobjekte leichter identifiziert werden können und der Zugriff auf Daten hochauflösender Beobachtungssatelliten erleichtert wird.“ Die ursprünglichen Vorschläge, die beiden Dokumenten, dem „Green Paper“ und dem „Border Package“ zu Grunde liegen, entstammen Studien der EU-Grenzbehörde Frontex.

Die Kommission, die ja normalerweise sehr viel Wert auf freien Wettbewerb legt, sollten solch enge Kooperationen zwischen öffentlichen Auftraggebern und privatwirtschaftlichen Anbietern bereits in der Konzeptionsphase eigentlich ein Dorn im Auge sein, schaffen sie doch letztlich wesentlich größere Wettbewerbsverzerrungen als einfache Schmiergeldzahlungen. Im Falle der Sicherheitsindustrie scheint jedoch eine andere Logik vorzuherrschen. So wurde im Herbst 2007 auf Initiative der Kommission das Europäische Forum für Sicherheitsforschung und Innovation (ESRIF) gegründet, nach Angaben der Kommission „eine informelle, beratende Plattform, an der die Interessengruppen aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor auf freiwilliger Basis teilnehmen. Diese Interessengruppen sind die Industrie, Forschungseinrichtungen, öffentliche und private Endnutzer, Organisationen der Zivilgesellschaft, EU-Institutionen (insbesondere das Europäische Parlament) und europäische Organisationen... Ein öffentlich-privater Dialog im Bereich der Sicherheitsforschung ist von zentraler Bedeutung für eine höhere Sicherheit der Infrastrukturen, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Terrorismus, für die Wiederherstellung der Sicherheit in Krisenzeiten sowie für eine Verbesserung der Grenzüberwachung und -kontrolle. Bis Ende 2009 soll das ESRIF eine gemeinsame Agenda für Sicherheitsforschung aufstellen, die gegebenenfalls Empfehlungen an die Behörden enthalten wird.“

Trotz seines informellen Charakters hat die Kommission Büros für das ESRIF eingerichtet, den Vorsitz führt der ehemalige EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung,

Gijs de Vries. Stellvertretende Vorsitzende sind BKA-Vizepräsident Jürgen Stock und Giancarlo Grasso von der italienischen Rüstungsfirma Finmeccanica.

Ein ähnliches Konglomerat an „Sicherheitsexperten“ ist überhaupt dafür verantwortlich, dass es ein Budget für Sicherheitsforschung auf Europäischer Ebene überhaupt gibt und wie es ausgestaltet wurde, wie Ben Hayes für das Transnational Institute und statewatch.org in seinem sehr lesenswerten Bericht „Arming Big Brother“ beschrieb: Nach einem informellen Beschluss der Kommission im Jahr 2003 wurde eine „Group of Personalities“ eingerichtet, die über Umfang und Ausgestaltung europäischer Sicherheitsforschung beraten sollte: Neben zwei Vertretern aus der Kommission und vier aus dem Parlament bestand dieses Gremium aus Vertretern der acht größten Rüstungs- und IT-Unternehmen: darunter EADS, BAE Systems, Thales, Finmeccanica, Ericsson, Diehl und: Siemens.

In den besten Händen?

In Deutschland war erst im April diesen Jahres öffentlich geworden, dass Siemens-Mitarbeiter dem Bundesnachrichtendienst (BND) Zugang zu von ihnen installierten Telefonanlagen im Ausland bereitgestellt hätten und bei der Entschlüsselung abgehörter Verbindungen behilflich gewesen seien. Eine Enthüllung, die Geheimdienstexperte Hans Leyendecker in der Süddeutschen Zeitung vom 14.4.2008 unter dem Titel: „Beste Verbindungen“ als „banal“ bezeichnete: „Im Bereich der elektronischen Funkaufklärung hat der Bundesnachrichtendienst immer mit deutschen Elektronikherstellern zusammengearbeitet - vor allem mit Siemens.“

Andere große deutsche Unternehmen übernehmen geheimdienstliche Tätigkeiten gleich selber, wie es offensichtlich bei der Telekom der Fall war. Das Unternehmen hat Presseberichten zu Folge Mitarbeiter, Journalisten und Kritiker überwachen lassen, Verbindungsdaten an Dritte weitergeben und Bewegungs- und Kontaktprofile erstellt, höchstwahrscheinlich auch Gespräche aufgezeichnet. Die Regierung samt Innenministerium gibt sich empört und fordert eine Selbstverpflichtung zum Datenschutz von den Unternehmen. Das ist freilich pure Heuchelei, hat doch die Bundesregierung selbst auf Europäischer Ebene Druck gemacht, die Vorratsdatenspeicherung für alle Telekommunikationsanbieter verbindlich zu machen und damit dafür gesorgt, dass diese eben solche Datensätze anlegen und Ermittlungsbehörden zugänglich machen sollen. Eine ähnli-

che Gesetzesinitiative auf nationaler Ebene war im Januar 2005 noch vom zuständigen Ausschuss im Bundestag abgelehnt worden. Einen Monate später nahm der damalige Innenminister Schily gemeinsam mit seiner Kollegin aus dem Justizministerium und Vertretern der Sicherheitsbehörden Gespräche mit der Telekom auf. Damals befand sich das Gesetz auf europäischer Ebene noch in der Planungsphase, die Speicherfrist der Telekom betrug nur 90 Tage. Heise-online berichtete seinerzeit: „Laut einem Ergebnisprotokoll der Hinterzimmergespräche mit der Telekom, das heise-online vorliegt, drängen die Ermittler und Geheimdienste auf eine Speicherdauer von 180 Tagen für IP-Adressen und Login-Daten, die Verbindungsdaten bei einem Festnetzgespräch sowie im Mobilfunkbereich überdies die Standortkennung sowie 'gegebenenfalls Kartennummer (IMSI) oder Kennung der Endeinrichtung (IMEI)'. Die Telekom soll sich bereit erklärt haben, die entsprechenden persönlichen Daten für diese Zeiträume zu archivieren.“ Im selben Zeitraum begann die Ausspähung von Mitarbeitern und Journalisten, mit der die Telekom den Recherchedienst Network Deutschland beauftragte und für die sie Verbindungsdaten, mutmaßlich auch anderer Telekommunikations-Anbieter, zur Verfügung stellte. Die Regierung zögert nun, strengere Gesetze gegen den Missbrauch der in staatlichem Auftrag erhobenen Daten durch private Anbieter zu erlassen und fordert zunächst eine „Selbstverpflichtung“ und – in diesem Kontext vielleicht etwas zynisch – „mehr Transparenz“.

Der Telekom drohen wegen Verstößen gegen den betrieblichen Datenschutz nun maximal 300.000 Euro Strafe. Unter anderem war 2005 der Betriebsrat der Telekom überwacht worden und ihm wurden Kontakte mit einem Journalisten der Zeitschrift „Capital“ nachgewiesen. Deshalb ermittelt nun die Staatsanwaltschaft gegen diesen wegen unlauteren Wettbewerbs.

Größter Anteilseigner an der Telekom ist übrigens mit rund einem Drittel der Aktien der Bund. Die Telekom ist wie die Daimler AG mit 45% am Joint Venture Toll Collect beteiligt, welches per Satellit die Bewegungen von LKWs auf deutschen Fernstraßen aufzeichnet und stichprobenartig die Kennzeichen von PKWs auf deutschen Autobahnen registriert. Dafür erhält Toll Collect etwa 650 Mio. Euro jährlich. Entgegen allen Beteuerungen vor der Einführung des Systems wird es in mehreren Bundesländern wie etwa im Umfeld des Weltwirtschaftsgipfels in Heiligendamm auch zur Verbrechensbekämpfung und -prävention eingesetzt.

Hightech im Kampfanzug

von Lübr Henken

35.000 Soldaten bildet die Bundeswehr bis 2010 für den Auslandseinsatz aus. Durch das Ausrüstungssystem „Infanterist der Zukunft“ kämpfen immer mehr von ihnen GPS-gesteuert, nachtkampffähig und in ständigem Kontakt mit ihrer Truppe.

Auf dem NATO-Gipfel im April in Bukarest wurde auf Betreiben der US-Regierung eine umfassende Strategie zur Aufstandsbekämpfung beschlossen. Die Vereinigten Staaten und die jeweilige Koalition der Willigen, die sich nach dem Überfall auf fremde Länder mit dem bewaffneten Widerstand herumschlagen müssen, um die Besetzung abzusichern, wollen diese Aufgabe zu einer koordinierten NATO-Aufgabe machen. Das deckt sich mit deutschen Absichten, denn die Bundesregierung hat für Afghanistan seit Langem eine umfassende Strategie gefordert. Für weitergehende deutsche Ambitionen soll eine Bundeswehrkompanie (Quick Reaction Force) in Afghanistan den Türöffner markieren, wenngleich noch lautstark ein Ausweiten des Einsatzes der Bundeswehr auf den afghanischen Süden abgelehnt wird. Für die Infanteristen ist Häuser-, Straßen- und Stadtkampf längst in der Ausbildung auf der Ortskampfanlage im unterfränkischen Hammelburg und auf der Stadtkampfanlage im brandenburgischen Lehnin Alltag. Dort wird jeweils in Kompaniestärke das Vorgehen gegen Aufständische trainiert.

Der Kommandeur der Infanterieschule, Brigadegeneral Johann Berger, macht sich den Begriff „Three Block War“ des Generals Charles Krulak (US-Marineinfanterie) zu Eigen. Der besagt, dass die moderne Infanterie im Prinzip drei Einsätze gleichzeitig durchführt: in einem Häuserblock im Kampfeinsatz sein, gegen Aufständische kämpfen und humanitäre Hilfe leisten. Dies erfordere eine flexible, schnelle, vielseitige Reaktionsfähigkeit in einem multinationalen Ansatz mit einer „vernetzten Operationsführung“. Die Bundeswehr habe es dabei mit „irregulären Kräften“ zu tun. Damit sind Partisanen, Guerillas und Milizen gemeint, die „asymmetrisch“ kämpfen. Berger: „Der abgessene infanteristische (Nah-)Kampf ist oft die einzige Möglichkeit, einen asymmetrisch kämpfenden Gegner zu finden, zu stellen und zu schlagen.“ Darum geht es. Dem Ausrü-

stungssystem „Infanterist der Zukunft“ ist in Kampfeinsätzen der Bundeswehr künftig eine Schlüsselfunktion zugeordnet.

Infanteriestruktur 2010

Seit Jahrhunderten kämpften Infanteristen als „Fußvolk“ ausgerüstet mit Handwaffe und Rucksack, bereit zum Nahkampf in der Duellsituation mit hohen Opferzahlen unter den eigenen Leuten. Im Ersten Weltkrieg wurden sie in Grabenkämpfen verheizt, im Zweiten Weltkrieg folgten sie bei den deutschen Überfällen auf die Nachbarländer den Panzern in der Regel zu Fuß. Im Kalten Krieg waren sie ein wesentlicher Eckpfeiler der „Heimatverteidigung“. In den Auslandseinsätzen in Somalia, Bosnien, Kosovo, Kongo, Afghanistan etc. steht die Infanterie an vorderster Front. Sie gilt als Truppengattung „der ersten Stunde“.

Aktuelle Aufgaben der Infanterie sind, neben dem urbanen Kampf, feindliche Infanterie und deren gepanzerte Fahrzeuge zu bekämpfen, schnelle Anfangsoperationen der „Eingreifkräfte“ zu ermöglichen und – in Zusammenarbeit mit dem Kommando Spezialkräfte (KSK) – Evakuierungen vorzunehmen und Objekte zu schützen. „Eingreifkräfte“ werden jene 35000 High-Tech-Soldaten der Bundeswehr genannt, von denen 18.000 nach Abschluss der Umstrukturierung im Jahr 2010 der Schnellen Eingreiftruppe der EU, inklusive der Battlegroups, und 15.000 der

NATO Response Force (NRF) zugeordnet werden. „Nur durch infanteristischen Einsatz können Wälder, Ortschaften, Gebirge gehalten oder genommen, kontrolliert und überwacht werden“, schreibt Brigadegeneral Wolf-Dieter Löser, damaliger Kommandeur der Infanterieschule, in der Monatszeitschrift für Wehrtechnik Soldat und Technik im Heft 1/2000 (S. 11).

Im Zuge der Umstrukturierung des bundesdeutschen Heeres sind für die Infanterie ab 2010 folgende Verbände vorgesehen:

- vier Fallschirmjägerbataillone mit jeweils 570 Soldaten, zwei in Seedorf (Niedersachsen), zwei in Lebach und Zweibrücken, die zusammen die „Saarlandbrigade“ bilden, die im ersten Halbjahr 2008 die NRF führt; aus ihr kommen Soldaten, die an der „Totenschädelaffäre“ in Afghanistan beteiligt waren;
- drei Gebirgsjägerbataillone mit jeweils 880 Soldaten in Bad Reichenhall, Bischofswiesen und Mittenwald, die jährlich zu Pfingsten die Tradition der hitlerfaschistischen Gebirgsjäger pflegen, deren sämtliche 58 Massaker im europäischen Ausland nach wie vor ungesühnt sind;
- ein Jägerbataillon mit 670 Soldaten in Donaueschingen (Baden-Württemberg) als Teil der deutsch-französischen Brigade;
- ein luftbewegliches Infanterieregiment mit Teilen in Schwarzenborn (Hessen) und drei Kompanien in Hammelburg (Bayern) mit insgesamt 1600 Soldaten als Element der „Luftbeweglichen Brigade 1“;
- sieben Panzergrenadierbataillone, die nur im abgessenen Zustand (außerhalb gepanzelter Fahrzeuge im Freien) der Infanterie zugerechnet werden, jeweils mit zwischen 480 und 625 Soldaten;
- dazu kommen noch Marineschutzkräfte und spezialisierte Einsatzkräfte der Marine in Eckernförde und ein infanteristischer Objektschutz der Luftwaffe.

Die drei Gebirgsjägerbataillone werden auf Einsätze in schwierigstem und gebirgigem Gelände, aber auch in Wüsten und Dschungelgebieten unter härtesten Wetter- und Klimabedingungen ausgebildet. Das Jägerbataillon soll luftgestützt den Stadt- und Waldkampf führen. Das Jägerregiment ist als Teil der Division Luftbewegliche Operationen (DLO) ein Kampfunterstützungsverband mit ABC-Kampfabwehrmitteln, Flugabwehr und Pionierfähigkeiten, der luftgestützt eingesetzt wird, also im Verbund mit Transport- und Kampfhubschraubern operiert. Dieses Jägerregiment ist organischer Bestandteil der neuen „Luftbeweglichen Brigade 1“, deren zentrale Ausrüstung 64 Kampfhubschrauber „Tiger“ und 32 Transporthubschrauber NH-90 sein werden. Der „Tiger“ ist „das modernste



Waffensystem seiner Art“. Er ist mit seiner Agilität und der Ausstattung in den Bereichen Sensorik, Schutz und Bewaffnung das herausragende Mittel für alle Einsätze, insbesondere im „Three-Block-Operation-Szenario“ (Brigadegeneral Reinhard Wolski, Strategie und Technik, August 2006, S. 14). Ab 2009 soll die erste Staffel (je 18 „Tiger“ und NH-90), ab 2012 die komplette Brigade einsatzfähig sein. Diese Kampftruppe kann aus dem Stand in Aktion treten und steht nach Bundeswehrelbstzeugnis „damit qualitativ auch international an der Spitze“ (Oberstleutnant Hans-Jörg Voll, Strategie und Technik, März 2005, S. 22). Insgesamt sollen 80 „Tiger“ angeschafft werden, die inklusive Bewaffnung 5,3 Milliarden Euro verschlingen.

Eine Infanteriegruppe besteht aus zehn Soldaten, denen verschiedene Gruppenfahrzeuge zur Verfügung stehen. Das Luftbewegliche Infanterieregiment ist mit 77 „Wieseln“ und 188 „Mungos“ ausgerüstet. Hier und im Jägerbataillon sowie einem der drei Gebirgsjägerbataillone wird der „GTK Boxer“ zum „Mutterschiff“ der Infanteriegruppe. Vom 32 Tonnen schweren achtradrigen und mehr als 100 Stundenkilometer schnellen „Gepanzerten Transportkraftfahrzeug Boxer“ sollen ab 2009 600 Stück beschafft werden. Die sieben Panzergrenadierbataillone erhalten jeweils 44 Schützenpanzer „Puma“, zusammen also 308. Insgesamt sollen ab 2009 410 „Puma“ zum Preis von 3,9 Milliarden Euro beschafft werden. Sechs Grenadiere haben in einem „Puma“ Platz. Der je nach Panzerung zwischen 31,5 und 41 Tonnen schwere „Puma“ zeichnet sich durch hohe Beweglichkeit, Feuerkraft und starke Panzerung aus und ist im urbanen Kampf das ideale Kampf-

fahrzeug. Besonders perfide: die „Air Burst Munition“ der Maschinenkanone, eine rechnergestützte „intelligente Munition“, die die Granate je nach Wunsch kurz vor dem Aufprall in 135 Subprojekte zerlegen kann, was speziell gegen Menschen gerichtet ist. Dies „verschafft dem neuen Schützenpanzer eine hohe Durchsetzungsfähigkeit auch in bebautem Gelände“, stellen Oberstleutnant Gerd Engel und Oberstleutnant im Generalstab Jürgen Obstmayer in Strategie und Technik, Januar 2006, fest.

Für die schnelle „Strategische Verlegefähigkeit“ werden 60 Airbusse A 400 M (Kosten 9,2 Milliarden Euro) eigens so konstruiert, dass einer entweder zwei „Tiger“-Kampfhubschrauber oder einen Transporthubschrauber NH-90 oder einen „Puma“ oder einen Boxer oder 116 Soldaten mit Ausrüstung weltweit transportieren kann. Fallschirmspringer und Lasten können während des Fluges abgesetzt werden.

Insgesamt umfassen die infanteristischen Kräfte der Bundeswehr etwa 11.000 hoch ausgerüstete und schnell weltweit verlegbare Kampfsoldaten, die nahezu alle mit dem im folgenden vorgestellten System „Infanterist der Zukunft“ (IdZ) qualitativ aufgerüstet werden sollen.

Einsatz in Afghanistan

Ende der achtziger Jahre startete die NATO ein „Soldatenmodernisierungsprogramm“, das vor allem zum Ziel hat, die hohe Gewichtsbelastung eines Infanteristen zu reduzieren und seine Leistungsfähigkeit (Durchsetzungs-, Überlebens-, Führungs-, Durchhaltefähigkeit und Beweglichkeit) zu steigern. Von 1997 bis 1999 wurde ein Experimentalprogramm durchgeführt, in dem vor allem Anforderungen an das Orientieren, Navigieren, Zielaufklären und Bewegen bei Tag und Nacht, Tarnung gegen Wärmebildaufklärung, Kommunikation in der Infanteriegruppe, Helmdisplay, Sprachbedienung der Software „Digitale Karte“ und der ABC-, Laser- und Splitterschutz ermittelt wurden.

Die Entwicklungen führten zu einem Basissystem, zu dem im Wesentlichen folgende Ausrüstung zählt: In den Taschen eines modularen Tragesystems eines Infanteristen lassen sich viele Dinge unterbringen: ein UHF-Gruppenfunkgerät (Reichweite 700 Meter in bebautem und mehr als 1300 Meter in freiem Gelände), ein Navi-Pad, dessen Software mittels GPS eine sichere Orientierung ermöglicht. Das Display zeigt Karten des Einsatzlandes. Texte und Grafiken können erstellt, bearbeitet und drahtlos über das Funkgerät versandt werden. In das Navi-Pad können Wegpunkte einer Streife eingegeben werden. Wenn die Gruppe vom

Weg abweicht, ertönt ein Warnsignal. Das Navi-Pad ist mit einem Meßfernglas über eine Bluetooth-Schnittstelle verkoppelt, sodass Zielmeldungen des Laserentfernungsmessers in die Karte einblendend und verarbeitet werden können. Der Infanterist verfügt über einen Restlichtverstärker in Brille und Fernrohr. Das Zielgerät auf der Waffe lässt mit Hilfe von Wärmebildgeräten die Identifizierung von Fahrzeugen auf 1500 Meter und Personen auf 500 Meter Entfernung zu. Die Infanteriegruppe ist zu 100 Prozent nachtkampffähig. Sie ist je nach Anforderung mit vier verschiedenen Waffen ausgestattet: Maschinenpistole MP 7 (Reichweite 200 Meter), Sturmgewehr G 36 (Reichweite 300 Meter), Maschinengewehr MG 3 und 4 (Reichweite 600 Meter) und Gewehr G 82 mit einer Reichweite von 1200 Meter.

Einsatzerfahrungen ergaben, dass die Infanteriegruppe zukünftig in zwei identische in sich differenziert ausgerüstete Vierertruppen unterteilt werden soll. Zurück bleiben Fahrer und Waffenbediener im GTK Boxer, dem Basisfahrzeug der Infanteriegruppe. Der „Boxer“ ist Truppentransporter, Waffen- und Materialträger sowie Aufladestation für die Akkus der Infanteriegruppe. Seit Ende 2004 wurden insgesamt 217 Basissysteme IdZ (d.h. für 2170 Soldaten zum Stückpreis von zirka 35.000 Euro pro Soldat) an die Bundeswehr ausgeliefert. Zum Einsatz kommen die Systeme bei den Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, bei der deutschen Truppe in der NATO Response Force und in den Fallschirmjägerbataillonen, und sie waren bereits im Kongo-Einsatz 2006. Die Systemführerschaft für das Basissystem liegt beim Rüstungskonzern EADS.

Vernetzte Operationsführung

Im Zeitraum 2009 bis 2014, so die Planung, sollen 807 „Erweiterte Systeme“ (IdZ-ES) beschafft werden, für 8070 Soldaten, die der Infanterie, den Panzergrenadieren, und der Luftwaffen- bzw. der Marinesicherung angehören.

Insbesondere, um die Infanteriegruppe in das System der „Vernetzten Operationsführung“ einzubinden und auch eine weitere Leistungssteigerung zu erzielen, ist Rheinmetall Defence Electronics in Bremen als gesamtverantwortliche Firma seit August 2006 gemeinsam mit Unterauftragnehmern damit befasst, ein technisches Gesamtkonzept des „Erweiterten Systems IdZ-ES“ zu entwickeln. Im IdZ-ES soll der Soldat auf seinem Helmdisplay Informationen hinsichtlich der Lage und Position seiner Gruppe und der Nachbargruppe sowie seinen Auftrag und Warnmeldungen hoch



System Soldat - Werbung der EADS

auffösend dargestellt bekommen. Auf dem Helmdisplay sollen auch Videoaufnahmen oder Aufnahmen von Wärmebildbeobachtungsgeräten möglichst echtzeitnah eingespielt werden können. Umgekehrt soll der Infanterist selbst neben Daten und Sprache auch Bilder und kurze Videosequenzen digital an seine Gruppe versenden können. Der Gruppenführer und sein Stellvertreter sind mit der übergeordneten Führungsebene abhörsicher verbunden und können auf Grundlage des Kartenbildes über die Lage, die Planung und den Status mit der Gruppe und der Führung kommunizieren. Von zentraler Bedeutung ist es, die Infanteriegruppen über die Digitalisierung von Sprache, Daten und Video an das Führungsinformationssystem Heer anzubinden. So ist über die GPS-Integration die Darstellung eines digitalen Lagebildes in Echtzeit auf jeder Führungsebene möglich. Eben dies wird mit der „Vernetzten Operationsführung“ nicht nur auf nationaler Ebene, sondern im multinationalen NATO- und EU-Rahmen angestrebt.

Die „Vernetzte Operationsführung“ wird in der Bundeswehr als „Kernelement ihrer Transformation“ (Weißbuch der Bundeswehr, S. 92) begriffen, der die „Eingreifkräfte“ der Bundeswehr unterliegen. „Vernetzte Operationsführung“ bedeutet, man schafft „einen alle Führungsebenen übergreifenden und interoperablen Informations- und Kommunikationsverbund. Dieser verbindet alle relevanten Personen, Truppenteile, Einrichtungen, Aufklärungs- und Waffensysteme.“ Von zentraler Bedeutung ist dabei, dass jeder auf seinem Display dasselbe Lagebild hat. Der militärische Vorteil: „Nicht mehr die klassische Duellsituation auf dem Gefechtsfeld steht künftig im Vordergrund, sondern das Ziel, auf der Basis eines gemeinsamen Lageverständnisses Informations- und Führungsüberlegenheit zu erlangen und diese in Wirkung umzusetzen. Ziel ist dabei neben dem Erfolg auf dem Gefechtsfeld auch die Einwirkung auf die Willensbildung des Gegners. Damit wird militärisches Handeln im gesamten Aufgabenspektrum schneller, effizienter und effektiver“ (ebd.).

Zweck der Sache: Die Beschleunigung der Entscheidungsfindung, was den ausschlaggebenden Vorteil im Krieg bringen soll. Wie wird das technisch umgesetzt? Bis 2010 soll für weltweite Einsätze der NATO Response Force eine Firmengruppe ein C4ISR-System (Command, Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance und Reconnaissance – Kommando, Kontrolle, Kommunikation, Computer, Geheimdienst, Überwachung und Aufklärung) zur Verfügung stellen, das sich Alliance

Ground Surveillance (AGS) nennt. Die EU kann auf diese NATO-Ressource zugreifen. Dessen zentrale Elemente sind die „Unbemannten Flugkörper“ (UAV), die Großdrohnen „Global Hawk“. Das mit einem Radarsystem ausgestattete „Global Hawk“ kann binnen 24 Stunden ein Gebiet von der Größe Nordkoreas ausspionieren – und dies 5500 Kilometer von seinem Startplatz entfernt. Die Bundeswehr will ab 2013 sechs „Global Hawk“ kaufen, um diese mit der NATO-AGS zu verknüpfen. Unbemannte Flugkörper werden in der Bundeswehr als „Kristallisationspunkt für die Transformation in Bundeswehr und Luftwaffe“ gesehen, so Oberstleutnant im Generalstabsdienst Michael Trautermann in Strategie und Technik (November 2005, S. 41). Als Weiterentwicklung des „Global Hawk“ will man den „Euro Hawk“. Der Bundestag gab am 1. Februar 2007 die Entwicklung eines Prototyps des „Euro Hawk“ (für 431 Millionen Euro) in Auftrag. Ab 2010 sollen vier weitere dieser Geräte beschafft werden. Für die Nahaufklärung sind bereits heute die Drohnen „Aladin“ und „Luna“ im Einsatz. Insbesondere vom Verbund mit dem System „Kleinfluggerät Zielortung“ (KZO) von Rheinmetall Defence Electronics erwartet man sich Wunder bezüglich der Anbindung des IdZ-ES an die „Vernetzte Operationsführung“. Das KZO, als fliegendes (Infrarotlicht-)Auge über dem Gefechtsfeld für die präzise Zielbestimmung und Wirkaufklärung von Artilleriebeschuss konstruiert, kann Videolivebilder von überflogenem Gebiet aus mehr als 50 Kilometer Entfernung übertragen. Bilder können sowohl der IdZ-ES-Truppe als auch jeder Führungszentrale live zugänglich gemacht werden, und das KZO wäre durch die Infanteriegruppe selbst steuerbar. So die als machbar bezeichnete Zukunftsvision von Rheinmetall. Das Heer verfügt bereits heute über sechs KZO-Systeme. Da jedes System zehn wiederverwendbare Drohnen beinhaltet, handelt es sich um insgesamt 60 Drohnen. Offensichtlich hat man Großes vor.

Die durch Aufklärung gewonnenen Daten sollen über einen Verbund von Führungsinformationssystemen der Streitkräfte insgesamt mit dem des Heeres und insbesondere mit dem Führungs- und Waffeneinsatzsystem für landbasierte Operationen in Waffenwirkung umgesetzt werden (Kosten zusammen 1,65 Milliarden Euro). Zum Aufbau der weltweiten Führungsfähigkeit der Bundeswehr zählt darüber hinaus mindestens ein Dutzend weiterer Systeme, die zusätzlich 2,4 Milliarden Euro verschlingen. Die weltweite Führung soll über die zweite Stufe des Satellitenkommunikationssystem

SATCOM Bw, die sich seit 2006 für 700 Millionen Euro im Aufbau befindet, abgesichert werden. SATCOM Bw ist für die „Vernetzte Operationsführung“ unerlässlich.

Dauernder Einsatz

Die umfassende Umgestaltung der Bundeswehr ist auf den aktiven Kriegseinsatz in allen Regionen der Erde ausgerichtet. Wenn es nach dem militärisch-industriellen Komplex dieses Landes geht, sollen Kampfeinsätze zum Alltag gehören. Dabei werden diese äußerst ambitionierten Rüstungsvorhaben gegenüber der Bevölkerung vor allem mit der Notwendigkeit der Bekämpfung des „Terrorismus“ begründet. In Wahrheit geht es der Regierung darum, einmal begonnene Landbesetzungen gegen bewaffneten Widerstand dauerhaft abzusichern. Dabei kommt den Infanteristen eine zentrale Bedeutung zu. Jedoch sind „Infanteristen der Zukunft“ darüber hinaus als Soldaten der „ersten Stunde“ auch für andere Aufgaben verwendbar. Denn das Weißbuch gibt vor, dass die „Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden“ müsse; die CDU hat auf ihrem Parteitag 2006 in Dresden beschlossen, dass die Bundeswehr „zur Sicherung der Handelswege und Rohstoffzugänge beitragen“ könne. Auch dazu wird der IdZ ausgebildet und ausgerüstet. Und noch eine weitere beklemmende Vision: Würde der vor allem von der CDU/CSU gewünschte Einsatz der Bundeswehr im Innern den Häuserkampf etwa ausschließen wollen?

Literatur

- Weißbuch der Bundeswehr, weissbuch.de
- Infanterist der Zukunft, Wehrtechnischer Report 1/2007, Report-Verlag, 78 S.



Die Versicherheitlichung des Klimawandels

Wie Brüssel die Erderwärmung für die Militarisierung der Europäischen Union instrumentalisiert

von Jürgen Wagner

Seit einiger Zeit reden nicht allein nur Umweltschützer über das Wetter bzw. das Klima, mittlerweile haben auch Politiker und seit neuem auch Militärs das Thema für sich entdeckt. So beschäftigte sich der UN-Sicherheitsrat im April 2007 erstmals mit den „Auswirkungen des Klimawandels auf den Frieden und die Sicherheit.“¹ Selbst in den Vereinigten Staaten, wo eigentlich versucht wird, das Phänomen grundsätzlich zu verleugnen, fordern mittlerweile prominent besetzte Kommissionen, die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels stärker zu beachten.² Inzwischen verpflichtete der US-Kongress die Regierung sogar darauf, den Auswirkungen der Erderwärmung in allen relevanten Sicherheitsdokumenten eine hohe Priorität einzuräumen.³

Demgegenüber hatte die Europäische Union das hier brachliegende „Potenzial“ lange nicht erkannt. In der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 wurde der Klimawandel „nur beiläufig erwähnt.“⁴ Dies soll sich nun ändern. Schon im Juni 2007 wurden der EU-Außenbeauftragte Javier Solana und die EU-Kommission angewiesen, einen Bericht zu den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels anzufertigen. Am 14. März 2008 wurden die Ergebnisse unter dem Titel „Klimawandel und internationale Sicherheit“ veröffentlicht (fortan als EU-Klimastrategie zitiert) und am selben Tag vom Rat der Europäischen Union gebilligt.⁵ Bis Juni soll ein weiterer Zwischenbericht erarbeitet und Ende 2008 ein abschließendes Strategiepapier zum Thema fertig gestellt werden.

Die EU-Klimastrategie ist einerseits von großem Interesse, weil ihre Ergebnisse mit hoher Wahrscheinlichkeit in die für dieses Jahr geplante Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie einfließen werden. Andererseits wird der Themenkomplex auf extrem einseitige, eurozentristische Weise abgehandelt. Ein Problem stellen die Folgen des Klimawandels, die vor allem die Menschen in den ärmsten Regionen der Welt am härtesten treffen werden, erst dann dar, wenn durch sie die europäische Sicherheit und europäische Interessen gefährdet werden. Obwohl im EU-Doku-

ment eingeräumt wird, dass durch den Klimawandel die weltweite Armut und damit auch hieraus resultierende Gewaltkonflikte zunehmen werden, wird kein Vorschlag unterbreitet, wie den hierfür verantwortlichen sozialen Ursachen effektiv entgegen gewirkt werden könnte. Stattdessen wird lediglich der Ausbau militärischer „Krisenmanagementfähigkeiten“ gefordert.⁶ Wie so häufig werden damit militärisch Symptome statt die sozialen Ursachen bekämpft, da ansonsten u.a. die ungerechten Mechanismen der Weltwirtschaftsordnung grundlegend verändert werden müssten. Da es deshalb aus Sicht der EU-Strategen künftig ohnehin erforderlich sein wird, militärisch einzugreifen, um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte unter Kontrolle zu halten, wird der Klimawandel primär zur Legitimation ohnehin anvisierter Rüstungsprojekte instrumentalisiert.

Klimawandel, Armut und gewaltsame Konflikte

Schon der erste Satz der EU-Klimastrategie (S. 1) räumt dem Thema eine Relevanz und Dringlichkeit ein, mit der die späteren Forderungen nach einer Intensivierung der europäischen Rüstungsanstrengungen legitimiert werden: „Die Risiken des Klimawandels sind real und seine Auswirkungen schon heute sichtbar.“ Daran anschließend wird festgestellt, dass hierdurch „europäische Interessen direkt betroffen sein können.“ (S. 2) Der Klimawandel wirke als „Bedrohungsmaximierer“, der zahlreiche auch ohne ihn vorhandene Konflikte verschärfe und damit die Wahrscheinlichkeit, dass diese zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen, erhöhe. Hierfür sei u.a. die von der Erderwärmung verursachte Verringerung landwirtschaftlich nutzbaren Ackerlandes (Desertifikation), die wachsende Wasserknappheit sowie zunehmende Flutkatastrophen und Dürren verantwortlich, die allesamt „zivile Unruhen“ zur Folge haben könnten. (EU-Klimastrategie: S. 3)

Unbestritten ist, dass der Klimawandel die ärmsten Länder am härtesten treffen wird. So schreibt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung in einem Gutachten, das sich deutlich differenzierter mit der Thematik auseinandersetzt als sein EU-Pendant:

„Die globale Temperaturerhöhung wird die Existenzgrundlage vieler Menschen insbesondere in den Entwicklungsregionen gefährden, die Anfälligkeit für Armut und soziale Verelendung erhöhen und damit die menschliche Sicherheit bedrohen. Vor allem in schwachen und fragilen Staaten mit leistungsschwachen Institutionen und Regierungssystemen dürfte durch den Klimawandel zudem die Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Umweltbedingungen überfordert und damit der bereits bestehende Trend allgemeiner Unsicherheit in vielen Gesellschaften und Regionen verstärkt werden.“⁷ Ähnlich warnt auch die EU-Klimastrategie (S. 5) davor, die Erderwärmung werde die „Instabilität schwacher oder gescheiterter Staaten erhöhen.“ Implizit erkennt der Bericht sogar den Kausalzusammenhang zwischen Armut und Krieg, also die *sozialen Ursachen* solcher Konflikte an: „Die Unfähigkeit einer Regierung, sämtliche Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen oder auch nur Schutz vor klimabedingten Härten zu bieten, könnte zu Frustration führen, Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen innerhalb von Ländern auslösen und eine politische Radikalisierung nach sich ziehen.“ Bei einer Anhörung im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlament am 31. März gab auch der Kommissionsvertreter Stanley an, er befürchte zunehmende „soziale Spannungen zwischen denen, die Geld haben, um sich anzupassen an den Klimawandel und denen, die dafür kein Geld haben.“⁸ Damit wird letztlich eine in der Kriegursachenforschung weit gehend unbestrittene Tatsache eingestanden, nämlich, dass Armut die wichtigste Konfliktursache in der so genannten Dritten Welt darstellt. Auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung lässt hieran keine Zweifel aufkommen: „Empirische Untersuchungen zeigen, dass arme Länder deutlich konfliktanfälliger sind als wohlhabende Gesellschaften. Der Klimawandel wird gerade in Entwicklungsländern zu spürbaren ökonomischen Kosten führen. [...] Klimawandel kann also Entwicklungsblockaden und Armut verstärken und über diesen Mechanismus die Konfliktgefährdung von Gesellschaften steigern.“⁹

Armutsbedingte Konflikte, die maßgeblich von neoliberalen Wirtschaftsreformen verursacht werden, wie bspws. die Untersuchungen von Michel Chossudovsky zeigen¹⁰, existieren schon seit Langem, sie werden durch den Klimawandel lediglich weiter verschärft. Die wirksamste Art, heutigen und künftigen Konflikten entgegenzuwirken, wäre also eine Veränderung der

ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Da hierzu aber keinerlei Bereitschaft besteht - im Gegenteil, die EU drängt sogar massiv auf weitere Handelsliberalisierungen, die die Armut weiter vergrößern¹¹-, werden zunehmend militärische Mittel benötigt, um diese Konflikte notdürftig unter Kontrolle zu halten.

Auch die Zunahme umweltbedingter Migration wird als ernste Bedrohung für europäische Interessen eingestuft: „Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass es im Jahr 2020 Millionen ‚umweltbedingter‘ Flüchtlinge geben wird, für die das wandelnde Klima die Hauptursache ist. [...] Europa muss sich auf einen substantiell höheren Migrationsdruck einstellen.“ (EU-Klimastudie: S. 4) Auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes geht von substantiell höheren Migrationszahlen aus, sieht aber - ganz im Gegensatz zu seinem EU-Pendant - die westlichen Industriestaaten hier durchaus in der Verantwortung. Es plädiert dafür, dass „sich die Industrieländer nach dem Verursacherprinzip ihrer Verantwortung stellen müssen.“¹² Stattdessen setzt die EU primär darauf, sich gegenüber den erwarteten Flüchtlingsströmen abzuschotten und die hierfür erforderlichen Kontrollstrategien auszubauen, was von den Gutachtern massiv kritisiert wird: „Einen primär an der inneren Sicherheit der Industriestaaten orientierten Ansatz, wie er in der aktuellen EU-Politik sichtbar wird, bewertet der WBGU als zu einseitig, reaktiv und bestenfalls kurzfristig wirksam.“¹³

Klimawandel und EU-Interessen

Eine der größten Sorgen der EU ist es, dass die „Verdammten dieser Erde“ irgendwann einmal beginnen werden, sich zu wehren. Dies betrifft sowohl die generelle weltweite Ungerechtigkeit, gilt aber auch und gerade für den Klimawandel: „Die großen Unterschiede in den Pro-Kopf-Emissionen zwischen Industrieländern sowie Entwicklungs- bzw. Schwellenländern werden zunehmend als ‚Gerechtigkeitslücke‘ wahrgenommen, zumal die steigenden Kosten, die durch die Klimawirkungen anfallen, insbesondere Entwicklungsländer belasten. Je höher die Schäden und Anpassungslasten im Süden ausfallen, desto gravierender werden die Verteilungskonflikte zwischen den Verursachern und den Betroffenen des Klimawandels sein. Die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder werden auf das Verursacherprinzip verweisen, so dass sich die internationale Kontroverse um ein globales Kompensationsregime zum Klimawandel verschärfen dürfte.“¹⁴ Vor genau dieser „politischen Radikalisierung“ warnt die EU-Klimastudie und visiert den

Ausbau der erforderlichen Kontrollkapazitäten an, um damit jeden Versuch, soziale Veränderungen und sozialen Ausgleich herzustellen, im Keim zu ersticken. So rücken der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein britischer Amtskollege David Miliband die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit explizit in den Rang eines sicherheitspolitischen Problems: „Eine Konfrontation zwischen ‚Verschmutzern‘ – sowohl im Norden als auch unter den Schwellenländern – und ‚Opfern‘, die sich vornehmlich in der südlichen Hemisphäre finden, würde die ohnehin schon belastete internationale Sicherheitsarchitektur weiterem Druck aussetzen.“¹⁵

Aus Sicht der EU-Klimastrategie (S. 7) besteht ein weiteres Problem darin, dass die durch die Erderwärmung verschärfte „politische Instabilität negative Auswirkungen auf Europas Energiesicherheit und andere Interessen hat.“ Dies treffe insbesondere für den Mittleren Osten zu, wo die „Stabilität in einer für Europa vitalen strategischen Region betroffen ist.“ Auch die zunehmende Wasserknappheit im ölreichen Zentralasien wird primär als Bedrohung für Europas Versorgungssicherheit gesehen. Ein spezielles Augenmerk legt die EU-Klimastudie auf die wachsende geopolitische Konkurrenz um Energieressourcen in der arktischen Region, was bezeichnend für den interessengeleiteten Charakter des Dokuments ist. Denn interessanterweise werden im Abschmelzen der Polkappen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen gesehen, da die Hoffnung besteht, hierdurch an bislang unerschließbare Energievorkommen zu gelangen. In der EU-Klimastudie (S. 4ff.) heißt es hierzu: „Als Resultat der globalen Erwärmung werden die Polarregionen ausbeutbar. [...] Da vormals unzugängliche Regionen aufgrund der Auswirkungen des Klimateffekts geöffnet werden, werden sich die Auseinandersetzungen um Ressourcen verschärfen. [...] Das rapide Abschmelzen der Polkappen, besonders die Arktis, öffnet neue Wasserwege und internationale Handelsrouten. Darüber hinaus verändern die verbesserten Zugriffsmöglichkeiten auf die riesigen Hydrokarbonreserven in der arktischen Region die geostrategische Dynamik in der Region und haben möglicherweise Auswirkungen auf die internationale Stabilität und europäische Sicherheitsinteressen.“ Bislang versuchen vor allem die USA, Russland und Kanada ihren Einfluss am Nordpol auszubauen.¹⁶ Nun will sich offenbar auch die Europäische Union einen Anteil am Kuchen sichern. So fordert die EU-Klimastudie (S. 11), „eine EU-Arktispolitik, basierend auf der sich herausbildenden Geostrategie für die arktische Region

zu entwickeln, die u.a. den Zugang zu Ressourcen und die Öffnung neuer Handelsrouten berücksichtigt.“

Die Erderwärmung als Steigbügelhalter für die Militarisierung der Europäischen Union

Statt die heutigen Konflikte zugrunde liegenden sozialen Ursachen zu beseitigen, konzentriert sich die EU auf deren militärische „Befriedung“. Auch die EU-Klimastudie (S. 9) macht hier keine Ausnahme, wenn sie vorschlägt, „die Kapazitäten zur Untersuchung, Überwachung und Frühwarnung zu erhöhen. [...] Die Überwachung und Frühwarnung schließt Fälle von fragiler Staatlichkeit und politischer Radikalisierung, Auseinandersetzungen um Ressourcen und Energieversorgung, umwelt- und sozial bedingte Spannungen, Gefahren für die kritische Infrastruktur und wirtschaftliche Einrichtungen, Grenzstreitigkeiten, Auswirkungen auf die Menschenrechte und mögliche Migrationsbewegungen ein.“ Hiermit sollen die Fähigkeiten für so genannte „Stabilisierungseinsätze“ in von Bürgerkriegen zerrütteten Staaten deutlich verbessert werden. Dies wird überdeutlich in der Forderung der EU-Klimastudie (S. 10), „die Kapazitäten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten weiter auszubauen, einschließlich dem Zivilschutz und dem Einsatz von Instrumenten zum Krisenmanagement und zum Katastrophenschutz (zivil und militärisch), um zur Antwort auf klimabedingte Sicherheitsrisiken beizutragen.“ Was hier gemeint ist, ist militärisches Krisenmanagement, das ggf. um zivile Komponenten ergänzt wird, sofern dies für die Erfüllung des Einsatzes nützlich ist.

Dass der Klimawandel als Steigbügelhalter für Rüstungsprojekte dient, die ohnehin schon lange ganz oben auf dem Wunschzettel stehen, wurde bei der bereits erwähnten Vorstellung der EU-Klimastrategie im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments deutlich. Der Ausschussvorsitzende Karl von Wogau (CDU/CSU) interpretierte die dortige Diskussion - Kritik kam lediglich von der GUE/NGL - als Auftrag, die EU-Kapazitäten im Bereich des (militärischen) Krisenmanagements zu erhöhen, „insbesondere, was die Erweiterung der Transportkapazitäten und die satellitengestützte Aufklärung angeht“.¹⁷ Hiermit benennt von Wogau exakt die zwei Bereiche, die seit Jahren als größte Defizite einer effektiven Militärmacht Europa identifiziert werden.

Dass es auch anders geht, zeigt das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung, das anmahnt, sich primär auf die Verbesserung der sozio-

ökonomischen Lage zu konzentrieren, um den schlimmsten Folgen des Klimawandels zu begegnen. Geradezu progressiv ist die Forderung nach einer Umschichtung von Rüstungsausgaben in Richtung der Entwicklungshilfe: „Die Militärhaushalte sollten deutlich zugunsten präventiver Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit umgeschichtet werden.“¹⁸ Leider ist davon auszugehen, dass dieser Vorschlag weder von der Bundesregierung noch von der Europäischen Union aufgegriffen werden wird. Da kein Interesse besteht, die für die eklatante Armut in der Dritten Welt verantwortlichen Spielregeln des neoliberalen Weltwirtschaftssystems fairer zu gestalten, besteht deshalb die Hauptaufgabe der EU-Militärpolitik darin, diese Ungerechtigkeit militärisch abzusichern.

Anmerkungen

¹ Security Council 5663rd Meeting.

² Vgl. bspws. Center for Naval Analyses: National Security and the Threat of Climate Change, April 2007.

³ Dabei handelt es sich um die Nationale Sicherheitsstrategie, die Nationale Verteidigungsstrategie und den Quadrennial Defense Review. Vgl. Warmfighting: The New Strategic Document Requirements, Center for Defense Information,

19.09.2008.

⁴ Zumach, Andreas: Kriegsgrund Klima, WoZ, 13.03.2008.

⁵ Climate Change and International Security, Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council, S113/08, 14.03.2008, URL: http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Council_Conclusions/March/0314ECpresidency_conclusions.pdf

⁶ Der Klimawandel ist damit ein Paradebeispiel für die Versicherheitlichung eines Themas. Der von der Kopenhagener Schule um Barry Buzan und Ole Weaver geprägte Begriff beschreibt, wie Themengebiete sicherheitspolitisch besetzt und dadurch militärischen Logiken unterworfen werden. Der dabei zumeist verwendete alarmistische Ton erzeugt einen Ausnahmezustand, mit dem außerordentliche Maßnahmen gerechtfertigt werden. Vgl. Buzan, Barry/Weaver, Ole/Wilde, Jaap de: Security: A New Framework for Analysis, Boulder 1998.

⁷ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008, S. 1.

⁸ Anhörung im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlament am 31. März 2008 in Brüssel.

⁹ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 2; vgl. auch UN Millennium Project: Investing in Development: A Practical Plan to

Achieve the Millennium Development Goals, New York 2005. Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003, S. 53. Croissant, Aurel/Hartmann, Hauke: Der Kampf der Kulturen findet nicht statt, Frankfurter Rundschau, 21.11. 2006.

¹⁰ Chossudovsky, Michel: Global Brutal, Frankfurt 2002.

¹¹ Vgl. bspws. Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Global Europe: Der liberale Imperialismus der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2007, S. 1471-1486.

¹² Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 6.

¹³ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 11.

¹⁴ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 6.

¹⁵ Europa muss sich den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels stellen, Auswärtiges Amt,

13.03.2008, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2008/080313-klimasicherheit.html>

¹⁶ Vgl. Oster, Lisa: Goldgräberstimmung im Eis, IMI-Analyse 2008/017.

¹⁷ Anhörung im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlament am 31. März 2008 in Brüssel.

¹⁸ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008, S. 14.

Die Bundeswehr setzt sich in den ARGE n fest

Eine Kleine Anfrage und Nachfrage der Linksfraktion im Bundestag im Februar und April 2008 hat ergeben, dass die Bundeswehr in elf Agenturen für Arbeit (ARGE) Büros dauerhaft unterhält. In 204 ARGE n finden regelmäßig Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr statt (eine Liste der ARGE n mit Büros und regelmäßigen Veranstaltungen findet sich im Anhang). Es zeigt sich, dass die Zusammenarbeit zwischen ARGE n und Bundeswehr trotz massiver Kritik an dieser Praxis weiter ausgebaut wird. Die Büros der Bundeswehr befinden sich vor allem in Städten mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote. Angesichts der zahlreichen Aussagen von Wehrberatern und Rekrutierungsstrategen bei der Bundeswehr, man wolle und müsse aufgrund sinkender Bewerberzahlen (wegen Geburtenrückgang und abschreckender Wirkung von Auslandseinsätzen) die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ausnutzen, ist die Auswahl der ARGE n durchaus nachvollziehbar.

Die Bundeswehr hat bereits im November 2007 ein Kooperationsvertrag mit der ARGE Leipzig geschlossen, der die Anwerbung von Jugendlichen für den Soldatenberuf verbessern soll. Die Kooperation besteht darin, dass die Bundeswehr

die Möglichkeit erhält, in den Räumen der ARGE und des Berufsinformationszentrums (BIZ) zu rekrutieren und die Jugendlichen über die ARGE auf die Veranstaltungen hingewiesen werden. Damit die Mitarbeiter der ARGE auch überzeugend für den Beruf des Soldaten werben können, werden sie direkt in Bundeswehreinrichtungen auf die Beratungsgespräche mit jugendlichen Arbeitslosen vorbereitet.¹ In Dessau finden nicht nur regelmäßig Veranstaltungen der Bundeswehr statt, im Januar 2008 veranstaltete die ARGE eine Bundeswehrmesse in ihren Räumlichkeiten. Eine ganze Woche lang hatten die Rekrutierer Zeit, arbeitslose Jugendliche abzufangen und sie für den Soldatenberuf zu werben.

Unklar bleibt weiterhin, ob arbeitslosen Jugendlichen Leistungskürzungen drohen, wenn sie nicht an den Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr teilnehmen. So äußerte sich der Sprecher der ARGE Leipzig Ronny Schleicher in der Dresdner Morgenpost Ende 2007 dazu folgendermaßen: „Ein Angebot für einen Job beim Bund werten wir als normale Wiedereingliederungshilfe. Allerdings werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob das Angebot zumutbar war und somit Sanktionen fällig werden“². Jedoch wurde die Nachfrage

nach einer solchen Praxis sowohl in einer kleinen Anfrage im sächsischen Landtag als auch in der bereits erwähnten Anfrage im Bundestag verneint.

Fakt ist, dass die Bundeswehr die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ausnutzt, um sie als Soldaten rekrutieren zu können. Das Problem der Bundeswehr, ausreichend Nachwuchs zu rekrutieren, wird sich verschärfen. Der Druck auf Jugendliche aufgrund von verschärften Auflagen für Hartz IV-Empfänger unter 25 Jahren reicht da offensichtlich nicht aus. Vielmehr nistet sich die Bundeswehr inzwischen in den ARGE n ein und sitzt somit an der Quelle. Die Antworten auf die Anfragen haben gezeigt, dass weder die sächsische Landes- noch die Bundesregierung etwas an dieser Praxis auszusetzen hat.

Eine vollständige Liste aller Agenturen für Arbeit, die mit der Bundeswehr kooperieren findet sich auf der Homepage der Informationsstelle Militarisation (www.imi-online.de).

Anmerkungen

¹ Presseinfo der ARGE Leipzig (30.11.07): ARGE + Bundeswehr = Job, URL: <http://tinyurl.com/5fy75>

² Ab in den Krieg, sonst wird die Stütze gekürzt, in: Morgenpost am Sonntag 16.12.07.

Jonna Schürkes

Agrotreibstoffe

Der ultimative Angriff auf die Ernährungssicherheit

von Klaus Pedersen

„Hungerrevolten“ heißt das neue Schreckgespenst, das führende Politiker der Nordhalbkugel in Atem hält - Hungerrevolten in 20 Ländern¹ aufgrund explodierender Grundnahrungsmittelpreise. Das hat soziale Instabilität mit den von der offiziellen Politik gefürchteten Auswirkungen zur Folge: Unsicherheit für Direktinvestitionen in den krisengeschüttelten Ländern, Zulauf für al-Qaida, erhöhter Migrationsdruck. „Wenn es zu einem Klassenkampf kommt, dann unterminiert das die Stabilität der Gesellschaft“, zitiert Bernd Musch-Borowska in einer ARD-Korrespondenz Ifzal Ali, den Chef-Ökonomen der Asiatischen Entwicklungsbank. In Ägypten, Indonesien und Pakistan wurde Militär eingesetzt, um Mehtransporte zu bewachen. Die bange Frage bei den hiesigen Politikern schließt sich an: Wird die „Festung Europa“ standhalten? Die Explosion der Preise bei den Grundnahrungsmitteln ist zwar multifaktoriell bedingt, aber die Agrotreibstoff-Bonanza hat einen signifikanten Anteil daran. Dies ist umso problematischer, da zudem auch die Agrotreibstoffe, entgegen der offiziellen Propaganda, kaum einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen leisten.

Auch wenn der derzeitige Protest gegen den Zustand von „vollen Tanks und leeren Tellern“ Anlass zur Hoffnung gibt, dass die Richtlinien zur Agrotreibstoffpolitik korrigiert werden - sicher ist dies angesichts des Investitionsvolumens und der dahinter stehenden Interessengruppen nicht. So ist George Soros einer der größten ausländischen Investoren in Brasilien für Zuckerrohr-Ethanol. Vor kurzem kündigte er an, dass er weitere \$900 Millionen in das Zucker-Ethanolgeschäft stecken will. Soros kontrolliert mehrere Investmentfonds, die mit Aktien von brasilianischen Ethanolraffinerien handeln. Ferner hat er \$300 Millionen in die Agrotreibstoffentwicklung, vor allem Ethanol aus Mais, in Argentinien investiert. Zudem ergibt sich die Frage, welchen Umfang eine eventuelle Kurskorrektur haben wird. Und schließlich lohnt es sich nachzuschauen, was die Langzeitwirkungen der jetzt verstärkt propagierten „Biotreibstoffe“ (so die euphemistische Bezeichnung) der zweiten Generation sein werden. Diese

werden mit der Abkürzung „BtL“ („Biomass to Liquid“) propagiert. Ihre Protagonisten verkünden, dass in 10-15 Jahren, wenn diese Technologie marktreif ist, die Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion der Vergangenheit angehören wird.

Agrotreibstoffe als wichtige Ursache für die explodierenden Nahrungsmittelpreise

In den Ländern des Südens gibt die Mehrheit der dort lebenden Menschen 50-60% ihres Einkommens für den Kauf von Lebensmitteln aus. Das verdeutlicht die Dramatik, die sich hinter dem derzeitigen Anstieg der Lebensmittelpreise verbirgt. Die Preise für Weizen, Reis und Soja haben sich seit dem Frühjahr 2007 etwa verdoppelt. Auch der *International Food Price Index*, ein integratives Maß für die globalen Lebensmittelpreise, stieg von Januar 2007 bis März 2008 um 90 Prozent, also fast eine Verdopplung.² Als Ursache für diese Entwicklung werden gern die veränderten Ernährungsgewohnheiten (vermehrter Fleischkonsum) einer im Entstehen begriffenen sozialen Mittelschicht in China ins Feld geführt. Dies mag für einen mittelfristigen Trend Bedeutung haben. Als Erklärung dafür, warum sich Grundnahrungsmittelpreise in Jahresfrist verdoppeln, taugt es nicht.

Vielmehr sind es die Agrotreibstoffe, die maßgeblich zur derzeitigen Kostenexplosion beitragen, auch wenn ihr genauer Beitrag schwer zu beziffern ist. So schätzt ihn ein Vertreter des *International Food Policy Research Institute* (IFPRI) am 21. April auf einer Pressekonferenz auf 25 Prozent, Oliver Müller vom Caritas-Verband vermutet sogar, dass er zwischen 30 und 70 Prozent liegt.³ In jedem Fall haben die Agrotreibstoffe also einen wichtigen Anteil an den steigenden Nahrungsmittelpreisen.

Werner Eckert kommt der Sache in seinem ARD-Kommentar vom 22.04.2008 schon näher, auch wenn er etwas nebulös vom „Börsenhebel“ spricht und zugleich fordert, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, denn „bestimmte Formen von Biosprit können helfen, die Umwelt zu schützen und weltweit Einkommensquellen für arme Bauern zu schaffen.“ Was davon zu halten ist, werden wir weiter unten betrachten.

GASTBEITRAG

Der „Börsenhebel“ ist jedoch nicht nur ein Mix aus schrumpfendem Angebot und wachsender Nachfrage, wie Herr Eckert meint. Es ist zugleich auch Folge eines Überangebots, nämlich eines Überangebots an Kapital, das nach „sicheren“ Anlagemöglichkeiten sucht. Angesichts der globalen Finanzkrise wird der Kauf „Sachwerten“ wie Getreide oder Soja, die sich wahlweise auf zwei Märkten, dem Nahrungsmittelmarkt oder dem Treibstoffmarkt, weiterverkaufen lassen, plötzlich besonders attraktiv.

Klimaschutz?

Vor den Folgen des Agrosprit-Booms wurde seit Längerem gewarnt. In linken Monatszeitschriften erschienen im ersten Halbjahr 2007 mehrere Sonderausgaben bzw. Monographien.⁴ Schließlich wurden von wissenschaftlichen Beiräten bzw. Expertengremien zwischen September 2007 und Januar 2008 fünf umfangreiche Gutachten zu Agrotreibstoffen vorgelegt, die sich überwiegend oder zumindest teilweise kritisch äußern.⁵ Der Pressemitteilung des Bundesumweltministeriums (BMU) vom 4.4.2008 ist zu entnehmen, dass dies nicht den Ausschlag dafür gab, dass Minister Gabriel die „Biosprit-Verordnung“ gestoppt hat.⁶ Vielmehr erklärte Gabriel: „Die Umweltpolitik wird nicht die Verantwortung dafür übernehmen, dass Millionen von Autofahrern an die teuren Super-Plus-Zapfsäulen getrieben werden.“⁷ Es war also nicht die Vorstellung, dass sich wegen des Agrokraftstoff-Hypes die Zahl der chronisch Hungernden bis zum Jahr 2025 von derzeit 820 Millionen auf 1,2 Milliarden erhöhen könnte⁸, die zu der Entscheidung führte, die Beimischungsverordnung für „Bio“sprit einzufrieren. Nein, es war die erschreckende Vorstellung, dass dreieinhalb Millionen Autofahrer im Wahljahr 2009 das teure SuperPlus tanken müssten, die den zum Bundesumweltminister avancierten ehemaligen Popmusikbeauftragten der SPD-Fraktion zu diesem Schritt bewog. Das war wenige Tage bevor die oben beschriebenen Hungersnöte es endlich in die Schlagzeilen schafften.

Doch auch in einer zweiten Hinsicht ist die genannte Pressemitteilung aufschlussreich. Wir werden dort offiziell über etwas informiert, was den Agrotreibstoff-Kritikern schon länger klar war: „Gabriel verwies darauf, dass die Diskussion um die Erhöhung der Beimischungsobergrenzen nur begrenzt etwas mit dem Erreichen von Klimaschutzziele zu tun gehabt habe. Vielmehr ging es sowohl um Interessen der Landwirtschaft an der Stabilisierung und dem Ausbau des Biokraftstoffmarktes und einem ganz speziellen Interesse der Auto-

mobilindustrie.“⁹ Dieses Eingeständnis passt erstaunlich gut in das von kritischen Stimmen gezeichnete Bild. So wird in der am 1. Juli 2007 von Indigena- und Bauernorganisationen verabschiedeten „Erklärung von Quito“ das Problem folgendermaßen beschrieben: „Aus unserer Perspektive, als Agrarexport-Länder des Südens, durch die Logik der Außenschulden und unserer kolonialen Geschichte diesem Zustand unterworfen, vertiefen die Agrotreibstoffe das Modell des Agribusiness und der industriellen Landwirtschaft, verstanden als die Verbindung aus Monokulturen, Biotechnologie, Agrargiften, Finanzkapital und Exportwirtschaft. ... Die Unterwerfung lokaler landwirtschaftlicher Systeme unter das industrielle Modell und einer Energienachfrage von außen, ist eine politische Angelegenheit, welche Machtverhältnisse über Ökosysteme und Völker impliziert. ... Die Geopolitik der Agrotreibstoffe erzwingt eine territoriale Neuordnung auf globaler Ebene.“

Entgegen den jahrelangen Verlautbarungen der einschlägigen Public-Relations-Maschine handelt es sich bei den Agrotreibstoffen also nicht um ein Projekt zur Reduzierung von CO₂-Emissionen, sondern um ein Business- und Hegemonie-Modell des agroindustriellen Komplexes. Dies wird durch eine Anfang April 2008 publizierte Stellungnahme des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) deutlich, in der die wahre Interessenlage bei den Agrotreibstoffen klar umrissen wird: „Es entsteht ein neuer stark wachsender Wirt-

schaftszweig um die Wertschöpfungskette Agrokraftstoffe. Die Zulieferer, so insbesondere die Landwirtschaft, profitieren von den höheren Preisen. Die Automobilindustrie wird im Rahmen des so genannten ‚Integrierten Ansatzes‘ von Anpassungs-, Innovations- und Investitionskosten für leichtere und effizientere Fahrzeuge entlastet.“¹⁰

Dass es - von Ausnahmen abgesehen - klimapolitisch Unsinn ist, mit Agrotreibstoffen den CO₂-Ausstoß reduzieren zu wollen, wurde inzwischen von unterschiedlichen Stellen nachgewiesen. Zuvor wurden die EU-Mitgliedsstaaten jedoch verpflichtet, bis zum 31.12.2004 die im Mai 2003 (!) verabschiedete EU-Richtlinie „Zur Förderung und Verwendung von Biokraftstoffen“ in nationales Recht umzusetzen. Es dauerte vier Jahre von der Verabschiedung der Richtlinie bis zur Veröffentlichung des oben erwähnten und verschiedener weiterer Gutachten zu den sozialen und ökologischen Folgen des Agrotreibstoffbooms.¹¹ In der Zeit dazwischen wurden vollendete Tatsachen in Form von Investitionen und der Etablierung von Märkten geschaffen. So hat sich der Umsatz von Agrotreibstoffen in Deutschland von 2004 bis 2006 auf knapp 40.000 GWh mehr als verdreifacht.¹² Doch trotz der täglichen Hungerschlagen beharrte Barbara Helfferich, Sprecherin des EU-Umweltkommissars Stavros Dimas, am 14. April 2008: „Eine Aufhebung des vereinbarten Ziels für Biokraftstoffe steht nicht zur Debatte.“

Pacala und Socolow¹³ veröffentlichten

im Jahr 2004 ein vermeintliches Modell zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes, das von den Experten der Arbeitsgruppe 3 des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) dankbar aufgegriffen wurde. Dieses technokratische Szenario beinhaltet unter anderem folgende Punkte¹⁴:

- Zwei Milliarden 5-Liter-Autos fahren mit 100% „Bio“-treibstoff, der auf 250 Millionen Hektar ertragstarken Ackerlandes angebaut wird (ein Sechstel der globalen Ackerfläche).
- Es werden 250 Millionen Hektar Wald in den Tropen und 400 Millionen Hektar in der gemäßigten Zone aufgeforstet.

Zu letzterem Punkt fragt sich Almuth Ernsting von der britischen Organisation Biofuelwatch, wo diese Aufforstungen angesichts der zuvor genannten 250 Millionen Hektar ertragstarken Ackerlandes sowie in Anbetracht sinkender Weizenenerträge und schrumpfender Agrarflächen (Desertifikation) herkommen sollen. Ernsting kommt zu dem Schluss, dass das nur bedeuten kann, Abermillionen Hektar Land für monokulturellen Energieanbau zu nutzen und die Landwirtschaft quer durch die Entwicklungsländer zu intensivieren.

Wie sieht es nun konkret mit der CO₂-Bilanz von Agrotreibstoffen aus? Modellrechnungen, die in renommierten Fachzeitschriften publiziert wurden, geben dazu Auskunft. So unter anderem von der Forschergruppe um den Ökologen David Tilman von der Universität Minnesota.¹² Unter Berücksichtigung der Inputs an



Palmölplantage in Borneo

fossiler Energie für Düngung, Pestizide und Transport errechneten sie einen CO₂-Einsparungseffekt von kläglichen 12% bei Ethanol aus Mais und immer noch weniger als der Hälfte (41%) bei Diesel aus Soja. In einer Zusammenstellung des Sachverständigenrats für Umweltfragen¹⁵ weisen wichtige Agrokraftstoffe (Raps, Sojaöl und Ethanol aus Mais bzw. Roggen) einen CO₂-Einsparungseffekt unter 50% auf.

Hinzu kommen weitere Negativeffekte, die nicht in diese Bilanzrechnungen eingegangen sind. Der Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) weist in seinem Gutachten vom November 2007 darauf hin, dass „bei knappen Ackerflächen eine großflächige Ausdehnung der Bioenergie zwangsläufig dazu (führt), dass bisher nicht ackerbaulich genutzte Flächen in Kultur genommen werden (Grünlandumbruch, Waldrodung) bzw. die Bewirtschaftung der Flächen intensiviert wird. Das verursacht erhöhte CO₂- und N₂O-Emissionen mit der Folge, dass die Ausdehnung der Bioenergieerzeugung auf Ackerflächen im Endeffekt sogar kontraproduktiv für den Klimaschutz sein kann.“¹⁶ Diese Risiken seien mit den von der Politik geplanten Zertifizierungssystemen nicht in den Griff zu bekommen.

Ein weiterer Aspekt wurde von der Arbeitsgruppe des Mainzer Nobelpreisträgers Paul J. Crutzen aufgedeckt. Die Klimabilanz der kunstdüngerintensiven Agrostreibstoffe wie Mais und Raps wird durch die Freisetzung von Lachgas (N₂O) zusätzlich belastet. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass das im Vergleich zu CO₂ rund 300-fach klimaschädlichere Lachgas sowohl aus dem eingesetzten Dünger als auch aus dem Stickstoff der Pflanzen selbst freigesetzt wird.¹⁷ Bestimmte Details in der globalen Lachgas-Bilanz der Arbeitsgruppe Crutzen werden in Fachkreisen kontrovers diskutiert. Doch laut SRU ist es unstrittig, dass durch die Aufbringung von Dünger 1,25% des darin enthaltenen Stickstoffs direkt über Lachgas und später weitere 10% des im Dünger enthaltenen Stickstoffs über Lachgas, Ammoniak und andere Stickoxide freigesetzt werden. Im Ergebnis liegt die Gesamtemission bei Raps „nur knapp unter den Emissionen fossiler Treibstoffe“.¹⁸

Trojanisches Pferd für die Gentechnik

Je heftiger die Agrotreibstoffe der ersten Generation in die öffentliche Kritik geraten, desto inbrünstiger beziehen sich die Agrotreibstoff-Protagonisten auf jene der so genannten „zweiten Generation“. Dabei handelt es sich bei den BtL-Kraftstoffen

laut Georg Gruber vom Bundesverband Pflanzenöle bislang mehr „um eine Art Marketingbegriff“. Und Kurt Döhmel, Deutschland-Chef von Shell, räumte in einer öffentlichen Veranstaltung Anfang Februar ein, dass frühestens in 15 Jahren mit einer breiten Markteinführung von BtL-Kraftstoffen zu rechnen sei. Diese Aussage ist bedeutsam, denn Shell gehört zu den „strategischen Partnern“ der Firma Choren International in Freiberg, Sachsen, jener Firma, bei der am 17.04.2008 im Beisein von Frau Merkel „die weltweit erste kommerzielle Anlage“ für BtL fertig gestellt wurde. Interessanterweise wurde diese weltweit erste „kommerzielle“ Anlage noch wenige Wochen zuvor als „Demonstrationsanlage“ bezeichnet.

Abgesehen davon, dass der Beweis für die tatsächliche Klimateffizienz der BtL-Kraftstoffe unter Praxisbedingungen noch in weiter Ferne liegt, werden sie von zahlreichen Basisorganisationen als Trojanisches Pferd der Gentechnik-Industrie betrachtet. Nachdem die Gentechnik bei Nahrungsmittelpflanzen insbesondere in Europa und in vielen Ländern des Südens auf breite Ablehnung stößt, sehen Monsanto und andere Konzerne die Möglichkeit, sich über „Bio“kraftstoffe ein grünes Image zu verleihen. Zugleich sind Zellulose- wie Agrokraftstoffindustrie heftig an einer Rohstoffbasis interessiert, die auf schnellwüchsigen Bäumen basiert, die durch gentechnische Modifikation (GM) einen möglichst geringen Lignin-Gehalt haben. Schon jetzt wird bei den für diese Industriezweige attraktiven Arten Weide und Pappel mit Hochleistungsklonen auf extrem eingengter genetischer Basis gearbeitet. Der Schritt zu GM-Bäumen, um das Wachstum weiter zu beschleunigen und schließlich den Ligningehalt zu reduzieren, erscheint in diesem Denkschema logisch. Freilandversuche mit GM-Bäumen sind inzwischen aus Bangladesh, Brasilien, Chile, China, Finnland, Indien, Indonesien, Kanada, Malaysia, Südafrika und Thailand bekannt. Getestet werden vor allem Eukalyptus und Ölpalmen, aber auch Pappel, Kiefer und Birke. Aufgrund der Langlebigkeit von Bäumen und der Pollenverdriftung über hunderte von Kilometern, haben GM-Bäume ein sehr großes Gefahrenpotenzial - ein willkommener Anlass für die Gentechnik-Lobby, die nach wie vor verbotene Terminator-Technologie¹⁹ wieder ins Gespräch zu bringen. Dieses Szenario liest sich, als wolle man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, was auch insgesamt für den Komplex der Agrotreibstoffe gilt. Gleichzeitig werden die hieraus resultierenden Hungeraufstände im Westen immer

stärker als Sicherheitsrisiko interpretiert und hiermit Interventionen in den Ländern des Südens legitimiert.

Anmerkungen

¹ Demonstrationen und Aufstände gab es unter anderem in Ägypten, Bangladesh, Elfenbeinküste, Haiti, Indonesien, Jemen, Kamerun, Mauretanien, Mocambique, Pakistan und Senegal.

² Braun, J.v. (2008): High and rising food prices. Presentation at a U.S. Agency for International Development (USAID) conference, Washington, D.C. 11. April 2008.

³ Petersen, K.: Volle Tanks – leere Teller, Junge Welt, 28.04.2008.

⁴ ila Nr. 304 (April 2007): Agrotreibstoffe, Seedling (Juli 2007): Agrofuels Special Issue, Fritz, T., FDCL (Juli 2007): Das Grüne Gold. Welt-handel mit Bioenergie - Märkte, Macht und Monopole.

⁵ Gutachten u.a. von der Europäischen Umweltbehörde EEA, dem „Runden Tisch für Nachhaltige Entwicklung der OECD, dem Sachverständigenrat für Umweltfragen und dem Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik der jeweiligen Bundesministerien.

⁶ Die Bundesregierung hatte damit geplant, den Bioethanolanteil im Benzin ab dem kommenden Jahr von fünf auf zehn Prozent zu erhöhen. Viele ältere Autos sind hierfür aber nicht geeignet und hätten deshalb auf teures Super plus umsteigen müssen.

⁷ Pressemitteilung des BMU (2008): Bundesumweltminister stoppt Biosprit-Verordnung, www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/41118.php

⁸ Runge, C.F. und Senauer, B.: How Biofuels could starve the poor. Foreign Affairs, Ausgabe Mai/Juni 2007.

⁹ Bundesumweltminister stoppt Biosprit-Verordnung, BMU-Pressemitteilung Nr. 052/08.

¹⁰ SRU (2008): Schriftliche Stellungnahme vom 4.4.08, http://www.bundestag.de/ausschuesse/a16/anhoerungen/61__Sitzung/stellungnahmen/A-Drs_16-16-391_C_.pdf

¹¹ Siehe Fußnote 5.

¹² Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung. Gutachten, Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

¹³ Pacala, S. und Socolow, R. (2004): Stabilization wedges: solving the climate problem for the next 50 years with current technologies. Science 305: S. 968-972.

¹⁴ Ernstring, A. (2007): The global blueprint for a biomass economy. Bericht vom 20.01.2007, aktualisiert im Juli 2007, 7 S. <http://www.biofuelwatch.org.uk/background.php>, auf deutsch: (<http://www.regenwald.org/news.php?id=592>) (27.10.2007).

¹⁵ Schriftliche Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen zur Bundestagsdrucksache 16/8150 vom 09.04.2008.

¹⁶ Siehe Fußnote 12.

¹⁷ Crutzen et al. (2007): Atmospheric Chemistry and Physics Discussions 7. S. 11191-11205.

¹⁸ Siehe Fußnote 10.

¹⁹ Pedersen, K. (2005) Freie Saat statt tote Ernte, Junge Welt 28.10.2005

Haiti und der Krieg gegen die Armut

von Jürgen Wagner

Eine angekündigte Krise

In ihrem ersten Bericht zur weltweiten Versorgung mit Nahrungsmitteln 2008 warnte die UN-Welternährungsorganisation FAO angesichts steigender Preise für Getreide und andere Grundnahrungsmittel, dass 36 Länder aufgrund akuter Nahrungsmittelknappheit auf Hilfe angewiesen seien. Die Produktion von Getreide ging, rechnet man China und Indien, die vorwiegend für die eigenen Märkte produzieren, heraus, im Jahr 2007 trotz zunehmender Weltbevölkerung um 2,2% zurück. Schlechte Ernten führten zu einer bedeutenden Reduzierung der Vorräte. Eine zunehmende industrielle Nutzung für „Bio“-Treibstoffe und als Tierfutter sowie steigende Öl- und damit Transportkosten taten ihr Übriges zu einer spürbaren Verknappung und Verteuerung der Grundnahrungsmittel. Für jedes der 36 Länder werden zudem spezifische Gründe angegeben, weshalb sich das Defizit zu einer Krise entwickeln könnte: Konflikte, die durch sie ausgelöst wurden, Wanderungsbewegungen, Dürren und Naturkatastrophen. Auch Haiti befindet sich unter diesen Ländern. Die Gründe für die dortige angekündigte Krise werden eindeutig genannt: „Ende Oktober und Mitte Dezember verursachten die Tropenstürme Noel und Olga heftige Regenfälle und folgenschwere Fluten in der Dominikanischen Republik, Haiti und Cuba, die große Verluste bei der Ernte von Nahrungsmitteln und Exportgütern wie Reis, Bohnen, Kochbananen, Maniok und Zuckerrohr verursachten.“ Zudem gab es in Haiti Verzögerungen beim Import von Nahrungsmitteln.¹ Entsprechend sorgte die Aussage des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moons am 2.4.2007, wonach sich die wirtschaftliche Lage im Land deutlich verbessert hätte, für einigen Unmut in Haiti, weil sich die Menschen in der Realität immer weniger leisten konnten.

Kanonen statt Korn

Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre und das Armenhaus Zentralamerikas. Es gehört zu den drei Ländern mit dem größten Pro-Kopf-Defizit an Kalorien – 460 Kilokalorien fehlen den etwa 8,3 Mio. Einwohnern im Durchschnitt täglich. 80% der Bevölkerung sind arbeitslos.

Die wenigen, die Arbeit haben, müssen mit ihrem Lohn meist mehr als nur einen Haushalt versorgen. Die kleine, überwiegend hellhäutige und frankophone Oberschicht ist hiervon freilich nicht betroffen. Die aktuelle Regierung, die 2004 quasi durch einen Putsch und die anschließende militärische Intervention der USA, Frankreichs und Chiles an die Macht kam, bedient wöchentlich 1 Mio. US\$ Auslandsschulden. Zölle auf Importe wurden für die haitianische Industrie sofort nach der Flucht des ehemaligen Präsidenten Aristide abgeschafft, ebenso wie eine Forderung der früheren Regierung nach 22 Mrd. US\$ Schadensersatz gegenüber Frankreich.² Das World Food Programme hatte sich noch im Februar 2008 mit einem außerordentlichen Aufruf an die Geberländer gerichtet, um die drohende Nahrungsmittelknappheit abzuwenden. 96 Mio. US\$ seien notwendig, um die ärmsten 1,7 Mio. Einwohner mit dem Nötigsten zu versorgen, doch nur 12,4 Mio. kamen bislang zusammen. Dabei kann man nicht behaupten, dass sich die Internationale Gemeinschaft nicht engagiere: Die UN lösten bereits nach wenigen Wochen die Truppen der USA, Frankreichs und Chiles ab und ist seit dem mit knapp 7.000 Soldaten und bis zu 2.000 Polizisten präsent. Der Einsatz der „United Nations Stabilization Mission in Haiti“ (MINUSTAH) hat alleine im letzten Jahr über 535 Mio. US\$ gekostet.

Krieg gegen Armut

Die UN-Mission in Haiti ist insofern prototypisch, als sie von Anfang an nicht die Aufgabe hatte, bewaffnete und militärisch organisierte Einheiten zu trennen. Stattdessen besteht die Situation nach dem Putsch gegen den Präsidenten Aristide 2004 darin, dass haitianische Ex-Militärs, die zwischendurch in der Dominikanischen Republik im Exil lebten, gemeinsam mit der Haitian National Police (HNP) und den internationalen Truppen die Herrschaft ausübten. Soldaten, die sich ihnen entgegengestellt hätten, existierten nicht: Aristide hatte die Haitianische Armee Anfang 1995 aufgelöst. Aristides Machtbasis bestand in den Armenvierteln Haitis, deren Bewohner ihn unterstützen und zahlreich in der

Lavalas-Bewegung organisiert waren. Die Konfliktsituation, in welche die UN intervenierten, war also geprägt durch bewaffnete Polizeieinheiten und Ex-Militärs aus dem Exil einerseits und einer überwiegend unbewaffneten und völlig verarmten Bevölkerung andererseits. Die Arbeit der UN-Soldaten besteht im Wesentlichen darin, die Polizisten der HNP bei ihren Patrouillen zu begleiten, die (Wieder-)Eröffnung neuer Polizeistationen in den Armenvierteln militärisch abzusichern und gelegentlich robustere Razzien mit Panzer- und Hubschrauberunterstützung in den Slums durchzuführen: Am 6. Juli 2005 mündete eine solche Razzia im Stadtteil Cité Soleil in ein siebenstündiges Feuergefecht, bei dem die 400 UN-Soldaten mit Hubschrauberunterstützung 22.000 Schuss Munition verbraucht haben sollen.³ Ein Sprecher der MINUSTAH kommentierte anschließend, angesprochen auf die vermeintlich zahlreichen zivilen Opfer: „die Natur solcher Missionen in dicht bevölkertem urbanen Gelände ist so, dass immer ein Risiko ziviler Verluste besteht.“⁴ Häufiger gehen die Razzien allerdings mit solchen Meldungen zu Ende: „insgesamt wurden 41 Verdächtige festgenommen und sechs Waffen beschlagnahmt“ oder „96 Verdächtige, darunter vier bekannte Mitglieder einer Gang, wurden verhaftet und in den Gewahrsam der HNP übergeben“.⁵

Viele sitzen danach für unbestimmte Zeit und ohne offizielle Anklage in einem der 17 gnadenlos überfüllten Gefängnisse. Nur 10% der etwa 5.500 Inhaftierten wurden offiziell verurteilt, gegen viele nicht einmal Anklage erhoben. Unterernährung, Ausbrüche, Revolten und Seuchen sind an der Tagesordnung. Nach einem Bericht der International Crisis Group arbeiten im größten Gefängnis in Port-au-Prince, in dem 2.500 Menschen gefangen gehalten werden, gerade 25 Wärter.

Die International Crisis Group, ein von hochrangigen Politikern und Wissenschaftlern geführter und einflussreicher Thinktank, der sich selbst als „privates Außenministerium“⁶ sehen will, hat im Mai 2007 einen Bericht über die Misere im haitianischen Gefängniswesen veröffentlicht. Seine Schlussfolgerungen aus dieser vernichtenden Bilanz verdeutlichen die Einseitigkeit internationaler Lösungsansätze: Eine Geberkonferenz solle einen „Prison Construction Fund“ einrichten, mit dem die Kapazitäten der bestehenden Gefängnisse ausgebaut, mehr Personal angestellt und besser ausgerüstet werden und neue Gefängnisse, darunter mindestens ein Hochsicherheitsgefängnis, gebaut werden können.⁷

Auch die hiesige Presse, so sie überhaupt über Haiti berichtet, preist den repressiven Umgang mit der Armut als einzig richtigen Weg. So lobt nach einer erneuten Repressionswelle Klaus Ehringfeld am 23.10.2007 für das Handelsblatt die „Null-Toleranz-Politik“ des MINUSTAH-Chefs Edmond Mulet, der seinen Blauhelmsoldaten und Polizisten endlich „mehr Effizienz“ verordnet hätte. Unter dem Titel „Haiti findet aus der Krise“ beschreibt er:

„Im Slum Cité Soleil konnten Jugendbanden, einst von Ex-Präsident Aristide als Schlägertrupps benutzt, nach Lust und Laune morden, rauben und vergewaltigen. Nun wurden die schwerbewaffneten Verbände im Häuserkampf bezwungen – und das arme Land sieht die Chance zum Neuaufbau. Wer Cité Soleil besucht, fährt durch ein befriedetes Kriegsgebiet. Der Weg führt vorbei an Fassaden, übersät mit Einschusslöchern großen Kalibers, an ausgebrannten Autos und ausgeweideten Häusern. Brasilianische Blauhelmsoldaten sichern in weißen Uno-Panzerwagen wichtige Straßenkreuzungen im berüchtigtsten Slum von Haitis Hauptstadt Port-au-Prince. Es sind die Nachwirkungen eines Feldzugs, den die Bewohner von Cité Soleil respektvoll ‚Guerre‘ nennen – Krieg. ... Mit nächtlichen Luftangriffen aus Hubschraubern und einem Häuserkampf eroberten die Soldaten das brütend heiße Labyrinth aus Wellblech und Elend.“⁸

Diese Null-Toleranz-Politik gilt freilich nicht gegenüber den eigenen Soldaten. Ein Bericht der britischen Abteilung der NGO „Save the Children“ hat Vorfälle von Kindesmissbrauch durch „humanitäre Helfer“ und „Peacekeepers“ in Côte d'Ivoire, Südsudan und Haiti untersucht und zahlreiche Zeugenaussagen dokumentiert. In der Bevölkerung werden ganz überwiegend die bewaffneten UN-Soldaten für die Übergriffe verantwortlich gemacht. Auch nach internen Statistiken der UN richten sich fast 90% aller Missbrauchsvorwürfe gegen die bewaffneten Einheiten und nur einzelne gegen das UNHCR oder das World Food Programme.⁹

Hunger lässt sich nicht unterdrücken

Dass mit militärischer Gewalt und Razzien in den Slums aus der Krise zu finden wäre, während sich gleichzeitig eine Nahrungsmittelknappheit ankündigt und die internationalen Gelder statt in Armutsbekämpfung in die Bekämpfung der Armen fließen, ist freilich naiv. Am Donnerstag, den 3.4.2008 gingen Menschen in mehreren Städten Haitis gegen die hohen Lebensmittelpreise auf die Straße. In Les Cayes, der drittgrößten Stadt des Landes, errichte-

ten sie Barrikaden und zündeten Autoreifen an. Vor allem nachdem die MINUSTAH ihre Kräfte in der Stadt verstärkte, schien sich der Protest eher gegen diese zu richten. Ein Gebäude der UN wurde gestürmt und verwüstet, mehrere Fahrzeuge der Truppe angezündet. Am nächsten Tag eröffneten UN-Soldaten aus Uruguay das Feuer auf die Demonstranten und töteten mindestens vier Menschen. Angeblich hätten sich Drogenhändler aus der Hauptstadt unter die Demonstrierenden gemischt, welche mit den Sprechchören „Wir haben Hunger“ und „Runter mit den Preisen“ vor das Gebäude der UN zogen.¹⁰ Bis Dienstag, den 8.4.2008 ergriffen die Proteste endgültig auch die Hauptstadt und wurden von n-tv.de als „Angriff auf Reiche“ beschrieben. Die FAZ beschreibt die Lage am folgenden Tag ähnlich: „Am Dienstag waren Tausende Demonstranten in die Wohngebiete der Wohlhabenden in Port-au-Prince gezogen und hatten Straßenbarrikaden errichtet, drangen in Bankfilialen und Geschäfte ein, zerschlugen Fensterscheiben, plünderten und verwüsteten Supermärkte und zündeten Hunderte Autos an. Einheiten der Polizei und der MINUSTAH verhinderten mit Warnschüssen, Tränengas und Gummigeschossen, dass die wütende Menschenmenge den Präsidentenpalast im Zentrum der Hauptstadt stürmte.“¹¹ Neben dem Präsidentenpalast, der von den UN-Soldaten mit Panzern umstellt wurde, kam es auch um den internationalen Flughafen zu Zusammenstößen zwischen UN-Truppen und Demonstranten.¹² Die Regierung hatte sich, während sich die Proteste ausweiteten, nicht an die Bevölkerung gewandt, stattdessen aber gegenüber ihren internationalen Verbündeten „Rauschgiftbanden“ für die Eskalation verantwortlich gemacht. Der Sicherheitsrat und der Generalsekretär der UN beeilten sich entsprechend am 8. und 9.4.2008, die Gewalt der Demonstranten zu verurteilen, nicht aber die ihrer eigenen Soldaten, die mindestens vier Menschen erschossen und Dutzende verletzt haben. Dann jedoch schwenkte die haitianische Regierung auf Beschwichtigung um: Präsident Préval kündigte Preissenkungen an und der Senat setzte Ministerpräsident Alexis ab. „Ich glaube, das wird die Bevölkerung zufrieden stellen“ wird einer der Abgeordneten zitiert. Die UN hingegen bezeichnete die Absetzung des Ministerpräsidenten als „schweren Rückschlag“.¹³

Hungerproteste weltweit

Am gleichen Wochenende, an dem sich die Proteste in Haiti zuspitzten, war in Ägypten ein Generalstreik angekündigt. Auch hier ging es um zu niedrige Löhne

angesichts der massiv gestiegenen Lebensmittelpreise. Speerspitze der Proteste waren dabei die Arbeiter in der Textilbranche. Deren größte Betriebe wurden am Sonntag von Sicherheitskräften übernommen, bereits am Werkstor wurden die Gewerkschaftsführer festgenommen, ein Arbeiter berichtete gegenüber der NZZ, jeder, der bei der Arbeit versucht habe zu sprechen, sei abgeführt worden. In den Städten fuhrn Armee und Polizei auf und verhinderten Menschenansammlungen auf größeren Plätzen.

Auch in Burkina Faso, Kamerun, Indonesien, Côte d'Ivoire, Mauretanien, Mozambique und Senegal ist es in den vergangenen Monaten zu Protesten gegen die erhöhten Lebensmittelpreise gekommen. Die Polizei, die gegen diese vorging, wurde in vielen dieser Länder im Rahmen eines G8-Projektes von italienischen Carabinieri ausgebildet: Am so genannten „Center of Excellence for Stability Police Units“ (COESPU) im italienischen Vincenza trainieren die italienischen Gendarmerieeinheiten, die sowohl dem Innen- wie dem Verteidigungsministerium unterstehen, hohe Polizeikräfte aus dem globalen Süden in erster Linie für Auslandseinsätze aus und leisten so einen Anteil an der Militarisierung der Polizeien ärmerer Staaten. Neben Kamerun und Senegal nahmen auch Pakistan und Kenia bislang an diesem Programm teil, beides Länder, in denen in den letzten Monaten Proteste der Opposition blutig niedergeschlagen wurden. Neben dem COESPU bestehen zahlreiche weitere Programme zur Ausbildung und Ausrüstung der Sicherheitskräfte von Drittstaaten, viele im Rahmen so genannter Sicherheitssektorreformen in Konfliktgebieten. Im Rahmen von ESVP-Missionen wurden und werden in der DR Congo, Irak, Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, den Palästinensergebieten sowie - hier begrenzt auf den Grenzschutz - in Moldawien und der Ukraine von der EU Polizeikräfte aufgebaut und ausgebildet. Daneben existieren entsprechende Projekte der UN (eines beispielsweise in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, welches durch den aktuellen EU-Militäreinsatz in diesen Ländern flankiert wird) und einzelner Staaten.

Staatlichkeit heißt Polizei und Militär

Tatsächlich entspricht der Aufbau paramilitärischer Polizeieinheiten längst den offiziellen Strategien im Umgang mit so genannten scheiternden Staaten, er wird häufig gar als Entwicklungshilfe bezeichnet und auch entsprechend aus den Budgets für Entwicklungszusammenarbeit finanziert.¹⁴ Dort, wo Polizei und Militär

die gewünschte Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten können, wird von begrenzter Staatlichkeit gesprochen und aufgerüstet. Genau hier liegt das Problem: Die einzelnen Staaten und die Staatengemeinschaft entziehen sich ihrer sozialen Verantwortung und reagieren auf die darauf folgenden Verwerfungen und Bewegungen rein repressiv. Sie treten ein in den Krieg gegen die eigene Bevölkerung.¹⁵ „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen.“¹⁶ Genau dies zu verhindern ist demnach Ziel der internationalen Politik, der global governance. Genau dies scheint auch Ziel der UN-Mission in Haiti zu sein.

Neue Konzepte?

Die Proteste in Haiti, welche die Regierung zumindest zum Teil zum Reagieren zwangen und den Ministerpräsidenten sein Amt kosteten, haben zumindest oberflächlich zu einem Umdenken gezwungen. UN-Soldaten, die den Präsidentenpalast

vor hungrigen Demonstranten schützten, gaben kein gutes Bild ab und plötzlich interessierte sich die Presse und die internationale Gemeinschaft für die steigenden Lebensmittelpreise und die Hungerproteste in den anderen Ländern, die sie zuvor sträflich ignoriert hatten. „Bio“-Kraftstoffe und Pflichtbeimischungen sind in die Kritik geraten, Anfang Juni berief die UN einen Welternährungsgipfel in Rom ein, zu dem auch tatsächlich aus etwa 40 Ländern die Staats- und Regierungschefs anreisten. Freilich soll erst einmal Geld gesammelt werden, um auf akute Notlagen zu reagieren, für die Erarbeitung neuer Konzepte zum Welthandel mit Nahrungsmitteln setzen die Regierungen auf IWF und Weltbank, deren Verantwortung für die Verarmung weiter Bevölkerungsteile durch Marktöffnung und Bevorzugung industrieller Landwirtschaft, die für globale Märkte produziert, derweil offenkundig ist. Der Generaldirektor der FAO hingegen stellte folgenden Vergleich an: Nur 30 Milliarden US\$ im Jahr seien notwendig, um weltweit Hunger und Unterernährung zu

beenden. Dies sei ein Vierzigstel der globalen Rüstungsausgaben. Noch während des Gipfels wurde in Deutschland das Friedensgutachten 2008 vorgelegt. Demnach wurde im Vorjahr so viel Geld wie nie zuvor in Waffen investiert, 1.200 Milliarden US\$ weltweit. Die Ausbildung und Ausrüstung von Polizeieinheiten sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Anmerkungen

¹ FAO: Crop Prospects and Food Situation, No. 1, February 2008

² Mark Schuller: Haitian Food Riots Unnerving but Not Surprising, Americas Program Special Report 2008

³ Diese Zahl stammt von einem Artikel des Interventionskritischen ‚Haiti Action Committee‘ in San Francisco, Sie wurde allerdings auch durch den US-Botschafter in Haiti zitiert (http://www.haitiaction.net/News/HIP/1_23_7/1_23_7.html).

⁴ UN News Center: In robust fight against Haiti's gangs, UN peacekeepers seek to avoid civilian casualties, <http://www0.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=15135&Cr=Haiti&Cr1=>

⁵ UN-Sicherheitsrat: Report of the Secretary-General on the United Nations Stabilization Mission in Haiti (S/2005/124)

⁶ Berit Bliesemann de Guevara: Gebrauchshinweise beachten! Die Berichte der International Crisis Group, GIGA-Fokus, Nr.4/2007

⁷ ICG: Haiti - Prison Reform and the Rule of Law, Latin America/Caribbean Briefing No. 15

⁸ Klaus Ehringfeld: Haiti findet aus der Krise, Handelsblatt vom 23.10.2007

⁹ Corinna Csáky: No One to Turn To - The under-reporting of child sexual exploitation and abuse by aid workers and peacekeepers, Save the Children Fund 2008

¹⁰ Kampf ums bezahlbare Essen, taz vom 9.4.2008

¹¹ Matthias Rüb: UN: Haiti braucht dringende Hilfe, FAZ.net, 9.4.2008

¹² Journalisten vor Ort gaben jedoch an, das sich nur eine kleine Minderheit an den gewalttätigen Protesten und Plünderungen beteiligt hätte, so auch Mark Schuller, der stattdessen nachbarschaftliche Selbsthilfe als dominante Reaktion auf die Armut beschreibt, siehe Mark Schuller: Haitian Food Riots Unnerving but Not Surprising, Americas Program Special Report 2008

¹³ Zit. Nach: junge welt, 14.4.2008

¹⁴ Jürgen Wagner: Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE. August 2007 Elektronische Vorab-Fassung, <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7796242967.pdf>

¹⁵ Christoph Marischka: Rüsten für den globalen Bürgerkrieg, IMI-Studie 2007/08

¹⁶ David Bowers: Nationale Bedrohungen für globale Bestrebungen, in: griephan global security, Herbst 2007

Bürgerrechte & Polizei/CILIP

CILIP 89 (1/2008): Europas Grenzen: innen – außen

Einzelheft:
7,50 EUR

Abonnement (3 Hefte):
19,50 EUR

Alle Preise inkl. Porto im
Inland

Bitte fordern Sie eine Liste der
lieferbaren Hefte an!



Im Schwerpunkt:

Vernetzungsmaschine Frontex, Grenzpaket der EU-Kommission, Exterritoriale Lager in Libyen und der Ukraine, Abschiebelage in Bramsche, Visumpolitik, Schleierfahndung u.a.

außerdem:

Geheimdienste aktiv: 129a-Verfahren gegen G8-GegnerInnen, Fußball-EM in der Schweiz, Überwachungsinstrument SIS

Bestellungen an:

Bürgerrechte & Polizei/CILIP c/o FU Berlin · Malteserstraße 74-100
12249 Berlin · fon (030) 838-70462 · fax (030) 775 10 73
E-Mail: vertrieb@cilip.de · www.cilip.de

Goldgräberstimmung in der Arktis

Der „Kalte Krieg“ um Gebietsansprüche am Nordpol

von Lisa Oster

1. Einleitung

Als im Februar 2007 der UN-Klimarat (IPCC) den ersten Teil seines Vierten Sachstandsberichts zum Klimawandel veröffentlichte, kochten die Emotionen hoch. Die Klimaexperten waren sich darüber einig, dass die radikale Erderwärmung eindeutig vom Menschen verursacht sei. Zukünftige Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen, Stürme, Waldbrände und Dürren könnten durch sofortiges umweltpolitisches Einlenken zwar noch abgemildert, aber nicht mehr verhindert werden. „Wer nun noch untätig bleibt, wird als verantwortungslos in die Geschichte eingehen“, warnte der Leiter des UN-Umweltprogramms Achim Steiner.¹ Diesen Rat hatten einige Staaten schon im Vorfeld intuitiv berücksichtigt, indem sie sich bemühten, den Sachstandsbericht vor Veröffentlichung zu entschärfen.²

Obgleich manche Staaten seine Ursachen zu verschleiern versuchen, ist der Klimawandel längst da. Ironischerweise versuchen nun einige Länder aus seinen Folgen einen machtpolitischen Nutzen zu ziehen. Vor dem Hintergrund schwindender Ölreserven und zunehmender geostrategischer Auseinandersetzungen um die verbleibenden großen Energievorkommen ist die Arktis in jüngster Zeit zu einem Objekt der Begierde geworden. Der Grund: das von der Erderwärmung verursachte Abschmelzen der Polkappen könnte möglicherweise riesige Energievorkommen erstmals erschließbar machen. In diesem Kontext ist es nicht verwunderlich, dass zwischen den fünf Anrainerstaaten der Arktis – Russland, USA, Kanada, Dänemark und Norwegen (bzw. der Europäischen Union) – jüngst ein erbitterter Wettkampf um Gebietsansprüche am Nordpol entbrannt ist.

Von Untätigkeit angesichts des Klimawandels kann daher keine Rede sein - im Gegenteil. Die arktischen Anrainerstaaten rüsten auf, um sich den Zugriff auf diese Reserven zu sichern. Aufgrund ihres größtenbedingten Machtvorteils gehen Russland, Kanada und die USA dabei aggressiver vor als Dänemark und Norwegen. Überdies lässt sich in jüngster Zeit feststellen, dass auch die Europäische Union das machtpolitische Potenzial der Region für sich entdeckt hat

und eine offensivere Arktispolitik anstrebt.

2. Rohstoff-„El Dorado“ Arktis

Am 2. Januar 2008 stieg der Rohölpreis an der New Yorker Börse erstmals in der Geschichte über 100 Dollar pro Barrel.³ Die erschlossenen Vorkommen gehen zur Neige. Russlands Ölreserven reichen nach Schätzungen noch bis 2030, die amerikanischen noch zehn und die Norwegens rund sieben Jahre.⁴ Die Suche nach neuen Lagerstätten muss zwangsläufig intensiviert werden, und je höher der Erdölpreis steigt, desto lukrativer wird die Rohölförderung auch in schwer zugänglichen Gebieten wie der Arktis.⁵

In den letzten 30 Jahren sind knapp 1 Mio. Quadratkilometer Packeis abgetaut, wodurch mittelfristig Vorkommen an Erdöl, -gas und Mineralien (Diamanten, Gold, Silber, Blei, Kupfer, Zink) erschließbar werden könnten. Nach einer Studie des Forschungsinstituts United States Geological Survey (USGS) aus dem Jahre 2000 wird vermutet, dass sich etwa 25% der unerschlossenen fossilen Brennstoffe weltweit in der vom nördlichen Polarkreis umschlossenen Zone befinden. Sollten die Ergebnisse der USGS-Studie stimmen, würde die Arktis über ähnlich große Bodenschätze verfügen wie Saudi-Arabien, möglicherweise sogar über noch mehr.⁶ Dies steigert das Interesse an der Region enorm, da man sich erhofft, mit den dortigen Ressourcen die Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Mittleren Osten zu verringern. Dessen Länder verfügen zwar über große Vorkommen, werden jedoch als unsichere Versorger eingestuft.⁷

Ein weiterer wichtiger Aspekt für den Bedeutungszuwachs der Arktis ist, dass auch die Nordwestpassage in absehbarer Zeit über weite Teile des Jahres hinweg eisfrei sein wird. Das bedeutet eine Verkürzung der Transportwege zwischen Europa und Japan um 7000 Kilometer und um 8000 Kilometer zwischen der Ostküste der USA und China.⁸

3. Anarchie am Nordpol

Zwar gibt es immer wieder Versuche, internationale Auseinandersetzungen, wie derzeit die Gebietsansprüche am Nordpol, durch einen bindenden juristischen

Rahmen zu entschärfen, diese scheitern jedoch meist an den Realitäten staatlicher Interessenspolitik. Wie wenig sich die Großmächte an manch internationale Vereinbarung gebunden fühlen, sollte diese ihren Interessen im Wege stehen, zeigt sich am Beispiel der Antarktis. Trotz des Nicht-Ausbeutungsvertrags am Südpol hat eine Gruppe von Staaten - allen voran Großbritannien - bei der UNO jüngst großflächige Gebietsforderungen eingereicht. Allein dies widerspricht dem von diesen Ländern unterzeichneten Vertrag, dem zufolge der Südpol ein dem Frieden und der Wissenschaft gewidmetes Naturreservat ist und keine neuen territorialen Ansprüche anerkannt werden sollen. 1991 unterzeichneten dieselben Staaten zusätzlich ein Antarktis-Schutzprotokoll, welches naturschädigende Aktivitäten und daher die Ausbeutung von Ressourcen zunächst für 50 Jahre verbietet. Greenpeace sieht im jüngsten Verhalten der Staaten allerdings den Beweis dafür, dass sie sich weniger um Umweltschutz, als vielmehr um ihre zukünftige Versorgung mit Erdöl sorgen.⁹

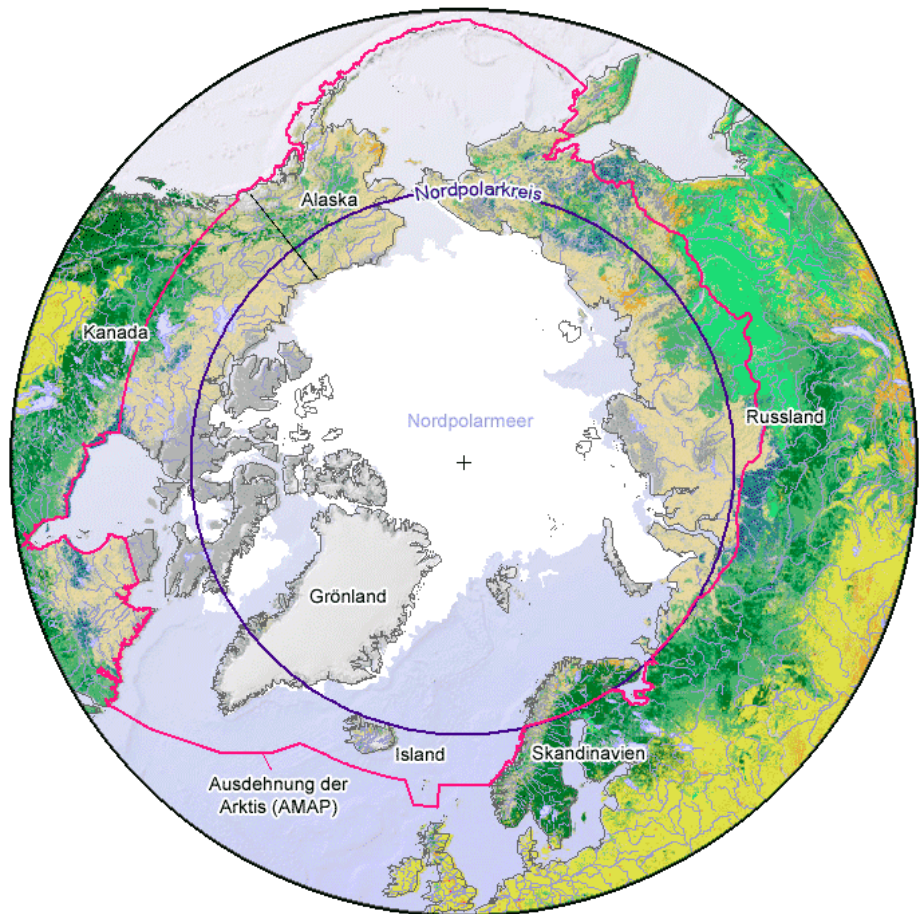
Die Existenz der Vereinten Nationen (UN) im Allgemeinen und von internationalen Abkommen im Besonderen bildet weder einen rechtlich undurchdringlichen Rahmen, noch scheint sie das Verhalten der Staaten für die Zukunft – wie jetzt im Fall des Nordpols – zu prägen. Nach Art. 93 Abs. 1 der UN-Charta unterliegen sämtliche Mitgliedsstaaten – und damit sämtliche Anrainerstaaten der Arktis – zwar automatisch der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes (IGH), allerdings muss dieser vor Eröffnung eines Verfahrens zunächst durch einen Staat angerufen werden. Im Streit um die Gebietsansprüche am Nordpol wäre es denkbar, dass einzelne Staaten ihre Forderungen entgegen der UN-Seerechtskonvention (UNCLOS) unilateral erzwingen. Außer den USA sind sämtliche arktischen Anrainerstaaten an die Konvention gebunden.¹⁰ In der UN-Seerechtskonvention, die Meeresgrund außerhalb nationaler Hoheitsgebiete grundsätzlich zum gemeinsamen Erbe der Menschheit erklärt, ist u.a. die Anerkennung von maritimen Gebietsansprüchen geregelt. So ist festgelegt, dass nationale Hoheitsgewässer eine Ausdehnung von 12 Seemeilen entlang der Küste haben dürfen. Zusätzlich erhalten Küstenstaaten Anspruch auf Ausbeutung der Bodenschätze innerhalb der „Ausschließlichen Wirtschaftszone“ (AWZ), die einen Abstand von 200 Seemeilen zur Küste umfasst. Diese Wirtschaftszone kann jedoch auf Antrag von der UN-Festlandssockelkommission ausgeweitet werden, wenn der geologische Festlandssockel nachweis-

lich über die 200 Seemeilen hinausragt. Der Antrag muss innerhalb von 10 Jahren nach Ratifizierung der UN-Seerechtskonvention durch den jeweiligen Staat erfolgen.¹¹

Selbst im fiktiven Fall einer erfolgreichen Klage vor dem IGH (z.B. wegen widerrechtlicher Ausweitung des Hoheitsgebiets) hat das Gericht keine Möglichkeit, sein Urteil auch durchzusetzen. Gemäß Art. 94 Abs. 2 der UN-Charta kann sich ein Staat bei Missachtung der Gerichtsentcheidung durch die gegnerische Partei an den UN-Sicherheitsrat wenden, welcher weitere Maßnahmen festsetzen kann. Sieht der Sicherheitsrat in der gegebenen Situation eine Gefahr für oder einen Bruch des internationalen Friedens, kann er nach Art. 41 UN-Charta politische und wirtschaftliche Sanktionen verhängen und im Extremfall gemäß Art. 42 sogar militärisch intervenieren. Doch auch hier sind zwei gewichtige Hürden zu überwinden. Ein Beschluss kann nur gefasst werden, wenn sämtliche Mitglieder mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat, darunter die USA und Russland (und durch Frankreich und Großbritannien auch die Europäische Union), positiv abstimmen (Art. 27 Abs. 3 UN-Charta).¹² Es liegt auf der Hand, dass diese Länder ggf. für sie nachteilige Maßnahmen blockieren würden. Dies gilt ebenfalls für Maßnahmen gegen dritte Staaten, sofern diese im selben Zug den Interessen eines permanenten Sicherheitsratsmitglieds entgegenstünden. Entgegen jeder idealistischen Vorstellung belegt die Erfahrung, dass die Mitgliedsstaaten die 1949 in der UN-Charta verankerten Werte bislang keinesfalls umfassend internalisiert haben. Sie akzeptieren die Instrumente der UNO in der Regel nur insoweit, wie ihnen daraus kein Nachteil entsteht, und missbrauchen die Organisation für ihre Interessen, wo immer es ihnen nützt.¹³ Darüber hinaus wäre der Sicherheitsrat selbst im Fall eines Beschlusses von der Unterstützung durch die Mitgliedsstaaten abhängig, da diese eventuelle Sanktionen umsetzen müssten und die UNO außerdem über keine eigenen Truppen verfügt.

4. Der Wettlauf der Anrainer: Begehrlichkeiten auf allen Seiten

Bereits 2001 stellte Russland als erster Staat einen Antrag auf Erweiterung der AWZ bei der UN-Festlandssockelkommission. Dies wurde damit begründet, dass der 2000 Kilometer lange Lomonosov-Rücken, eine unterseeische Gebirgskette zwischen Sibirien und Grönland, zum russischen Festlandssockel gehöre. Aufgrund unzureichender wissenschaftlicher Belege wurde der Antrag jedoch bis auf Weiteres einge-



froren. Mit dem Ziel, den Anforderungen der UN-Kommission bis Ablauf seiner Zehnjahresfrist 2009 durch neues Material gerecht werden zu können, führte Russland im Mai/Juni 2007 eine umfangreiche Forschungs Expedition am Lomonosov-Rücken durch. Internationale Aufmerksamkeit erregte wenig später die Tauchfahrt zweier russischer U-Boote unter dem Nordpol, wo diese am 2. August 2007 symbolisch eine russische Flagge im Meeresgrund verankerten.¹⁴ Schon zuvor hatte der Arktisforscher und stellvertretende Sprecher der Duma, Artur Tchilingarov, erklärt: „Wir werden die Ersten sein, die hier eine Fahne platzieren. Die Arktis gehört uns und wir wollen unsere Anwesenheit demonstrieren.“¹⁵

Während der kanadische Außenminister Peter MacKay die russische Symbolik als Methoden aus dem 15. Jhd. verspottete, kommentierte Kanadas Premierminister Stephen Harper die Vorgänge nüchterner: „Meiner Ansicht nach sind die jüngsten Aktivitäten Russlands ein weiterer Hinweis darauf, dass das internationale Interesse an der Region anwachsen wird.“ Gleichzeitig betonte er, dass auch seine Regierung eine energische Arktis-Politik verfolge.¹⁶ Schon seit geraumer Zeit arbeitet auch Kanada an einem Antrag an die UN-Festlandssockelkommission. Auf dem Spiel steht ein

Gebiet von der Größe der Prärie-Provinzen, das sich nördlich Kanadas Richtung Nordpol erstreckt. Es werden dort Öl- und Gasvorkommen vermutet. Michael Byers vom Lehrstuhl für Globale Politik und Internationales Recht der Universität von British Columbia befürchtet, dass Kanada daran scheitern könnte, seine Ansprüche vor Ablauf seiner Zehnjahresfrist 2013 geltend zu machen.¹⁷ Bereits seit Jahrzehnten währt der Kampf zwischen Kanada und Dänemark um die Mini-Insel Hans, in deren Umfeld dank der Erderwärmung zukünftig Fischfang und ggf. Rohölförderung betrieben werden können. Von wesentlich größerer Bedeutung ist daneben jedoch die kanadische Forderung nach Anerkennung der Nordwestpassage als nationales Hoheitsgewässer.¹⁸

Der Nachbar USA weigert sich nämlich vehement eine derartige Regelung zu akzeptieren und besteht darauf, dass die Nordwestpassage internationales Gewässer sei.¹⁹ Zudem herrscht Uneinigkeit über den US-amerikanisch-kanadischen Grenzverlauf in der Beaufortsee. Auch mit den Russen gibt es Streit um Gebiete in der Beringstrasse zwischen Alaska und Tschukotka.²⁰ Überdies erheben die USA Anspruch auf einen Festlandssockel nördlich von Alaska, der doppelt so groß ist wie Kalifornien. Vom

17. August bis 15. September 2007 führte die dem US-Handelsministerium unterstellte „National Oceanic and Atmospheric Administration“ (NOAA) dort nach 2003 und 2004 eine dritte Forschungsmission mit dem Ziel durch, Material für einen Erweiterungsantrag vor der UN-Festlandsockelkommission zu sammeln. Die Arbeit der NOAA dient dabei nach eigenen Angaben der Steigerung der *wirtschaftlichen und nationalen Sicherheit*.²¹ Damit ein Antrag bei der UN gestellt werden kann, muss der Senat UNCLOS jedoch zunächst ratifizieren. Nachdem Bill Clinton die Konvention 1994 unterzeichnet hatte, war die Ratifizierung im Senat ausgeblieben, da die Mehrheit eine Einschränkung der Souveränität ihres Landes befürchtete. Im Mai 2007 forderte George W. Bush den Senat auf, dieses Versäumnis zu beheben, damit die USA von der Rechtssicherheit einer Festlandsockelerweiterung durch die UN profitieren könne.²² Diese Rechtssicherheit scheint jedoch nicht unabdingbar zu sein. US-Vizeaußenminister John Negroponte unterstrich im September 2007: „Die USA sind bereit, ihr Recht auf die in diesem Festlandssockel liegenden Reserven zu verteidigen.“²³

Nach einer medial kaum beachteten arktischen Forschungsmission im April 2006 schickte auch Dänemark im August 2007 eine – v.a. von den übrigen Anrainerstaaten des Nordpols – interessiert verfolgte Arktis-Expedition ins Rennen. Die Regierung in Kopenhagen hatte die russische Flaggenhissung am Nordpol zwar belächelt,²⁴ dennoch investierte sie über 500 Mio. Dollar in eine Forschungs Expedition. Dänische Wissenschaftler sollten untersuchen, ob der ebenfalls von Russland beanspruchte Lomonosov-Rücken eine Verlängerung des grönländischen Festlandsockels darstellt – und somit zu Dänemark gehört.²⁵ Dänemark hat noch Zeit bis 2014, um einen Erweiterungsantrag bei der UN-Festlandsockelkommission einzureichen.²⁶

Norwegen reichte einen solchen Antrag bereits im November 2006 ein. Im Gegensatz zu den übrigen Arktis-Anrainerstaaten erhebt es allerdings keinen Anspruch auf einen Teil des Nordpols, sondern lediglich auf Gebiete südlich davon im so genannten „Banana Hole“.²⁷ Nichtsdestotrotz existiert ein gewisses Konfliktpotenzial mit Russland, da der Grenzverlauf zwischen beiden Staaten in der ressourcenreichen Barentssee umstritten ist.²⁸

5. Arktische Aufrüstung

Parallel zu seinen wissenschaftlichen Aktivitäten am Nordpol setzt Russland auf militärische Präsenz und materielle Aufrüstung.

Laut Vize-Premierminister Sergei Ivanov nahm die russische Luftflotte Patrouillenflüge „in bestimmten Regionen, in denen wir ökonomische Interessen, einschließlich der Schifffahrt haben“, wieder auf.²⁹ Putin bezeichnete dieses Vorgehen als „Kampfpatrouillen mit strategischem Charakter.“³⁰ Betroffen ist in erster Linie die Arktis, aber auch Aktivitäten an der Grenze zu Norwegen. Dieses schickte innerhalb von fünf Monaten 18 Mal Jagdflugzeuge los, um russische Bomber in Grenznähe zu identifizieren.³¹ Und auch langfristig hat Russland Großes vor. Der Chef der russischen Seestreitkräfte, Vladimir Massorin, kündigte an, in 20 Jahren werde die russische Marine die zweitstärkste der Welt sein. Auch wenn seine Behauptung, Russland werde dann über nicht weniger als sechs Flugzeugträger-Kampfgruppen verfügen etwas hochgegriffen erscheint, steht fest, dass die Regierung ihre Seestreitkräfte massiv aufstocken will. Bis 2015 sollen 140 Mrd. Euro in die Wiederaufrüstung fließen, davon ein Viertel in den Bau neuer Schiffe. Laut Ivanov soll die Produktion von Kriegsschiffen bis 2050 um 50% steigen.³² Bislang verfügt Russland über sechs Eisbrecher, die ganzjährig einsatzbereit sind.³³ In Anbetracht der jüngsten Ereignisse folgert Pavel Baev, Forscher am Internationalen Friedensforschungsinstitut in Oslo (PRIO): „Die Arktis wird als geopolitische Frontlinie (Frontier) empfunden, wo Russland seine Wettbewerbsvorteile nutzen und seine Ansprüche anmelden sollte, da die Bereitschaft, seine eigenen Interessen zu fördern, selbst wenn sie nicht unmittelbarer Natur sind, als zusätzliche Machtquelle angesehen wird.“³⁴ Die Regierungszeitung „Rossijskaja Gaseta“ sieht in der Aufteilung der Arktis gar den Beginn einer Neuaufteilung der Welt.³⁵

Auch in Kanada macht man sich Sorgen um seinen Stand im Kampf um die Arktis. So bemängelte die „Vancouver Sun“ im August 2007, „unsere Rivalen in der Region sind alle besser positioniert als wir“,³⁶ und kreierte der Regierung Jahrzehnte vermisster Chance an. Harper tat unterdessen kund, Ziel Kanadas sei eine „reale, wachsende und langfristige [...] Präsenz in der Arktis.“³⁷ Im Rahmen des bereits 2006 gestarteten Arktik-Plans kündigte er den Bau eines vier Mio. Dollar teuren Militärtrainingszentrums in der 600 Kilometer vom Nordpol entfernten Resolute Bay an der Nordwestpassage an. In Nanisivik im Norden der Baffin-Insel soll außerdem der erste kanadische Tiefseehafen errichtet werden. Ergänzt werden diese Projekte von der geplanten Aufstockung der Canadian Rangers um 900 auf 5000 Einsatzkräfte. Diese Inuit-Truppe bewachte schon im Kalten Krieg

den zugefrorenen Seeweg zwischen ihrem Land und der UdSSR. Zusätzlich will die Regierung rund fünf Mrd. Euro für den Bau von bis zu acht geschützbestückten Patrouillenschiffen für die Überwachung der Nordwestpassage ausgeben. Der 2006 angekündigte Bau von drei Eisbrechern ist zwar vorerst vom Tisch.³⁸ Nichtsdestotrotz deklarierte Harper: „Bei der Verteidigung der Souveränität unseres Landes ist nichts so wichtig wie der Schutz von Kanadas territorialer Integrität.“³⁹ Die Notwendigkeit diese Integrität zu verteidigen sei nie drängender gewesen. Dabei verwies er auch auf die steigenden Öl-, Gas- und Mineralienpreise.⁴⁰

Schon 2006 hatten die USA anvisiert, zum Schutz ihrer Interessen in Arktis und Antarktis zwei neue Eisbrecher anzuschaffen⁴¹ – zunächst folgenlos. Unter dem zunehmenden Eindruck der Dringlichkeit haben die USA dann 2007 die Entwicklung neuer Eisbrecher der Polarklasse zu einer nationalen Priorität erklärt.⁴² Die Regierung plant mittlerweile den Ankauf von drei neuen Eisbrechern. Zudem erwägt der Kongress eine Etaterhöhung der Küstenwache um 17 Mio. Dollar.⁴³

Dänemark und Norwegen hingegen verhalten sich zurückhaltend und werben um eine friedliche Beilegung des Konflikts. Norwegen wirft Russland aggressives Militärgeschehen vor und sieht im Nachbarland eine militärische Bedrohung. Auch der Oberbefehlshaber der norwegischen Armee, Sverre Diesen, vermutet, der Ressourcenkampf in der Arktis könne zu militärischen Konflikten mit Russland führen.⁴⁴ Anstatt wie Russland, Kanada und die USA aufzurüsten, fordert Norwegens Regierung die strikte Einhaltung der Mechanismen der UN-Seerechtskonvention.⁴⁵ Und auch aus Dänemark sind trotz Gebietsanspruch versöhnliche Töne zu vernehmen. Der dänische Ministerpräsident, Anders Fogh Rasmussen, ließ im August 2007 verlauten, dass der Nordpol seiner Ansicht nach der Weltgesellschaft gehöre.⁴⁶ Wenig später lud Dänemark die Anrainerstaaten der Arktis zu einem Treffen in Grönland im Mai 2008 ein, bei dem die Besitzansprüche einvernehmlich geklärt werden sollen.⁴⁷

Möglicherweise wird diese diplomatische Herangehensweise in absehbarer Zeit einer eigensinnigeren Haltung weichen. Die Europäische Union könnte sich Dänemarks als eine Art Trojanisches Pferd für den Zugang zu den arktischen Reserven bedienen. So legte der EU-Außenbeauftragte zusammen mit der EU-Kommission unlängst eine Studie zu den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels vor. Ein spezielles Augenmerk wird darin

auf die wachsende geopolitische Konkurrenz um Energieressourcen in der arktischen Region gelegt: „Als Resultat der globalen Erwärmung werden die Polarregionen ausbeutbar. [...] Da vormals unzugängliche Regionen aufgrund der Auswirkungen des Klimateffekts geöffnet werden, werden sich die Auseinandersetzungen um Ressourcen verschärfen. [...] Das rapide Abschmelzen der Polkappen, besonders die Arktis, öffnet neue Wasserwege und internationale Handelsrouten. Darüber hinaus verändern die verbesserten Zugriffsmöglichkeiten auf die riesigen Hydrokarbonreserven in der arktischen Region die geostrategische Dynamik in der Region und haben möglicherweise Auswirkungen auf die internationale Stabilität und europäische Sicherheitsinteressen.“ Vor diesem Hintergrund fordert die Studie, „eine EU-Arktispolitik, basierend auf der sich herausbildenden Geostrategie für die arktische Region zu entwickeln, die u.a. den Zugang zu Ressourcen und die Öffnung neuer Handelsrouten berücksichtigt.“⁴⁸

6. Fazit und Ausblick

Die geopolitische Auseinandersetzung in der arktischen Region entwickelte in jüngster Zeit eine unerwartete Dynamik. Wenn Russland, Kanada und Dänemark ihre Gebietsansprüche in der Polarregion mit Flaggen markieren, ist dies zwar rechtlich unerheblich, aber dennoch ein Symbol für anhaltende Machtpolitik.⁴⁹ Die Flaggenhissung der Russen am Nordpol hat

internationalen Aktionismus in Bezug auf die Anerkennung territorialer Ansprüche ausgelöst. Russland, Kanada und die USA tun sich dabei gegenüber Norwegen und Dänemark durch offensive Aufrüstungsbestrebungen hervor.

Wie könnte sich das Szenario am Nordpol zukünftig entwickeln? Die Erfolgchancen, sich im Machtkampf durchzusetzen, scheinen für Russland, Kanada und die USA am aussichtsreichsten zu sein. Eine solche Tripolarität am Nordpol wäre allerdings ein wahrscheinlicher Auftakt zu einer weiter voranschreitenden Militarisierung der Arktis und Unruhen im internationalen System. Die sich abzeichnende, künftig offensivere Einmischung der Europäischen Union dürfte das Ihrige dazu tun.

Andersartige Konstellationen zeichnen sich derzeit nicht ab. Zumindest theoretisch bestünde zwar die Möglichkeit, dass sich die Staaten plötzlich entscheiden, dem Klimawandel vehement entgegenzutreten und die Arktis analog zum Südpol zu einem nicht reklamierbaren Naturschutzgebiet erklären. Im Augenblick ist hierfür aber kaum politischer Wille erkennbar und gerade das Beispiel Südpol stimmt pessimistisch bzgl. der Möglichkeiten einer rechtlichen Einhegung staatlicher Interessenspolitik. Aus diesem Grund sollten die Arktis und die dortigen Entwicklungen weiterhin genau beobachtet werden.

Anmerkungen

¹ Pany, Thomas: Tödliche Koalition. Wie ein Ölgigant und das American Enterprise Insti-

tute Stimmung gegen den UN-Klimabericht machen. In: Telepolis, 02.02.2007, URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24567/1.html> (Zugriff: 14.03.2008); zu den Auswirkungen des Klimawandels siehe ohne Autor: Klimawandel ist nicht zu stoppen. Zweiter Teil der UN-Klimastudie. In: tagesschau.de, 02.03.2007, URL: <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung53144.html> (Zugriff: 14.3.2008).

² Die USA hatten versucht über das American Enterprise Institute, einen u.a. vom Erdölgiganten ExxonMobile gesponsort und mit Mitgliedern der Bush-Regierung durchsetzten ThinkTank, Experten zur Diskreditierung des Klimaberichts zu bewegen. Da der Bericht offenbar dennoch zu deutlich ausfiel, ließ Bush kurz vor Veröffentlichung einige kritische Passagen streichen. China bestand ebenfalls auf gewisse Streichungen und auch Saudi-Arabien wird nachgesagt, die Konferenz durch solche Zensurforderungen aufgehalten zu haben. Siehe Pany, Tödliche Koalition; ohne Autor: Bush lässt UNO-Klimabericht entschärfen. In: Spiegel Online, 06.04.2007, URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,476040,00.html> (Zugriff: 14.03.2008).

³ Frei, Elaine: Oil hits \$100 per barrel in New York. In: Oil Marketer, 02.01.2008, URL: <http://www.oilmarketer.co.uk/2008/01/02/oil-hits-100-per-barrel-in-new-york/> (Zugriff: 06.01.2008).

⁴ Hollstein, Miriam/Quiring, Manfred: Eiskalter Krieg um arktische Bodenschätze. In: Welt Online, 04.08.2007, URL: http://www.welt.de/politik/article1080757/Eiskalter_Krieg_um_arktische_Bodenschaeetze.html (Zugriff: 06.01.2008).

⁵ Ehrenstein, Claudia: Die Jagd auf Deutschlands versteckte Ölquellen. In: Welt Online, 10.11.2007, URL: <http://www.welt.de/wirt->

DU-Munition verbieten!

Depleted Uranium oder abgereichertes Uran wird von vielen und vor allem westlichen Staaten als Munition in ihren Kriegen benutzt, weil DU eine starke Durchschlagskraft vor allem gegen Panzer hat. Doch DU-Munition ist sowohl chemisch hochgiftig – also toxisch – als auch radioaktiv. DU-Munition ist auch ein Abfallprodukt der Atomindustrie, das bei der Anreicherung von Uran oder bei der Atomwaffenproduktion anfällt. Auch darin, in der Nutzung von Atomenergie, liegt das Problem.

DU-Munition hat Langzeitwirkung. DU wird bei hohen Temperaturen beim Auftreffen auf ein festes Ziel freigesetzt und verbrennt zu DU-Oxyd, und es entsteht feiner alpha-radioaktiver toxischer Staub, der leicht inhaliert und durch Wind und Wasser verbreitet werden kann. Dieser Staub ist aus der Umwelt schwer zu beseitigen und setzt sich bei Einatmung in den Lungen fest. Es gibt das Golfkrieg-Syndrom, das Balkan-Syndrom, und es ist immer wieder das gleiche

Phänomen festzustellen, dass Soldaten offensichtlich Krebs bekommen, zum Beispiel Lungenkrebs. Es gibt auch eine Zunahme derartiger Krebsphänomene bei der Bevölkerung in den Gebieten, wo diese Waffen eingesetzt wurden.

Interessant ist, dass DU-Munition als solche eine sehr geringe militärische Effektivität hat, aber sehr viele nicht kalkulierbare Risiken aufweist. Die NATO hat im Angriffskrieg gegen Jugoslawien DU-Munition eingesetzt. Im Irak hat die US-Armee DU-Munition eingesetzt – insgesamt 300 Tonnen. Es gibt eine erhöhte Anzahl missgebildeter Kinder, insbesondere in Bagdad. Die Regierung von Afghanistan hat jetzt eine Untersuchung über den Einsatz von DU-Munition in Afghanistan gefordert, und sie sagt, dass das US-Militär sie nicht darüber informiert habe, dass DU-Munition vor allem im Osten Afghanistans eingesetzt wurde. Im Libanon-Krieg wurde DU-Munition insbesondere von Israel eingesetzt, und im ersten Golf-Krieg

wurde DU-Munition auch sehr umfangreich eingesetzt. Es ist die Rede von 66.000 kontaminierten Soldaten.

Das Problem ist offensichtlich. Inzwischen bekommen die ersten Veteranen Kriegsrenten als Folge dieser DU-Munition, zum Beispiel Kenny Duncan aus Großbritannien. Wenn DU-Munition Kosmetik wäre oder etwa ein Stoff in Verbindung mit Nahrungsmitteln, so wäre sie schon längst verboten. Soldaten werden angewiesen, Schutzanzüge anzuziehen, wenn sie mit DU-Munition zu tun haben. Die Soldatenvereinigung EUROMIL fordert ein Verbot dieser Waffen. Belgien hat DU-Munition verboten. Gratulation hierzul! Bei der Abstimmung im Abrüstungsausschuss der Vereinten Nationen waren 122 Länder dafür, 35 Länder enthielten sich, 6 waren dagegen, darunter Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Tschechien. Was wir brauchen, ist ein Verbot des Einsatzes, der Lagerung und der Produktion von DU-Munition. *Tobias Pflüger*

- schaft/article1350102/Die_Jagd_auf_Deutschlands_versteckte_Oelquellen.html (Zugriff: 17.03.2008).
- ⁶ Vgl. Braune, Gerd: Eiskalter Wettlauf. Bodenschätze in der Arktis. In: Handelsblatt.com, 01.10.2007, URL: http://www.handelsblatt.com/News/Technologie/Energie-Umwelt/_pv/_p/303081/_t/ft/_b/1326538/default.aspx/eiskalter-wettlauf.html (Zugriff: 17.03.2008).
- ⁷ Engel, Michael/Wagner, Marc-Christoph: Schätze unter dem Eis. Der Kampf um die Rohstoffe in den Polargebieten. In: dradio.de, 09.02.2008, URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/737487/> (Zugriff: 17.03.2008).
- ⁸ Kopp, Dominique: Kalter Krieg unter dem Packeis, übers. von Barbara Kleiner. In: Le Monde diplomatique, 14.09.2007, URL: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2007/9/14.mondeText.artikel,a0039.idx,11> (Zugriff: 06.01.2008).
- ⁹ Dambeck, Holger: Großbritannien beansprucht riesigen Teil der Antarktis. In: Spiegel Online, 17.10.2007, URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,511981,00.html> (Zugriff: 6.1.2008); ohne Autor: UK looks to make Antarctica claim. In: BBC News, 17.10.2007, URL: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/7048237.stm> (Zugriff: 06.01.2008).
- ¹⁰ Ohne Autor: Status of the United Nations Convention on the Law of the Sea, of the Agreement relating to the implementation of Part XI of the Convention and of the Agreement for the implementation of the provisions of the Convention relating to the conservation and management of straddling fish stocks and highly migratory fish stocks. In: UN Division for Ocean Affairs and the Law of the Sea, URL: http://www.un.org/Depts/los/reference_files/status2007.pdf (Zugriff: 15.03.2008).
- ¹¹ Kopp, Kalter Krieg unter dem Packeis. Zur Zehnjahresfrist siehe ohne Autor: Seerecht und Nordpolarmeer. Der Festlandsokkel Norwegens erstreckt sich nicht bis zum Nordpol. In: Kgl. Norwegische Botschaft Berlin. Die offizielle Seite in Deutschland, 30.08.2007, URL: <http://www.norwegen.no/policy/nordgebiete/searights.htm> (Zugriff: 06.01.2008).
- ¹² Ohne Autor: Charter of the United Nations. In: UN, URL: <http://www.un.org/aboutun/charter/> (Zugriff: 15.03.2008).
- ¹³ Vgl. Teitelbaum, Alejandro: La Double Face de l'ONU. Organisation des Nations Unies ou Organisation des Etats(-)Unis (d'Amérique)?, S. 59-64. In: ONU – Droits pour tous ou loi du plus fort? Regards militants sur les Nations Unies, Genf 2005, S. 59-69. Neben der Instrumentalisierung der UNO durch Mitgliedstaaten allgemein betont Teitelbaum ihren Missbrauch durch die USA im Rahmen des Irakkriegs.
- ¹⁴ Vgl. Baev, Pavel: Russia's Race for the Arctic and the New Geopolitics of the North Pole. In: The Jamestown Foundation Occasional Papers, Oktober 2007, URL: <http://www.jamestown.org/docs/Jamestown-BaevRussiaArctic.pdf> (Zugriff: 15.03.2008), S.3-5; Kopp, Kalter Krieg unter dem Packeis; Alexander, Dietrich: Wem gehört eigentlich der Nordpol? Konflikt um die Arktis. In: Welt Online, 20.08.2007, URL: <http://www.welt.de/politik/article1121213/>
- Wem_gehoert_eigentlich_der_Nordpol.html (Zugriff: 06.01.2008).
- ¹⁵ Lagorio, Christine/Rungg, Andrea: Dossier Kanada verteidigt Arktis gegen Russland. In: Financial Times Deutschland, 10.08.2007, URL: www.ftd.de/politik/international/237287.htm (Zugriff: 06.01.2008).
- ¹⁶ Ohne Autor: Canada PM asserts Arctic claims. In: BBC News, 10.08.2007, URL: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/6939732.stm> (Zugriff: 15.03.2008).
- ¹⁷ Ohne Autor: Canada running out of time on Arctic claim, expert warns. In: CBC News, 27.07.2007, URL: <http://www.cbc.ca/canada/north/story/2007/07/27/arctic-claim.html> (Zugriff: 06.01.2008).
- ¹⁸ Heine, Hannes: Streit um die Nordwestpassage. In: Telepolis, 27.03.2006, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22327/1.html> (Zugriff: 15.03.2008).
- ¹⁹ Ebd.
- ²⁰ Hecking, Claus/Ryba Andrzej: Dossier Das Eis ist heiß. In: Financial Times Deutschland, 14.08.2007, URL: <http://www.ftd.de/politik/international/238395.html> (Zugriff: letzter Zugriff: 14.01.2008).
- ²¹ Ohne Autor: NOAA Coast Survey Continues Sea Floor Mapping Expedition in the Arctic. In: NOAA, 13.08.2007, URL: http://oceanservice.noaa.gov/news/pressreleases/aug07/supp_081307b.html (Zugriff: 06.01.2008).
- ²² Ebd.; Porter, Keith: Law of the Sea Treaty. No More „Wild West“ on the „High Seas“. In: About.com, 04.09.2007, URL: <http://usforeignpolicy.about.com/od/unitednations/a/lawof-seatreaty.htm> (Zugriff: 06.01.2008).
- ²³ Ohne Autor: USA beanspruchen Arktis-Öl und -Gas 960 Kilometer von der Alaska-Küste entfernt. In: RIA Novosti, 28.09.2007, URL: <http://de.rian.ru/science/20070928/81467941.html> (Zugriff: 06.01.2008).
- ²⁴ Ohne Autor: Rivalen sauer wegen Russlands Tauchfahrt. In: Spiegel Online, 02.08.2007, URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,497900,00.html> (Zugriff: 17.03.2008).
- ²⁵ Vgl. Kroker, Holger: Gehört die Arktis zu Dänemark? In: Welt Online, 14.08.2007, URL: http://www.welt.de/wissenschaft/article1105542/Gehoert_die_Arktis_zu_Daenemark.html (Zugriff: 06.01.2008); Lagorio/Rungg, Dossier Kanada verteidigt Arktis gegen Russland.
- ²⁶ Alexander, Wem gehört eigentlich der Nordpol?.
- ²⁷ Ohne Autor: Seerecht und Nordpolarmeer.
- ²⁸ Giles, Keir/Smith, Mark A.: Russia and the Arctic. The „Last Dash North“, S.6. In: Defence Academy of the United Kingdom. Advanced Research and Assessment Group. Russian Series, September 2007, URL: [www.defac.ac.uk/colleges/csrc/document-listings/russian/07\(26\)MAS-KG.pdf](http://www.defac.ac.uk/colleges/csrc/document-listings/russian/07(26)MAS-KG.pdf) (Zugriff: 17.03.2008).
- ²⁹ Baev, Russias Race for the Arctic, S. 8.
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ Ohne Autor: Norwegen zweifelt bei Konflikt mit Russland an Nato-Unterstützung. In: Spiegel Online, 14.09.2007, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,507539,00.html> (Zugriff: 17.03.2008).
- ³² Ohne Autor: Angst vor Kaltem Krieg in der Arktis. In: Spiegel Online, 01.08.2007, URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,497513,00.html> (Zugriff: 17.03.2008).
- ³³ Kopp, Kalter Krieg unter dem Packeis.
- ³⁴ Baev, Russia's Race for the Arctic, S. 11.
- ³⁵ Hollstein/Quiring, Eiskalter Krieg um arktische Bodenschätze.
- ³⁶ Gärtner, Markus: Kanada bedauert seine taktischen Fehler. In: Welt Online, 20.08.2007, URL: http://www.welt.de/politik/article1121279/Kanada_bedauert_seine_taktischen_Fehler.html (Zugriff: 17.03.2008).
- ³⁷ Ebd.
- ³⁸ Vgl. Ebd.; Kopp, Kalter Krieg unter dem Packeis; ohne Autor, Angst vor Kaltem Krieg in der Arktis.
- ³⁹ Ohne Autor, Angst vor Kaltem Krieg in der Arktis.
- ⁴⁰ Ebd.; Lagorio/Rungg, Dossier Kanada verteidigt Arktis gegen Russland.
- ⁴¹ Ohne Autor: Two new polar icebreakers needed to protect U.S. presence and protect interests in Arctic and Antarctica. In: The National Academies News, 26.09.2006, URL: <http://www8.nationalacademies.org/onpinews/newsitem.aspx?RecordID=11753> (Zugriff: 17.03.2008).
- ⁴² Vgl. Porter, No More „Wild West“ on the „High Seas“; Gärtner, Kanada bedauert seine taktischen Fehler.
- ⁴³ Kopp, Kalter Krieg unter dem Packeis.
- ⁴⁴ Ohne Autor: Norwegen zweifelt bei Konflikt mit Russland um NATO Unterstützung.
- ⁴⁵ Ohne Autor: Norwegens Außenminister: Aufteilung des Arktis-Schelfs nur entsprechend UN-Konvention. In: RIA Novosti, 21.11.2007, URL: <http://de.rian.ru/business/20071121/88947619.html> (Zugriff: 17.03.2008).
- ⁴⁶ Bomsdorf, Clemens: Dänemark reklamiert die Arktis über Grönland für sich. In: Welt Online, 20.08.2007, URL: http://www.welt.de/politik/article1121356/Daenemark_reklamiert_die_Arktis_ueber_Groenland_fuer_sich.html (Zugriff: 06.01.2008).
- ⁴⁷ Ohne Autor: Dänemark lädt zu Treffen über Besitzrechte in der Arktis ein. In: Nachrichten.ch, 14.09.2007, URL: <http://www.nachrichten.ch/detail/287077.htm> (Zugriff: 06.01.2008).
- ⁴⁸ Climate Change and International Security, Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council, S113/08, 14.03.2008, URL: http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Council_Conclusions/March/0314ECpresidency_conclusions.pdf (Zugriff: 14.04.2008).
- ⁴⁹ Russland stellte Anfang August 2007 eine Flagge am Nordpol auf. Dänemark und Kanada streiten sich um die Mini-Insel Hans und histen dort respektiv 1984 und 2005 ihre Nationalflagge. Ohne Autor: Russen setzen Fahne am Nordpol. In: Spiegel Online, 02.08.2007, URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,497827,00.html> (Zugriff: 14.03.2008); ohne Autor: Auch Kanada nimmt den hohen Norden ins Visier. In: Spiegel Online, 09.08.2007, URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,499115,00.html> (Zugriff: 14.03.2008).

Humanitäre Heuchelei

Myanmar als Türöffner für Humanitäre Interventionen und die Militarisierung des Katastrophenschutzes

von Jürgen Wagner

Eigentlich ist die humanitäre Nothilfe im Katastrophenfall zu strikter Neutralität verpflichtet, weshalb Forderungen, ihr gegebenenfalls den Weg buchstäblich freizuschließen, einen Widerspruch in sich darstellen. Nachdem das Militärregime in Myanmar (Birma) sich jedoch weigerte, humanitäre Helfer zur Versorgung der zahlreichen Opfer des Zyklons „Nargis“, der Anfang Mai weit über 100.000 Todesopfer gefordert hatte, ins Land zu lassen, wurde nichtsdestotrotz genau so argumentiert: „man“ – also der Westen – sei nun befugt, mit Gewalt Gutes zu tun.

Selbstverständlich ist es schockierend, wie kaltschnäuzig das dortige Militärregime lange Zeit die eigene Bevölkerung sterben ließ, indem humanitären Helfern der Zutritt untersagt wurde. Andererseits wird jedoch geflissentlich ausgeblendet, dass die westliche Politik hieran alles andere als unschuldig war. Denn die Machthaber in Myanmar lehnten keineswegs grundsätzlich jedwede Hilfe ab, sie befürchteten jedoch, dass die militärische Flankierung der Nothilfe ein willkommenes Vorwand darstellte, um das Militärregime zu Fall zu bringen.¹ Die Tatsache, dass vor allem aus US-Kreisen offen gefordert wurde, nun die Gelegenheit beim Schopfe zu packen und einen „Regime Change“ herbeizuführen, trug somit maßgeblich zur harten Haltung der dortigen Staatsmacht bei und zeigt zudem, wie wenig es bei der ganzen Auseinandersetzung letztlich darum ging, notleidenden Menschen effektiv zu helfen.

Tatsächlich verfolgt die „westliche Staatengemeinschaft“ vor allem drei Ziele. Erstens haben vor allem die USA geostrategische Interessen in Chinas Hinterhof im Auge. Zweitens wurde versucht die „humanitäre Intervention“ (im Neusprech: Responsibility to Protect – R₂P) endgültig als (westliches) Gewohnheitsrecht zu etablieren und so das in der UN-Charta verankerte Nicht-Einmischungsgebot auszuhebeln. Dies soll es künftig ermöglichen, renitente Staaten nahezu beliebig militärisch abstrafen zu können – wohlgermerkt auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates. Schließlich soll drittens, auf Grundlage der neueren Debatte die ohnehin begonnene Militarisierung des

EU-Katastrophenschutzes weiter vorangetrieben werden.

USA: Regime Change am geostrategischen Nadelöhr

Das Militärregime in Myanmar ist seit 1962 an der Macht. Es unterdrückt die Bevölkerung auf brutale Weise und geht äußerst repressiv gegen jegliche Form von Widerstand vor. Dies hat allerdings weder die USA noch Deutschland lange Zeit davon abgehalten, das Regime zu stärken. So belieferte Heckler & Koch die Armee ebenso mit dem Schnellfeuergewehr G3 wie die Firma Rheinmetall, die zusätzlich auch MG42 Maschinengewehre lieferte. Von deutscher Regierungsseite führte lange Zeit keine noch so blutige Aktion des Militärs zu einem Exportverbot: „Weder der eskalierende Guerillakrieg noch die blutige Niederschlagung friedlicher Proteste in Rangun 1974 beeindruckten die Bonner Exportkontrolleure.“²

Erst nachdem China, das zuvor auf einen Sturz des Militärregimes hingearbeitet hatte, begann, mit ihm zu kooperieren, kam es zu einem Kurswechsel: „Der umfassende chinesischen Weichenstellung der 1980er Jahre, die auch andere Politikfelder betraf und erkennbar einen weltpolitischen Aufstieg Beijings zum Ziel hatte, folgte eine außenpolitische Kursänderung im Westen. So werden seit Mitte der 1980er Jahre nicht nur antichinesische Kräfte in der erstarken Volksrepublik selbst gefördert (unter anderem Tibet), sondern etwa auch in Myanmar.“³ Die blutige Niederschlagung von Studentenunruhen im Jahr 1988, bei denen Tausende mithilfe deutscher Waffen niedergemetzelt wurden, diente als Anlass, um nun auch offiziell mit dem Regime zu brechen.

Vor diesem Hintergrund hat vor allem die US-Regierung seit Längerem ein Interesse daran, mit einem Regimewechsel in Myanmar einen wichtigen Verbündeten Pekings in der Region aus dem Spiel zu nehmen. Zudem ist das Land für China auch als Transitgebiet für den Handel mit Indien und als Rohstofflieferant von gewisser Bedeutung.⁴ Vor allem liegt es aber an einem der wichtigsten Nadelöhere der Weltschifffahrt,

der Straße von Malakka, durch die täglich 80% des chinesischen Ölbedarfs geschleust wird. Da die Etablierung eines freundlich gesinnten Regimes – ganz zu schweigen von der Errichtung von Militärbasen – also für die US-Regierung von einigem Interesse ist, arbeitet sie schon seit einiger Zeit immer offener auf dieses Ziel hin. Wie so häufig setzt sie hierfür auf das „National Endowment for Democracy“ (NED), eine quasi staatliche Institution zur Destabilisierung Anti-amerikanischer Regierungen. So schreibt der Journalist William Engdahl: „Das US-Außenministerium hat zentrale Oppositionsführer von zahlreichen anti-Regierungsorganisationen in Myanmar rekrutiert und trainiert. Seit 2003 haben die USA dem National Endowment for Democracy mehr als \$2.5 Mio im Jahr für Aktivitäten zur Förderung eines Regimewechsels in Myanmar bereitgestellt.“⁵

Dass die Befehlshaber in Myanmar sämtlichen westlichen Akteuren extrem misstrauisch gegenüberstehen, ist vor diesem Hintergrund wenigstens halbwegs verständlich. Anstatt eine Militärintervention grundsätzlich auszuschließen, wurde dieses Misstrauen durch die offenen Interventionsdrohungen weiter verstärkt. Dies diente wiederum als Anlass für Forderungen, die „Hilfslieferungen“ militärisch durchzusetzen und hierdurch „der Junta einen schweren politischen Schlag zu versetzen“, wie es der einflussreiche Publizist Robert Kaplan formulierte. Nach der Militärintervention müsse das Land, so Kaplan weiter, von amerikanischen Truppen besetzt werden: „Da eine humanitäre Invasion letztendlich zum Kollaps des Regimes führen könnte, müssten wir anschließend eine weit gehende Verantwortung akzeptieren.“⁶ Diese Sichtweise wird offenbar auch in hohen Regierungskreisen geteilt. So wird ein Diplomat aus dem Umfeld des US-Botschafters bei den Vereinten Nationen, Zalmay Khalilzad, mit folgenden Worten zitiert: „Wir versuchen ihren Untergang zu beschleunigen.“⁷ Dass die US-Regierung darüber hinaus frühzeitig den mit Marschflugkörpern ausgerüsteten Zerstörer USS *Mustin* in die Region beorderte und ihn von drei Schiffen der Kampfgruppe Essex flankieren ließ, diente hier sicherlich auch nicht gerade als vertrauensbildende Maßnahme. Zugleich wurden Helikopter der Air Force für eine mögliche Luftbrücke nach Thailand verlegt.⁸ Ganz so hemdsärmelig wie in den USA traut sich in Europa (noch) niemand, militärische Interventionen mit der Notwendigkeit zur Durchsetzung ökonomischer und strategischer Interessen zu begründen – hierfür braucht es ein humanitäres Gewand.

R₂P und das Ende des Nicht-Einmischungsgebots

Da die UN-Charta militärische Interventionen eigentlich kategorisch verbietet⁹ und nur zwei eng gefasste Ausnahmetatbestände für die Anwendung von Gewalt vorsieht – zur Selbstverteidigung und bei einer Bedrohung des Weltfriedens (zuvor müssen jedoch sämtliche anderen Mittel ausgeschöpft werden) – wird seit mehreren Jahren versucht, dieses Nicht-Einmischungsgebot auszuhöhlen.

Erreicht werden soll dies vor allem, indem mit den so genannten humanitären Interventionen eine weitere Option etabliert wird, um künftig „völkerrechtskonform“ in fremde Länder einfallen zu können. Dies erfordert jedoch eine Neu-Definition des in der UN-Charta verankerten staatlichen Souveränitätsrechts. Erste Überlegungen hierzu wurden bereits Mitte der 90er angestellt.¹⁰ Nach der „humanitären Intervention“ in Form des Angriffskriegs gegen Jugoslawien im Jahr 1999 betonte UN-Generalsekretär Kofi Annan bei zwei Auftritten vor der Generalversammlung (1999 und 2000) die Notwendigkeit, das Nicht-Einmischungsgebot in seiner bisherigen engen Auslegung zu überdenken.

Daraufhin übernahm die kanadische Regierung im September 2000 die Initiative, indem sie die „International Commission on Intervention and State Sovereignty“ (ICISS) ins Leben rief. Der ICISS-Bericht wurde schließlich Ende 2001 unter dem Titel „The Responsibility to Protect“ veröffentlicht. Der Kernpunkt des Berichts besteht in seiner Forderung, das staatliche Souveränitätsrecht – und damit auch der hieraus abgeleitete weit gehende Schutz vor einer Gewaltanwendung anderer Staaten bzw. der „internationalen Gemeinschaft“ – solle nicht mehr uneingeschränkt für alle Mitglieder der Vereinten Nationen gelten. Souveränität solle künftig vielmehr eine Art Lizenz darstellen, die bei Verstoß gegen verschiedene Normen und Werte jederzeit wieder entzogen werden kann. Ein Staat, der nicht fähig oder willens sei, den Schutz seiner Zivilbevölkerung zu gewährleisten, könne nicht als souverän gelten und demzufolge auch nicht in den Genuss des Nicht-Einmischungsgebots kommen. Vielmehr sei in einem solchen Fall die „internationale Gemeinschaft“ verpflichtet, notfalls militärisch für Ordnung zu sorgen.¹¹

Der zweite wichtige Aspekt des ICISS-Reports war, dass vorgeschlagen wurde, derartige humanitäre Interventionen von einem Mandat des UN-Sicherheitsrates abzukoppeln: „Aufgrund der früheren Unfähigkeit oder Unwilligkeit des Sicherheitsrates, die an ihn gesetzten Erwartungen zu

erfüllen, ist es schwierig zu argumentieren, dass alternative Maßnahmen, der Responsibility to Protect Geltung zu verschaffen, völlig außer acht gelassen werden können, sollte der Sicherheitsrat explizit einen Vorschlag für eine Intervention ablehnen, in der humanitäre oder menschenrechtliche Fragen eine erhebliche Rolle spielen oder in denen der Sicherheitsrat es versäumt, sich mit solch einem Vorschlag in einem vernünftigen Zeitrahmen zu befassen.“¹²

Einer solch weit gehenden Selbstentmachtung wollten die Vereinten Nationen jedoch nicht zustimmen, die Ermächtigung zur Intervention wurde in den Folgeberichten explizit an ein Mandat des Sicherheitsrates gekoppelt. Das Grundkonstrukt der R₂P wurde jedoch vollständig übernommen. Es fand sowohl Eingang in den Bericht der eingesetzten Expertengruppe zur Reform der UNO als auch in den Report des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan zum selben Thema.¹³ Schließlich wurde die R₂P im September 2005 auf dem Treffen der UN-Generalversammlung in das Abschlussdokument aufgenommen: „Jeder einzelne Staat hat die Verpflichtung, seine Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.“¹⁴ Sollte ein Staat dieser Verpflichtung nicht nachkommen, sei der Sicherheitsrat nun auch befugt, militärische Maßnahmen zu ergreifen, um in innerstaatliche Konflikte einzugreifen, auch wenn diese keine Bedrohung des Weltfriedens darstellen. Zwar stellt die Responsibility to Protect damit noch kein geltendes Völkerrecht dar, sollte sie aber in der Praxis Schule machen, könnte sie sich sukzessive als Gewohnheitsrecht etablieren.

Seit dem Beschluss der Generalversammlung werden Militärinterventionen immer häufiger unter Bezugnahme auf die Responsibility to Protect eingefordert.¹⁵ Zuletzt war sie das omnipräsente Legitimationskonstrukt für ein militärisches Eingreifen in Myanmar.

Interventionsgebrüll im humanitären R₂P-Gewand

Seit Jahren erweist sich der einstige Mitbegründer von Ärzte ohne Grenzen und heutige französische Außenminister Bernard Kouchner als eifrigster Befürworter von humanitären Interventionen. Auch im Falle Myanmars setzte er sich bereits früh dafür ein, die Katastrophenhilfe notfalls auch militärisch gegen den Widerstand des Regimes zu erzwingen und begründete dies mit Verweis auf die Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft. Der UN-Sicherheitsrat müsse aktiv werden, er



„Humanitäre“ Intervention in Jugoslawien

könne „entscheiden einzuschreiten, um das Durchkommen von Hilfe zu erzwingen.“¹⁶

Da aber China sein Veto gegen eine Militärintervention eingelegt hätte, bot sich zugleich auch noch die Gelegenheit, die ICISS-Forderung aufzugreifen, R₂P-Interventionen von einem Mandat des Sicherheitsrates abzukoppeln. Dabei taten sich vor allem deutsche Politiker besonders unangenehm hervor. Hierfür plädierte etwa der SPD-Außenexperte Gert Weisskirchen, der aber wenigstens noch einräumte, seine Forderung sei „völkerrechtlich umstritten.“¹⁷ Von solchen Bedenken ließ sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz überhaupt nicht beirren: „Ich glaube, wenn sich jetzt nicht schnell konkret etwas ändert in Birma selbst, dass die Helfer ins Land dürfen, dass man die Katastrophenhilfe annimmt, die praktisch an den Grenzen Birmas wartet, dann kommen wir in eine Situation, wo die Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung, also diese sogenannte Rechtsfigur ‚Responsibility to Protect‘ wirken würde – und sie ist zwar zunächst abhängig von einem Handeln des Sicherheitsrates –, aber ich darf daran erinnern: sie ist entwickelt worden nach der Intervention im Kosovo, und damals hat bekanntlich der Sicherheitsrat auch versagt. [...] Wenn der Sicherheitsrat in einer solchen schwerwiegenden Situation sich nicht in der Lage sieht zu handeln, weil Länder ihn blockieren, die ein Vetorecht haben, dann ist die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, nicht einfach tatenlos zuzusehen.“¹⁸

Dass mit Wolfgang Neskovic ausgerechnet ein Bundestagsabgeordneter der LINKEN auf den Interventionszug aufsprang, setzte dem ganzen schlussendlich die Krone auf: „Das ist eine extraordinary Situation. Aber es geht hier nicht um eine militärische Intervention, um die Verhältnisse umzudrehen oder das Regime zu beseitigen. Es geht um humanitäre Hilfe, darum, das Überleben der Menschen nach einer Naturkatastrophe sicherzustellen. Es gibt einen übergesetzlichen Notstand, der militärisches Einschreiten rechtfertigen würde. Zur Not auch ohne Sicherheitsratsbeschluss.“¹⁹

Am 1. September 2008 wird der Zwischenbericht des R₂P-Beauftragten der Vereinten Nationen, Edward C. Luck, erscheinen. Die oben zitierten Drohungen dienen deshalb u.a. auch dem Zweck, einen Stimmungsteppich auszubreiten, um die R₂P endgültig als verbindliches Völkerrechtsprinzip zu verankern. Ebendies wird bereits im so genannten Kuhne-Bericht des Europäischen Parlaments über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie gefordert, nämlich dass „die menschliche Sicherheit („human security“) ein Kernbegriff im Rahmen der ESS ist, der für die EU – zusammen mit dem Prinzip der Verantwortung zum Schutz („responsibility to protect“) – eine verbindliche politische Richtschnur darstellt, wenn es darum geht zu entscheiden, ob ein Einsatz stattfinden soll, sowie ein starkes politisches Mandat, das sie in die Lage versetzt, in Krisenfällen wirksam einzugreifen.“²⁰

Zumindest mittelfristig soll so ein völlig neues Einfallstor für völkerrechtlich gedeckte Militärinterventionen geschaffen und deren internationale Akzeptanz per UN-Deckmäntelchen erhöht werden. So betont das Weißbuch der Bundeswehr vom Oktober 2006: „Als Reaktion auf die Intervention im Kosovo 1999 ist die völkerrechtliche Lehre [sic!] von der ‚Responsibility to Protect‘ entstanden. Auch wenn die Staaten, die sich diese Lehre zu eigen gemacht haben, wahrscheinlich noch nicht in der Mehrheit sind, prägt die Debatte um diesen Begriff doch zunehmend das Denken westlicher Länder. Dies wird langfristig Auswirkungen auf die Mandatierung internationaler Friedensmissionen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben. Denn gerade, wenn es zum Einsatz militärischer Gewalt kommt, ist die völkerrechtliche Legitimation entscheidend.“²¹

Da die mit der Ausarbeitung des ICISS-Reports befasste Kommission künftig R₂P-Interventionen auch für Fälle von „Aufruhr“ und Ähnlichem befürwortet, sollte man sich keine Illusionen machen, dass sich hier gerade ein Universalinstrument zur militärischen Durchsetzung westlicher Interessen herausbildet. Nach Angaben eines am ICISS-Bericht beteiligten Autors, „gelangte die Kommission in ihrem Report zu dem Schluss, dass das Gebot der Nicht-Intervention gegenüber der internationalen Verantwortung zum Schutz zurücktritt, wenn eine Bevölkerung aufgrund von Bürgerkrieg, Aufruhr, Repression oder Versagen des Staates schweres Leid erfährt und wenn die betreffende Regierung nicht willens oder fähig ist, dies zu beenden oder abzuwenden.“²²

Myanmar: Paradebeispiel Humanitärer Heuchelei

Dass letztlich das Militärregime zumindest einer Teilöffnung zustimmte, dürfte wohl primär dem Einfluss der ASEAN-Staaten sowie Chinas geschuldet gewesen sein. Die Strategie des Regime Change per Katastrophenhilfe führte stattdessen zu einer Verhärtung des Militärregimes, was wiederum zum Anlass genommen wurde, der R₂P Geltung zu verschaffen: „Jede Regierung eines souveränen Staates wird eine solche Handlungsweise zu recht als feindseligen Akt empfinden und schon im Ansatz zu verhindern suchen. Erst recht Burmas Obristen, die angesichts ihrer internationalen Ächtung jedes Eingreifen von außen als Vorspiel zum Regime Change fürchten und das nicht ohne Grund.“²³

Letztlich verliert die humanitäre Nothilfe durch die offene Verquickung mit dem Militär, das logischerweise völlig andere Interessen im Auge hat, als leidenden Menschen zu helfen, ihre Neutralität und damit ihre Legitimität. Wie das Beispiel Myanmar zeigt, ist diese Neutralität jedoch eine notwendige Bedingung, um Nothilfe überhaupt effektiv gewährleisten zu können. Selbst der R₂P-Beauftragte Edward C. Luck ließ diesbezüglich keine Missverständnisse aufkommen: „Sollen wir uns den Weg ins Katastrophengebiet freikämpfen und so auch noch den Krieg ins Land bringen? Man bekommt doch keine Ärzte und Helfer in die Region, indem man eine humanitäre Tragödie in eine militärische Konfrontation verwandelt.“²⁴ Trotzdem wird die Militarisierung der humanitären Nothilfe gerade im Rahmen der Europäischen Union derzeit massiv vorangetrieben.

Die Militarisierung des EU-Katastrophenschutzes

Bereits im Mai 2006 schlug der ehemalige französische Außenminister Michel Barnier in einem im Auftrag der damaligen österreichischen EU-Präsidentschaft erstellten Bericht die Gründung einer europaweiten Katastrophenschutztruppe (europe aid) vor, vorgeblich um durch die Bündelung von Ressourcen Kosten zu sparen.²⁵ Brisant ist dabei aber, dass europe aid um militärische Komponenten ergänzt und u.a. auch in Bürgerkriegsszenarien zum Einsatz kommen soll. Bereits in der Einleitung heißt es, die Vorschläge bezögen sich auf die „Krisen und Katastrophen, die wir sehr wahrscheinlich werden bewältigen müssen.“²⁶ Diese Formulierung kehrt mehrmals wieder, während gleichzeitig versteckt in einer Fußnote Krisen derart definiert werden, „dass von mindestens einer Konfliktpartei sporadisch Gewalt ein-

gesetzt wird.“²⁷ Im Klartext bedeutet diese Definition, dass humanitäre Nothilfe in Bürgerkriegsszenarien künftig integral mit dem Militär zusammenarbeiten soll, was im Report auch deutlich angesprochen wird: „In den Krisenszenarien und Protokollen ist auch die Ergänzung durch militärische Hilfsmittel systematisch zu prüfen, um ein Höchstmaß an Integration zu gewährleisten und die Kosten für ihre Mobilisierung in Notfällen zu begrenzen.“²⁸

Hierdurch würde die humanitäre Nothilfe dauerhaft militarisiert. Mittlerweile zog auch die Europäische Kommission nach, die Barniers Vorschläge in einer Mitteilung im März 2008 aufgriff. Spätestens bis Mitte 2009 soll ein „integriertes europäisches Konzept zur Verhütung von Naturkatastrophen“ erstellt werden, bei dem u.a. das Militär helfen soll, „größere konfliktbedingte Notsituationen in- und außerhalb der EU“ zu bewältigen. Als Orientierung werden dabei explizit die Vorschläge des Barnier-Berichts benannt.²⁹ Auch der Europäische Rat betont: „Um Menschenleben zu retten, könnten militärische Mittel zur Ergänzung ziviler Kapazitäten notwendig sein.“³⁰

Wie in vielen anderen Bereichen droht nun auch die humanitäre Nothilfe zu einem integralen Bestandteil des westlichen Militärinterventionismus zu verkommen. Die Debatte um Myanmar und die R₂P soll hier ein neues Einfallstor schaffen, um künftig noch häufiger militärisch eingreifen zu können. Wie so häufig liefert die allgegenwärtige humanitäre Heuchelei hierfür eine willkommene Steilvorlage, der leider allzu viele Menschen auf den Leim gehen.

Anmerkungen

¹ Humanitäre Hilfe in Birma militärisch erzwingen?, medico, 20.05.2008.

² Deckert, Romas: „Stark und Schnell“: Deutsche Waffen in Birma, Kleinwaffen-Newsletter, November 2007.

³ MYANMAR – Gedanken darüber weshalb die Regierung Hilfe ablehnt, URL: <http://politik-global.blogspot.com/2008/05/0805-22-myanmar-weshalb-lehnt-die.html> (04.06.2008).

⁴ Richter, Steffen: Junta unter Pekings Schutz, Zeit online, 09.05.2008.

⁵ Oresto, Li: The Cyclone Disaster in Myanmar... and the Human Tragedy of Global Capitalism, Global Research, May 20, 2008.

⁶ Kaplan, Robert D.: Aid at the point of a gun, International Herald Tribune, 14.05.2008.

⁷ Herden, Lutz: Burma und die Kreuzfahrer von heute, Freitag 21/2008.

⁸ Ebd.

⁹ Artikel 2 (4) unterstreicht unmissverständlich: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

¹⁰ Eine der ersten Publikationen, die in diese Richtung argumentierte kam aus Reihen des Brookings Institute, einer den US-Demokraten nahestehenden Organisation: Deng, Francis u.a.: *Sovereignty as Responsibility: Conflict Management in Africa*, Washington 1996.

¹¹ Wörtlich heißt es im ICISS-Bericht: „Sollten Präventivmaßnahmen zur Lösung oder Eindämmung eines Konfliktes fehlschlagen und sollte ein Staat unfähig oder unwillig sein, der Situation zu begegnen, können Interventionsmaßnahmen von anderen Mitgliedern der größeren Staatengemeinschaft erforderlich sein. Diese Zwangsmaßnahmen können politische, ökonomische oder juristische und in extremen Fällen – aber auch nur dort - auch militärische Maßnahmen einschließen.“ Vgl. Report of the International Commission of Intervention and State Sovereignty (ICISS): *The Responsibility to Protect*, Ottawa, Dezember 2001, URL: <http://www.iciss.ca/pdf/Commission-Report.pdf> (04.06.2008).

¹² Ebd., S. 53.

¹³ Bericht des Generalsekretärs: *In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle*, Generalversammlung der Vereinten Nationen, 59. Tagung, Tagungsordnungspunkte 45 und 55, A/59/2005, 21. März 2005.

¹⁴ World Summit Outcome Document, G.A. Res. 60/1 139, U.N. Doc. A/60/L.1 (Sept. 20, 2005).

¹⁵ In UN-Sicherheitsratsresolution 1674 (28.4.2006) wurden die diesbezüglichen Passagen aus dem Abschlussdokument der Generalversammlung ausdrücklich bestärkt und am 31. August 2006 wurde die Entsendung (bzw. dessen Versuch) von UN-Truppen nach Darfur explizit mit Verweis auf die Responsibility to Protect begründet.

¹⁶ Raabe, Julia: *Kein Zwang zur Hilfe*, Der Standard, 20.05.2008.

¹⁷ *Militärintervention in Birma: Weisskirchen rudert zurück*, ntv, 13.05.2008.

¹⁸ Ruprecht Polenz: *UN müssen gegenüber Birma Stellung beziehen*, Deutschlandfunk, 13.05.2008.

¹⁹ *Politiker drohen Birma mit Militäraktion*, Abendzeitung, 13.05.2008.

²⁰ Kuhne, Helmut: *Entwurf eines Berichts über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie und der ESVP (2008/2003(INI))*, 2008/2003(INI) 31.1.2008, S. 7. Allerdings ist bei aller „Verbindlichkeit“ völlig klar, dass der Wirkungsbereich der R2P auch Grenzen hat, nämlich wenn es darum ginge, über dieses Konstrukt in die Belange von Großmächten einzugreifen: „Eine militärische Intervention

gegen Großmächte scheidet daher aus.“ Takur, Ramesh: *Menschliche Sicherheit, Intervention und die Verantwortung zum Schutz*, in: Ulbert, Cornelia/Werthes, Sascha: *Menschliche Sicherheit: Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven*, Baden Baden 2008, S. 110-122, S. 118.

²¹ *Weißbuch der Bundeswehr*, Oktober 2006, S. 46.

²² Takur 2008, S. 112.

²³ Herden 2008.

²⁴ *Krieg nach der Katastrophe? Burma und die Schutzverantwortung*, URL: http://www.espace.ch/artikel_522873.html (04.06.2008).

²⁵ Barnier, Michel: *Für eine europäische Katastrophenschutztruppe: europe aid*, Mai 2006.

²⁶ Ebd., S. 3.

²⁷ Ebd., S. 33, FN 25.

²⁸ Ebd., S. 13.

²⁹ *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der Europäischen Union*, Brüssel, 05.03.2008 KOM(2008) 130 endgültig.

³⁰ *Joint Statement by the Council and the Representatives of the Governments of the Member States meeting within the Council, the European Parliament and the European Commission* Official Journal C 025 , 30/01/2008.

Kritische Online-AG gegen die imperiale Hegemonie

Auf dem 31. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus wurde die Doktrin der „scheiternden Staatlichkeit“ als eine Ideologie des westlichen Interventionismus kritisiert. Sie teile die Welt in ein Archipel weniger legitimer Metropolen und ein nahezu unbegrenztes Interventionsgebiet. Der Staat wird in dieser Denkweise einerseits auf die Funktion des Monopols legitimer Gewalt reduziert, andererseits wird die Möglichkeit, dass Staaten selbst Menschenrechte verletzen, schlicht negiert. Entsprechend besteht die Lösung einer selbst ernannten „internationalen Gemeinschaft“ in der zivil-militärischen Befriedung und Besatzung und im Aufbau repressiver Elemente von Staatlichkeit (Militär, Polizei, Justiz, Gefängniswesen) im Zuge so genannter Sicherheitssektorreformen, die teilweise über Entwicklungshilfegelder finanziert werden. Solche Interventionen sind notwendig interessengeleitet, denn das Konzept scheiternder Staatlichkeit und einer das Völkerrecht aushebelnden „Verantwortung zum Schutz“ sieht keine Verpflichtung zum Handeln vor, sondern schafft lediglich eine Option für entsprechende Einsätze.

Zuletzt wird der Begriff der gescheiterten Staaten einer Vielzahl heterogener Gesellschaften in verschiedenen Regionen der Welt übergestülpt, wobei die Ursachen für reale,

imaginierte oder inszenierte Konflikte einzig in den betroffenen Gesellschaften selbst verortet werden. Die internationale Staatengemeinschaft wird lediglich als Lösung und nicht als Teil von Problemen gesehen. Die eigene Verantwortlichkeit der westlichen Staaten durch ungleiche Handelsbedingungen, Rohstoffausbeutung, Waffenexporte und Kolonialismus werden als Ursachen ausgeblendet, der internationale Bock zum internationalen Gärtner gemacht.

Wir haben festgestellt, dass diese Kritik von vielen geteilt, in der Öffentlichkeit und im wissenschaftlichen Diskurs hingegen kaum wahrnehmbar und auch nicht präzise formuliert ist. Das wollen wir ändern! Zunächst durch eine umfassenden Kritik am Konzept der scheiternden Staatlichkeit, dem dahinter stehenden Verständnis von Staatlichkeit und dem daraus resultierenden Interventionismus. Außerdem sollte diese Kritik durch eine genauere Analyse der Konflikte in verschiedenen Regionen empirisch fundiert werden.

Es wurde der Vorschlag gemacht, zu diesem Zweck eine Online-AG zu gründen, die über eine (oder mehrere) Mailingliste(n) und einen Blog (<http://www.jpberlin.de/online-ag/>) kommuniziert.

Zunächst mal können natürlich alle den Blog benutzen, die hier zur Verfügung gestellten Recherchehilfen und Artikel ergänzen und kommentieren. Die Redaktion ([online-ag\[at\]jpberlin.de](mailto:online-ag[at]jpberlin.de)) kann in beiden Fällen entscheiden, ob die Ergänzung oder der Kommentar online bleibt, über die Mailingliste [koagnk\[at\]listi.jpberlin.de](mailto:koagnk[at]listi.jpberlin.de) versandt wird oder als eigener Beitrag in den Blog aufgenommen wird.

Wer häufiger eigene Beiträge verfassen oder kommentierte Links auf den Blog stellen will, kann sich ebenfalls bei der Redaktion als AutorIn anmelden. In diesem Falle wäre es hilfreich, wenn Ihr etwas darüber schreibt, welche Themen Euch warum interessieren.

Wer Interesse hat und etwas mehr Zeit investieren möchte, kann auch mit uns in Kontakt treten, um an der Redaktion teilzunehmen.

Wer sich intensiv mit einer bestimmten Region oder einem bestimmten Thema beschäftigt oder beschäftigen möchte, der kann eine Unter-AG hierzu vorschlagen. Wir werden dies dann über die Liste kommunizieren und ggf. eine extra Seite zu dem Thema oder der Region einrichten. Falls der Blog zur internen Kommunikation nicht ausreicht, können auch weitere Email-Listen für die Unter-AGs eingerichtet werden.

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Polizeimesse würdigt Wegener

Vom 3. bis 5. Juni fand in München die 5. Internationale Fachmesse & Konferenz für Polizei- und Spezialausrüstung statt. Die Aussteller sind überwiegend Firmen der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie aber auch Behörden auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die Messe wird von zahlreichen Tagungen und Workshops begleitet. So veranstaltet das Bundesinnenministerium eine Expertenrunde zum Einsatz unbemannter Flugkörper für die innere Sicherheit und die Industrie erhält Informationen über die Vergabe öffentlicher Aufträge im Sicherheitsbereich. Auch dürfen ausgewählte Besucher an Kursen für Spezialeinheiten oder Vorführungen zum Einsatz nicht-letztlicher Waffen teilnehmen. Bei der vorangegangenen Messe im Jahr 2006 waren knapp 60% der Besucher Polizeibeamte, knapp 10% Mitarbeiter des Grenzschutz und des Zolls, etwa eben so viele Militärs und 15% Mitarbeiter der Behörden. Ehrenbeirat der Messe ist General a.D. Ulrich K. Wegener, Gründer der GSG-9, der gemeinsam mit dem bekennenden Antisemiten Günzel (Ex-Kommandeur des KSK) und dem ehemaligen Leutnant der Wehrmachtsdivision „Brandenburger“, Wilhelm Walther, beim rechtsextremen Pour le Mérite-Verlag für Militärgeschichte das Buch „Geheime Krieger“ verfasste.

UN, Waffenhandel, Kindesmissbrauch

Indischen und pakistanischen Soldaten der UN-Mission in der DR Congo wurde die Kooperation mit Milizen, Handel mit Rohstoffen und Waffen vorgeworfen. Das interne Ermittlungsbüro der UN, Office of Internal Oversight Services (OIOS), hat die Ermittlungen allerdings abgebrochen. Dagegen protestierte Human Rights Watch am 1.5.2008 mit einem offenen Brief, der zahlreiche Indizien auflistet. Kurz darauf veröffentlichte die britische Sektion von Save the Children eine Untersuchung über Kindesmissbrauch durch UN-Mitarbeiter und „humanitäre Helfer“ mit dem Titel „No One to turn to“. Demnach würde der überwiegende Teil aller berichteten Fälle von sexuellen Übergriffen durch internationales Personal auf Minderjährige in Haiti, Süd-Sudan und Elfenbeinküste auf Perso-

nen in Verantwortung des Department of Peacekeeping Operations, also die bewaffneten Kräfte, zurückgehen.

Militärrevolte in Guinea

Nachdem Ende Mai der Diktator von Guinea-Conakry, Lansana Conté, den letztes Jahr durch einen Generalstreik der Gewerkschaften erzwungenen Ministerpräsidenten Lansana entließ, sind Unruhen unter den niederen Rängen des in der Hauptstadt stationierten Militärs ausgebrochen. Die Soldaten feuerten in die Luft, nahmen Vorgesetzte als Geiseln und plünderten zahlreiche Geschäfte. Lansana habe ihnen Sonderzahlungen versprochen. Auch die Gewerkschaften äußerten großen Unmut über die Absetzung Lansanas. Etwa 300 Anhänger Contés demonstrierten hingegen in Conakry für Frieden, während Einheiten, die ihm treu waren mit schweren Geschützen das Viertel des Präsidentenpalasts abriegelten. Conté entließ seinen Verteidigungsminister und versprach die schnelle Zahlung von umgerechnet 1.100 US\$ an jeden Soldaten innerhalb von Tagen. Danach flauten die Unruhen ab. Ähnliche Unruhen gab es bereits häufiger in Guinea, die jeweils mit Sonderzahlungen und Straffreiheit für die Meuternden endeten. Das Verhalten des Präsidenten wirke eher ermutigend auf die meuternden Soldaten, meinen Kritiker.

Aufrufe zur Verweigerung

Eine Initiative kurdischer Kriegsgegner in der Schweiz hat am 28.5.2008 im Exil lebende Staatsangehörige der Türkei dazu aufgerufen, in der Türkei keinerlei Militärdienst abzuleisten. Bislang gibt es für im Ausland lebende Türken die Möglichkeit, gegen die Zahlung von umgerechnet 5.000 Euro einen auf einen Monat verkürzten Dienst abzuleisten. Von diesem Geld profitiere aber ebenfalls die Armee und es sei Teil der Finanzierung der türkischen Militäreinsätze im Inland wie im Nordirak. Von den europäischen Regierungen fordert der Aufruf, eine gewaltlose und auf Dialog basierende Lösung der Kurdenfrage zu fördern, anstatt das türkische Militär mit Waffen zu beliefern.

Über 50 Friedensgruppen und rund 100 Einzelpersonen aus der Friedensbewegung

haben mit einer Anzeige in der Lippischen Landeszeitung die Soldaten der in Augustdorf stationierten Panzerbrigade 21 aufgefordert, ihren Einsatz im Rahmen der Quick Reaction Force in Afghanistan zu verweigern. Der Aufruf ist im Umfeld des Komitees für

Grundrechte und Demokratie entstanden.

Antimilitaristische Aktionen

... fanden in den letzten Wochen u.a. in Berlin gegen die NATO-Parlamentarierversammlung, in Dresden gegen eine Jobmesse auf dem Uni-Campus, in Gütersloh gegen den Karrieretreff der Bundeswehr und in Kassel gegen einen Uni-Vortrag von NATO-Vertretern zu unbemannten Flugkörpern statt. In Berlin, Dresden und Gütersloh waren Kräfte der Clowns-Army an den Protesten beteiligt. In Dresden und Kassel wurden die Demonstrierenden u.a. von StudentInnen angegangen, Universitätsangestellte machten zugunsten der Militaristen von ihrem Hausrecht gebrauch. In Dresden gab es zudem ein verstecktes Theater gegen einen Werbepoststand des BND. In Köln veranstaltete das Bundeswehr-Musikkorps ein Benefiz-Konzert in der Philharmonie, deren Dach begehbar ist. Antimilitaristinnen veranstalteten auf diesem dann einen spontanen Samba-Rave. Das Hüpfen, Tanzen und Stampfen der tw. mit Klocks beschuhten Feiernden störte die erhabenen Klänge im Inneren.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154